

Protokoll der 6. Sitzung der Arbeitsgruppe 1

Arbeitsgruppe 1

Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeits-
beteiligung und Transparenz unter Berück-
sichtigung der Erfahrungen aus Asse,
Gorleben, Schacht Konrad und Morsleben

Donnerstag, den 22. Januar 2015, 11:00 Uhr
Sitzungssaal E. 200
Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
Berlin

Vorsitz:

- Ralf Meister
(Sitzungsleitung)
- Hartmut Gaßner

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 Begrüßung	Seite 4
Tagesordnungspunkt 2 Beschlussfassung über die Tagesordnung Protokoll der 4. Sitzung	Seite 5
Tagesordnungspunkt 3 Zuschriften	Seite 6
Tagesordnungspunkt 4 Stand der Verbesserung des Internetauftritts der Kommission	Seite 7
Tagesordnungspunkt 5 Konzept zur Öffentlichkeitsbeteiligung	Seite 33
Tagesordnungspunkt 6 Anhörung zum Thema Öffentlichkeitsbeteiligung	Seite 46
Tagesordnungspunkt 7 Ausgestaltung des Rahmenprogramms sowie Strukturierung des Arbeitsprogramms bis März/April 2015	Seite 109
Tagesordnungspunkt 8 Verschiedenes	Seite 112

Teilnehmer:

Ralf Meister (Vorsitz)
Hartmut Gaßner (Vorsitz)
Prof. Dr. Armin Grunwald
Prof. Dr. Gerd Jäger
Abg. Sylvia Kotting-Uhl
Dr.-Ing. Wolfram Kudla
Jörg Sommer
Erhard Ott
Prof. Dr. Bruno Thomauske
Abg. Eckhard Pols
Abg. Dr. Matthias Miersch

Für Klaus Brunsmeier: Thorben Becker
Für Min Garrelt Duin: Dr. Stefan Schielke
Für Jörg Sommer: (Teile der Sitzung) Wiebke Rössig
Für Min Franz Untersteller: Gerrit Niehaus

Ulrike Donat (Gast)
Michael Fuder (Gast)
Andreas Fox (Gast)

Henning Banthien (Sachverständiger)
Prof. Dr. Patrizia Nanz (Sachverständige)
Prof. Dr. Ortwin Renn (Sachverständiger)
Matthias Trénel (Sachverständiger)

Tagesordnungspunkt 1 Begrüßung

Vorsitzender Ralf Meister: Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer 6. Sitzung der Arbeitsgruppe Gesellschaftlicher Dialog, Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz.

Lassen Sie mich mit einer persönlichen Erinnerung oder einem Gruß besonderer Art beginnen. Vielleicht hat es der eine oder die andere auch mitbekommen: Am gestrigen Tag war zumindest für evangelische Geistliche ein wichtiger Tag, weil es der 200. Todestag von Matthias Claudius war, den es sogar im Ökumenischen Heiligenkalender gibt. Aber wir kennen ihn vor allen Dingen alle durch „Der Mond ist aufgegangen“. Wer sich die vierte Strophe noch einmal anschaut,

Wir stolze Menschenkinder
Sind eitel arme Sünder
Und wissen gar nicht viel;
Wir spinnen Luftgespinste
Und suchen manche Künste
Und kommen weiter von dem Ziel.

der weiß, dass man schon vor 200 Jahren einen guten Start-up als Spruch für eine solche Kommission setzen konnte.

(Heiterkeit)

Der Auftrag in den Stunden, die vor uns liegen, ist also, nicht weiter vom Ziel wegzukommen, sondern direkt darauf zu. Noch einmal herzlich willkommen!

Wir haben schon jetzt Gäste in dieser Runde. Ich begrüße Herrn Trénel und Herrn Banthien. Wir wissen, dass Frau Nanz um circa 11.30 Uhr dazu stoßen wird, und Herr Renn wird circa 14 Uhr eintreffen. - Schön, dass Sie schon jetzt an dieser Sitzung teilnehmen.

Ich begrüße auch Herrn Fuder und Herrn Fox - schön, dass Sie wieder dabei sind -, und Frau Donat wird aufgrund einer Zugverspätung etwas später bei uns eintreffen.

Gleichermaßen wie in der vergangenen Sitzung am 12. Dezember, an der ich leider nicht teilnehmen konnte, wird Herr Dr. Mehnert wie gehabt eine Audioaufzeichnung vornehmen. - Dagegen gibt es keinen Widerspruch. Herzlichen Dank!

Ich begrüße auch beispielhaft jetzt mit Herrn Dr. Mehnert, den ich erwähnt habe, alle anderen Besucher und Besucherinnen auf der Tribüne. Gleichermaßen sage ich einen ganz herzlichen Dank an die Stenografin und den Stenografen, die diese Sitzung heute aufzeichnen, sodass ein Wortprotokoll zur Verfügung steht.

Entschuldigt sind für heute die nachfolgend Genannten, die jedoch - auch das ist schon ein Teil der guten Gewohnheit in dieser AG - durch Vertretung präsent sind. Für Minister Duin begrüßen wir Herrn Schielke, für Herrn Brunsmeier ist Thorben Becker dabei, und Herr Minister Untersteller wird durch Herrn Niehaus vertreten.

Wir wissen, dass Herr Sommer um 13 Uhr dazu stoßen wird. Es ist ein bisschen unglücklich, so muss man wirklich sagen oder vielleicht auch eingestehen, dass diese kurzfristige Verlegung der Sitzung auf 11 Uhr, die meines Erachtens sinnvoll ist, eine Terminkollision bei ihm auslöste, sodass er erst ab 13 Uhr dabei sein wird. Herr Grunwald wird gegen 12.30 Uhr eintreffen.

Eine kurzfristige Absage hat uns gestern Abend oder heute Morgen noch erreicht, dass Herr Zdebel an der Sitzung nicht teilnehmen kann.

Wir sind ja immer in der Verantwortung, unser Arbeitsprogramm zumindest partiell angelehnt an die Möglichkeit zu strukturieren, uns mit Getränken und Lebensmitteln zu versorgen. Die heimliche Agenda der Arbeitsgruppenstruktur wird also nicht durch Inhalte, sondern durch das Catering bestimmt. Das geschieht allerdings in einem regelmäßigen Zweistundenrhythmus. Wir werden jetzt also bis 13 Uhr durcharbeiten und dann einen Break machen. Dann müssen wir sehen, ob es 15 Uhr glücklich ist; das wäre sonst der zweite Break.

Schon jetzt die Ankündigung - einige haben es mir eben noch einmal gesagt -: Es gibt ab 17.15 Uhr sozusagen viertelstundenweise Wünsche, sich vorher zu verabschieden. Wir bleiben bei dem Programm, das wir haben, sodass wir bestimmt die Zeit bis 18 Uhr brauchen. Aber wenn sich Einzelne dann verabschieden, dann bedauern wir das; aber es ist klar, dass Sie dann möglichst ohne weitere Störung den Raum verlassen, sodass wir intensiv bis zum Ende weitermachen können.

Dann lassen Sie uns zu der Beschlussfassung über die Tagesordnung kommen, die Ihnen zugegangen ist.

Tagesordnungspunkt 2 Beschlussfassung über die Tagesordnung Protokoll der 4. Sitzung

Vorsitzender Ralf Meister: Zugleich haben Sie noch einmal von Herrn Gaßner eine Präzisierung oder prägnante Beschreibung des Ablaufs bekommen. Es gab zwar keine Irritation, aber doch in zwei Zuschriften die Anfrage, ob es sinnvoll sei, über das Konzeptpapier vorab intensiv zu diskutieren, bevor wir die Impulse durch die heutigen Gäste bekommen.

Dies ist durch die Tagesordnung ein bisschen aufgelöst worden, da wir in dem zuvor thematisierten Punkt Internet Herrn Trénel bereits hören werden und wir dann einen überschaubaren Raum haben werden, in dem Herr Grunwald in das Thema Öffentlichkeit insgesamt einführt, wie es der Wunsch war, und in dem wir noch einmal einen knappen und konzentrierten Blick in das Konzeptpapier werfen, aber dann auch gleich die Impulse hören.

Wir haben verstanden, dass das der Situation geschuldet ist, dass Herr Renn erst um 14 Uhr kann und wir daher den Beginn der Sitzung auf 11 Uhr gelegt haben. Wir müssen nun sehen, wie konzentriert wir arbeiten und was wir hineinlegen.

So, wie Ihnen die Tagesordnung vorgelegt ist, ist sie von Ihnen akzeptiert? - Wunderbar, herzlichen Dank. Die Punkte, die unter Verschiedenes aufgerufen werden, können wir auch erst nachher unter Verschiedenes anmelden.

Wir kommen im Tagesordnungspunkt 2 zu den Protokollen. Wir haben den Protokollentwurf der 4. Sitzung; er ist Ihnen am 16. Dezember 2014 zugegangen. Wir haben von Frau Donat Korrekturwünsche mitgeteilt bekommen; diese Wünsche, in der Korrektur gelb eingeschrieben, haben wir Ihnen mitgeteilt.

Gibt es weitere Anfragen zum Protokoll der 4. Sitzung, oder stimmen Sie zu, dass wir es mit den Veränderungen von Frau Donat so beschließen können? Das war ein Versprecher, der korrigiert wurde, bzw. eine Korrektur, die sie eingefügt hat. - Ich sehe keine Reaktion; das heißt, der Beschluss des Wortprotokolls der 4. Sitzung ist damit erfolgt. Danke schön.

In der Sitzung am 12. Dezember gab es keine stenografische Mitschrift, was dazu geführt hat, dass nach den Aufzeichnungen jetzt in der Geschäftsstelle das Protokoll geschrieben wird, das auch wieder einen Umfang von 70 oder 80 Seiten hat. Dies ist so weit erfolgt, dass es zwar vorliegt, aber - so war die Auskunft, die ich gestern von der Geschäftsstelle bekommen habe - noch nicht in einer solchen Form, um es uns zur Verfügung zu stellen. Das heißt, wir werden darüber erst in der nächsten Sitzung final entscheiden können. Es wird Ihnen aber, sowie es fertiggestellt ist, natürlich zugestellt werden. - Dazu die Rückfrage von Herrn Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Es ist natürlich einerseits nicht sehr schön, wenn uns von der letzten Sitzung noch kein Protokoll vorliegt. Das Protokoll ist immer zweigeteilt: das Wortprotokoll und das Beschlussprotokoll. Das Beschlussprotokoll ist in der Regel kürzer, es umfasst etwa zwei bis fünf Seiten. Wäre es nicht möglich, dass wenigstens das Beschlussprotokoll immer vor der nächsten Sitzung vorliegt? Das wäre schön.

Es wäre für mich auch wichtig; denn wir werden nachher noch den Tagesordnungspunkt 5 diskutieren. Dazu hätte ich gerne das Beschlussprotokoll vom letzten Mal, weil ich da ein bisschen Widersprüche sehe. Wäre es zukünftig möglich, dass man zumindest das kurze Beschlussprotokoll immer bis zum nächsten Mal anfertigt?

Vorsitzender Ralf Meister: Das würde so sicherlich die Zustimmung von allen AG-Mitgliedern finden.

(Prof. Dr. Gerd Jäger: Die Unterstützung!)

Es sollte verabredet sein, dass wir dies in Zukunft zur nächsten Sitzung immer in einer

Kurzfassung als Beschlussprotokoll vorliegen haben. Das nehmen wir als Beschluss dieser Sitzung direkt noch einmal auf. - Über das Wortprotokoll der 5. Sitzung wird die Abstimmung dann später erfolgen.

Tagesordnungspunkt 3 Zuschriften

Vorsitzender Ralf Meister: Wir haben Zuschriften zugesandt bekommen. Es ist - so ist die Auskunft - derzeit noch nicht möglich, auf der Internetseite der Kommission die Zuschriften zu veröffentlichen, weil die Ergänzung des Internets zur Einstellung von Zuschriften sich immer noch in der Vorbereitung befindet. Die Geschäftsstelle prüft dies auf die Funktionalität, und sobald dies geschehen ist, wird die Geschäftsstelle grundsätzlich Zuschriften, in denen der Veröffentlichung zugestimmt wird, ins Internet stellen.

Das ist eine Information, bei der wir bedauern können, dass es noch nicht der Fall ist. Wir bekommen die Zuschriften, Einzelne reagieren. Es werden auch personenbezogen und in den einzelnen Büros Zuschriften eintreffen. Die Veröffentlichung im Internet wird hoffentlich kurzfristig möglich, ist aber zurzeit noch nicht möglich.

Man kann sagen, wir sind jetzt direkt schon in Tagesordnungspunkt 4; wir rutschen in die Frage, wo wir momentan beim Internet stehen, hier schon hinein. Ihnen muss aber einfach auch mitgeteilt sein, dass das im Augenblick noch nicht möglich ist. Gibt es dazu außer dem kollektiven Bedauern noch irgendwelche Rückmeldungen? - Nichts. Gut, danke schön.

Dann kommen wir jetzt aber auch schon zum Tagesordnungspunkt 4:

Tagesordnungspunkt 4 Stand der Verbesserung des Internetauftritts der Kommission

Es gab die Forderung, den Wunsch und die Bitte, dass wir vor Weihnachten in unserem Internetauftritt ein Forum haben würden. Sie erhalten jetzt ein Passwort, mit dem die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe die Gelegenheit bekommen, in dieses Forum hineinzugehen und es zu „testen“. Das heißt, bevor es nun öffentlich wird, besteht diese Möglichkeit hier für diesen Kreis.

Wir sollten meines Erachtens verabreden, wie lange wir für eine solche Testphase, für die Sammlung der Kritik brauchen, damit wir sehr zügig beschließen können, dass es frei wird für alle. Ich habe keine Erfahrung in Testphasen von Foren im Internet, die man kritisch beäugt oder beobachtet. Meines Erachtens kann das nicht lange dauern.

(Zurufe: Nein!)

Vielmehr sollten wir, wenn wir von anderen Beschleunigung fordern, sie auch selbst anwenden.

Mein Vorschlag ist, dass wir bis spätestens Anfang der nächsten Woche alle so reagiert haben, dass wir, wenn es keine massiven Grundsatzfragen gibt, es freischalten. Wenn es redaktionelle Forengeschichten sind, dann müsste man noch einmal gucken. Aber ansonsten sollten wir sagen, dass wir es bis Montag erledigt haben. - Frau Gäbler hat eine Anmerkung.

RD'n Manuela Gäbler: Die Freischaltung selbst kann natürlich erst dann erfolgen, wenn der Redakteur da ist; er ist noch nicht da.

Hartmut Gaßner: Wir haben in der AG-Sitzung am 12. Dezember darüber gesprochen, und ich möchte Sie jetzt informieren und versuchen, meine Information so neutral wie möglich zu halten, weil es zu einigen hitzigen Gesprächen vor Weihnachten geführt hat, die auch auf die Frage Beschlussprotokoll Bezug nehmen.

Wir haben momentan die Situation - vielleicht können wir dann auch Herrn Trénel einladen, uns dazu auch mit Informationen zu geben -, dass wir die Internetfreischaltung insbesondere deshalb nicht haben, weil es Bedenken gibt, einen Internetauftritt freizuschalten, der dann nicht eine bestimmte Begleitung hat, um insbesondere zu verhindern, dass es möglicherweise zu Schmähungen oder Beleidigungen oder so etwas auf diesem Blog kommen könnte.

Diese Fragestellung hatten wir in der letzten AG-Sitzung dergestalt angesprochen, dass ich persönlich eine Meinung geäußert hatte, nämlich zu sagen, ich könne mir vorstellen, dass man das für eine bestimmte, überschaubare Zeit - damals war ich davon ausgegangen, dass es ein paar Tage sind - überbrücken könne.

Dazu gibt es andere Auffassungen, und wir müssen momentan sehen, dass diese andere Auffassung, nämlich, dass man es nicht freischalten kann, von Frau Gäbler noch einmal referiert wurde. Ich will dem jetzt auch nicht widersprechen. Ich wollte nur noch einmal darstellen, was letztendlich Schwierigkeiten sind, den Prozess nach vorne zu bringen.

Wir waren am 12. Dezember in meiner Person der Auffassung, dass man das so abwägen kann, und ich hatte sozusagen Ihre Zustimmung eigentlich da gespürt. Ich möchte das jetzt nicht nach hinten gewendet sehen,

sondern ich möchte Sie noch einmal darauf aufmerksam machen, dass auch der Bitte, dass der jetzt teilweise wohl eingestellte Pressereferent heute an der Sitzung teilnimmt, offensichtlich auch nicht entsprochen werden konnte. Auch das ist ein Interim, mit dem wir uns jetzt nicht weiter befassen können, weil das wahrscheinlich Personalien sind, die nicht in die Diskussion hier hineingehören.

Ich wollte Sie einfach noch einmal möglichst neutral darauf aufmerksam machen, dass unserer Vorstellung, dass wir einen bestimmten Stand vor Weihnachten haben, der es erlaubt, dass es vor Weihnachten noch freigeschaltet wird, bislang nicht entsprochen werden konnte. Wir sollten das positiv wenden, indem wir mit Herrn Trénel und anderen heute diskutieren, wie wir weiterkommen. Aber deshalb gebe ich noch einmal eine etwas ausführliche Interpretation des einen Satzes von Frau Gäbler, dass es außerdem noch der Betreuung durch einen Redakteur bedarf. Das ist momentan ein Sachstand, den wir erst einmal so von mir erfahren und von Frau Gäbler auch vermittelt bekommen haben. Das ist der Sachstand, der momentan bestimmend ist. Wie gesagt, ich möchte es eigentlich nach vorne wenden, dass Sie diese Information haben.

Vorsitzender Ralf Meister: Zwei Meldungen, Herr Kudla und Herr Ott.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Frau Gäbler, wann kommt denn spätestens der Redakteur?

RD'n Manuela Gäbler: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Die Unterschrift des Redakteurs auf dem Vertrag fehlt noch.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Gut, zweiter Teil kurz: Wenn es nicht festlegbar ist, wann der Redakteur - wir können es ja nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinausschieben, wann wir das Ganze einstellen -, dann schlage ich vor, dass wir, das heißt die AG-Mitglieder, bis nächsten Montag Feedback an Sie geben, ob das Ganze freigeschaltet werden kann oder nicht, und spätestens am Mittwoch wird das Ganze dann eingestellt. Falls dann Schmähungen irgendwo auftreten sollten, dann kann man immer noch die Seite nach ein, zwei Wochen oder wann stoppen.

Erhard Ott: Das hat sich eigentlich durch die Frage von Herrn Kudla erledigt. Ich wollte genau die gleiche Frage stellen, wann damit zu rechnen ist, dass der Redakteur nun tatsächlich anfängt, und zum Zweiten, wie eine Übergangslösung gefunden wird, damit das Forum so schnell wie möglich in Betrieb gehen kann, freigeschaltet werden kann; denn wir diskutieren das jetzt ja nicht erst seit der letzten Sitzung, sondern das ist ja ein Thema, das uns, was den Internetauftritt angeht, permanent beschäftigt. Ich finde es, gelinde gesagt, ziemlich ärgerlich, wie das läuft.

Vorsitzender Ralf Meister: Können wir festhalten, dass wir bis Montag reagieren, dass, wenn wir selbst keine massiven Einwände dann geltend machen, wir beschließen, dass wir trotz des einschlägigen Rats bestimmter Fachleute - wir werden ja Herrn Trénel auch vielleicht in der Sache gleich noch einmal hören - dennoch sagen, dass wir die Startphase eröffnen und alle den Start beobachten und mit den Möglichkeiten, die jeder in seinem Büro hat, auch beobachten lassen, auch wenn kein Redakteur eingestellt ist? Parallel dazu ist der Wunsch natürlich, dass wir zügig die Redakteursstelle besetzen.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Damit wir ein Gefühl haben, was da an Zeitperiode jetzt vor uns liegt: Frau Gäbler, Sie erwähnten eben, dass die Unterschrift des Redakteurs noch nicht da ist. Das ist das Eine. Das Zweite ist: Wann würde er denn zur Verfügung stehen?

RD'n Manuela Gäbler: Also, soweit ich informiert bin, kann er anfangen, wenn er unterschrieben hat.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Sofort?

RD'n Manuela Gäbler: Ja, ich gehe einmal davon aus, dass das dann relativ flott geht. Aber ich stecke in dem Vertrag nicht drin; das macht die Personalstelle.

(Abg. Dr. Matthias Miersch: Mit unserer Rückmeldung kommt der Redakteur, und dann ist alles gut!)

Vorsitzender Ralf Meister: Danke für den Beitrag. Damit ist dieser Punkt jetzt abgeschlossen, und wir wissen, dass wir ab Montag, wenn nichts passiert, mit diesem Forum öffentlich beginnen. - Danke schön.

Dann nur noch die Mitteilung, dass das, was wir in der 4. Sitzung in Aussicht genommen haben, die Erstellung einer Microsite im Responsive-Design, beauftragt bzw. erfolgt ist. Aber auch da wissen wir - wir hatten vorher schon die Mitteilung, dass das Wochen dauert -, dass diese Arbeit jedenfalls nun begonnen ist. Sie erinnern sich, dass damals Fristen von drei bis vier Monaten genannt wurden. Bis der dann veränderte Auftritt, den wir auch auf den mobilen Geräten empfangen können, in einem angemessenen Design dann allen zur Verfügung steht, werden wir wahrscheinlich schon in der Passionszeit sein. - Dies aber an dieser Stelle nur noch als Ergänzung dazu.

Nun noch einmal bezüglich des Internetauftritts insgesamt eine Frage: Welche Rolle spielt das Internet, welche Rolle spielen elektronische Medien bei der Frage von Öffentlichkeit, von Bürgerbeteiligung? Wie sieht eine internetbasierte Bürgerbeteiligung aus, und welche Möglichkeiten haben diese auch und gerade in Konfliktvermittlungsszenarien? Dazu noch einmal mein ganz herzliches Willkommen an Herrn Trénel, der dies berufsbioGRAFisch zu seinem Schwerpunkt gemacht hat, und dies schon seit vielen Jahren, bereits, als das Internet noch nicht diese Dominanz hatte.

Ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie heute zur Verfügung stehen und uns an dieser Stelle ein paar Schlaglichter geben, die dann auch für die anschließende Diskussion sehr anregend sein können. - Bitte schön, Sie haben das Wort.

Matthias Trénel: Schönen guten Morgen! Vielen Dank für die Einladung. Mein Name ist Matthias Trénel. Ich bin Geschäftsführer der Firma Zebralog. Ich habe ein paar Folien vorbereitet, die meinen Kurzvortrag begleiten. Ich hoffe, sie liegen Ihnen vor.

Ich habe gesagt, ich freue mich über die Einladung hier in diese Kommission. Ich will aber auch sagen, dass es aus meiner Sicht ein gewisser Zufall ist, dass ich jetzt hier vor Ihnen sitze. Es gibt ja viele Vertreter der Zunft, die Bürgerbeteiligungsverfahren begleiten, viele Experten. Es ist für mich ein persönliches Glück, dass ich jetzt hier bei Ihnen sitze und dazu sprechen darf. Aber es hätte genauso gut sein können, dass ich heute sozusagen eine Etage höher sitze oder mir das Protokoll der Sitzung im Büro anschau. Das hatte ich auch interessiert verfolgt, ich hätte auch gerne meine Meinung gesagt.

Ich will damit nur vielleicht schon einmal vorab eine gewisse Problematisierung aufzeigen. Daran wird ja schon der Bedarf an Durchlässigkeit, an Mitwirkungsmöglichkeiten, an der Diskussion aus der Öffentlichkeit heraus in die Kommission sichtbar. Ich bin natürlich froh, dass ich jetzt hier sitze. Aber es hätte genauso gut auch anders kommen können; es gibt auch andere an meiner Stelle.

Da ist die Frage - ich hoffe, dazu kann mein Vortrag beitragen -, ob man nicht an dieser Stelle ein stärkeres Element der Offenheit und Durchlässigkeit hier in die Kommissionsarbeit einfließen lassen kann. Denn woran Sie sich hier orientieren, ist ja die Geschäftsordnung des Bundestages und sind die eingeschliffenen Prozeduren von Ausschussarbeit und Anhörungen, die für gewöhnlich beim Bundestag existieren. Da ist natürlich jetzt die Frage - ich glaube, das ist auch der Gegenstand -: Welche anderen informellen, kreativen Formate gibt es denn, um Durchlässigkeit und Offenheit zu erzeugen?

Ich komme auf das Thema Internet zu sprechen. Ich möchte es dennoch einbetten in die allgemeinen Punkte, die uns Experten vorgegeben wurden, zu denen wir uns bitte äußern möchten, und Sie werden sehen, dass ich zu jedem dieser Punkte noch einen speziellen Fokus auf das Internet legen werde. Natürlich stehe ich Ihnen für Nachfragen zur Verfügung.

Kurz zur Vorstellung meiner Person, damit Sie mich einordnen können, wer ich bin und wer ich auch natürlich nicht bin: Ich habe gesagt, ich bin Geschäftsführer einer Firma, die Bürgerbeteiligung anbietet. Wir haben in den letzten fünf Jahren ungefähr 150 solcher

Beteiligungsverfahren in verschiedenen Bereichen durchgeführt, so in der Stadtplanung, einem angestammten Feld der Bürgerbeteiligung, und in der Gesetzgebung. Wir haben beispielsweise für den Thüringer Landtag ein Diskussionsforum eingerichtet.

Stichwort Strategieentwicklung: Beispielsweise für das Bundesumweltministerium und für das Bundesbauministerium führen wir Bürgerdialoge durch, so zur Ressourceneffizienzstrategie; auch Technikfolgenabschätzungsthemen sind immer wieder mit dabei. In der Regel sind es Veranstaltungen, die wir durchführen; sie werden aber häufig mit Dialogplattformen verknüpft. Deswegen werde ich darauf dann auch speziell eingehen.

Auf der nächsten Folie möchte ich das Verhältnis von Onlinebeteiligung und Vor-Ort-Beteiligung illustrieren oder ein Gespür dafür verschaffen; denn häufig gibt es die Vorstellung, es gebe eine virtuelle Beteiligung und eine reale Beteiligung, um es einmal überspitzt zu formulieren. Wegen folgender Erfahrung habe ich hier ein typisches Beispiel eines Beteiligungsprojekts mitgebracht, bei dem es - das ist aber jetzt fast unwesentlich - um den Dialog zum Lärmschutz in Berlin geht. Da gibt es einerseits Bürgerwerkstätten, zu denen Bürger zur Teilnahme eingeladen werden und zu einer Abendveranstaltung erscheinen, und andererseits einen Onlinedialog.

Sie sehen - das ist die Erfahrung -, dass 50 Prozent der Teilnehmer sich sowohl online als auch vor Ort beteiligen. Das heißt also, man kann nicht sagen, es gibt nur die Onliner oder die Menschen, die die reale Kommunikation vorziehen; es ist ein Mix. Es gibt natürlich die verschiedenen Kanäle und dadurch eine größere Inklusivität, dass man

mehrere Formate anbietet. Es gibt die berufstätigen Menschen mit Familie, die es weniger einrichten können, zu Abendveranstaltungen zu kommen oder zu reisen. Es gibt aber auch andere, die ganz klar, wenn sie Zeit haben, den direkten Austausch Face to Face vorziehen. Aber es gibt auch diejenigen, die beides machen wollen. Das möchte ich mit dieser Grafik darstellen: Das kann man nicht nebeneinanderstellen, sondern das ist miteinander verknüpft.

Ebenso möchte ich mit der Grafik zeigen, dass dieser Onlinekanal in der Regel ein sehr niedrigschwelliger Einstieg für eine Bürgerbeteiligung ist, nicht nur, um sich zu informieren, sondern auch, um Meinungen abzugeben. Die vertiefte Diskussion kann dann auch online geführt werden, aber in der Regel auch im wechselseitigen Austausch mit Perspektivenübernahme eher in den Werkstätten. Aber der niedrigschwellige Einstieg ermöglicht in der Regel eine größere Zahl von Beteiligten, wobei man dabei zwischen aktiv Beteiligten in Onlineforen und Besuchern unterscheiden muss. Das ist ja bei Veranstaltungen auch so: Nicht jeder, der zu einer Veranstaltung geht, äußert sich dort auch. In der Regel besteht ein Faktor zehn zwischen aktiven Teilnehmern und besuchenden, passiven Teilnehmern.

Der Onlinedialog ist erfahrungsgemäß ein recht gutes Bindeglied, ein Scharnier in die mediale Öffentlichkeit, in die mediale Vermittlung. Das ist ein offenes Format, in das sich jeder einklinken kann, und deswegen ist es auch etwas, was es für Zeitungen und Fernsehen interessant macht, darüber zu berichten. Dadurch ist es ein stufenweises Dialogangebot an die Bevölkerung von der Rezeption in den Medien - das ist sozusagen der gestrichelte, übergeordnete Kasten - zum

Mitmachen im Onlinedialog hin zu den Veranstaltungen.

Kommen wir zu den Zielen der Öffentlichkeitsbeteiligung: Ich habe mir das Konzept durchgelesen, das Sie diskutieren, „Konzept für die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Arbeit der Kommission“. Ich finde es sehr gründlich, ich finde es sehr durchdacht. Es ist sehr umfangreich. Man könnte noch darüber nachdenken, ob man noch stärker einen Fokus setzt. Dazu möchte ich gerne beitragen.

Darin werden zum Beispiel verschiedene Formate vorgeschlagen. Das ist so, wie wenn man ein Lehrbuch für Bürgerbeteiligung aufschlägt; darin stehen die Formate dann auch. Es werden sozusagen alle Formate vorgeschlagen, die es gibt. Aber die Frage ist ja: Worauf fokussiert man sich, worauf konzentriert man sich, was will man damit auf jeden Fall erreichen?

Ich spreche jetzt hier gar nicht normativ und auch nicht als Wissenschaftler, sondern ich spreche aus Erfahrung, als jemand aus der Zukunft. Gut erreichbare Ziele der Öffentlichkeitsbeteiligung sind, mehr Aufmerksamkeit für dieses Thema in der Öffentlichkeit zu erreichen. Es ist gut erreichbar, bei den Beteiligten auf allen Seiten einen Wissenszuwachs zu erzielen und eine differenzierte Meinungsbildung in der Öffentlichkeit zu fördern, also einer polarisierten Darstellung in Medien und Diskussion entgegenzuwirken. Damit ist es in der Folge möglich, bessere oder informiertere Entscheidungen zu treffen.

Solche offenen Verfahren oder Bürgerbeteiligungsverfahren ermöglichen es auch, bei den Beteiligten und in der Wahrnehmung in der

Öffentlichkeit ein höheres Gerechtigkeitsempfinden gegenüber dem Entscheidungsprozess herzustellen. Hierzu gibt es auch interessante wissenschaftliche Untersuchungen.

Allerdings bin ich immer dafür, die Bürgerbeteiligung nicht mit Ansprüchen zu überfrachten. Deswegen gibt es auf der Folie auch den Kasten daneben: „Schwerer bis nicht erreichbar sind ...“ Ich nehme jetzt aus meiner Sicht Begriffe, die ich in dem Konzept gefunden habe: Aussöhnung, Zustimmung oder einen Konsens. Das gilt jetzt sowohl für die Bürgerbeteiligung an der Kommissionsarbeit als auch für die Bürgerbeteiligung an der letztendlichen Standortsuche. Ich habe nicht die Zuversicht, dass man durch Bürgerbeteiligung sozusagen die Zustimmung einer Kommune erreichen kann.

Ebenfalls schwerer bis nicht erreichbar ist die Einbeziehung von Jugendlichen, von Migranten, von Personen mit formal niedrigem Bildungshintergrund. Es ist nicht konform, dies hier jetzt so zu sagen. Selbstverständlich kann man besondere Anstrengungen unternehmen, Jugendliche oder andere Personengruppen zu erreichen. Aber dann ist man eigentlich im Bereich von pädagogischen Ansätzen.

Es ist nicht so, dass Beteiligungsangebote von diesen Bevölkerungsgruppen so einfach genutzt werden. Das ist einfach so. Man kann natürlich schon eine breitere Beteiligung ermöglichen, man kann Betroffene einbeziehen, aber diese Personengruppen in der Regel nicht. Ich spreche jetzt nicht normativ, sondern aus Erfahrung.

Ich sage es auch deswegen: Angenommen, ich wäre involviert, einen solchen Beteiligungsprozess mit zu organisieren, könnte ich

das nicht versprechen. Ich könnte auch nicht sagen, ich kann die besondere Methode aus dem Hut zaubern, um Zustimmung zu erreichen. Meines Erachtens geht das einfach nicht: Die Interessengegensätze bestehen weiterhin, sie lassen sich dadurch auch nicht auflösen. Auf der linken Seite sind aber sehr wohl wichtige mögliche Ziele aufgelistet.

Ich komme zur nächsten Folie. Was Zielgruppe, inhaltlichen Fokus und Zeitpunkt der Beteiligung betrifft, bin ich der Meinung - ich bin gebeten worden, mich jetzt hier auf Vorschläge zur Bürgerbeteiligung an der Kommissionsarbeit zu konzentrieren -, dass der wichtigste und interessanteste Punkt aus Sicht der Öffentlichkeit und der Bürgerinnen und Bürger die Frage der Sicherheitsanforderungen und Kriterien ist. Die anderen Fragestellungen nach der Evaluation des Gesetzes und danach, wie der Beteiligungsprozess selbst gestaltet werden kann, sind wichtige Themen - dazu kann man ebenfalls Bürger mit einbeziehen -; aber sie würde ich erst nachrangig betrachten. Ich denke, man muss zum Kern der Sache kommen, und der liegt darin, nach welchen Kriterien der Standort ausgewählt wird.

Jetzt ist also die Frage: Wen nimmt man eigentlich ins Visier, wen kann man überhaupt erreichen, wer ist potenziell bereit, sich zu beteiligen, und wer sollte in solchen Bürgerbeteiligungen auch erreicht werden, um eine gute Grundlage für den Prozess zu schaffen, der nach der Kommissionsarbeit beginnt, um sagen zu können, wir haben alle Betroffenen, wir haben die Öffentlichkeit frühzeitig beteiligt, es war ein Prozess, der bei den wesentlichen Akteuren einen Grundstein gelegt hat?

Deswegen bin ich der Meinung: Man muss sich diese Karte der BGR anschauen: Wo gibt

es potenzielle Wirtsgesteinsformationen? Wo sind potenzielle Standorte? Auch die Zwischenlager spielen natürlich eine wichtige Rolle. Meines Erachtens sollte man in diese Regionen gehen, um Bürger anzusprechen und zu erreichen. Das sind diejenigen, die betroffen sein werden. Ich fände es jedenfalls schade, wenn man eine Bürgerbeteiligung mit Zufallsbürgern machte. Sie alle, die auch in der Kommission vertreten sind, stehen ja auch für bestimmte Bevölkerungsgruppen, für Interessen, beispielsweise Umweltverbände. Ich fände es schade, wenn diese Ihre Klientel und der Zufallsbürger beteiligt werden würden, aber nicht die Menschen, die tatsächlich in zehn Jahren damit zu tun haben werden.

Deswegen meine ich, dass man sich hier diese Karte der BGR angucken muss. Eine Entscheidung, dass die tiefengeologische Lagerung doch nicht das Ziel ist, sondern Langzeitzwischenlagerung oder so etwas, muss vorher gefällt werden. Aber wenn es um tiefengeologische Lagerung geht, dann sollte man diese Regionen mit einbeziehen.

Kommen wir zu den Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung, zu der Frage, wie man diese Personen, wie man die Öffentlichkeit und die betroffenen Gruppen erreicht. Sie sehen, dass bei den Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung auch das Internet eine Rolle spielt. Als deren Kern sehe ich die Onlineplattform. Es geht um einen Beteiligungsprozess, der auch auf Bundesebene stattfinden muss. Deswegen eignet sich eine Onlineplattform dafür, um die bundesweite Öffentlichkeit anzusprechen. Es gibt in Deutschland viele Personen - ich denke, vor allem in dem Bereich Atomkraft und Endlagerung -, engagierte Persönlichkeiten, die da eine wachsame Funktion übernehmen; sie würden sich sicherlich

gerne dazu äußern. Das wäre die bundesweite Öffentlichkeit, die man mit einem Onlinedialog erreicht.

Wie ich eben gesagt habe, sollten daneben aber auch die regionalen „Öffentlichkeiten“ in den betroffenen Regionen angesprochen werden. Hierbei denke ich an Vor-Ort-Veranstaltungen in diesen Regionen. Sie sind zu koppeln mit dem angesprochenen Onlinedialog. Sie können sich sowohl online dazu einbringen als auch in Veranstaltungen in den Regionen.

Wo siedelt man diese Öffentlichkeitsbeteiligung an? Meines Erachtens müsste dies vor der Erstellung des Berichtsentwurfs geschehen, aber nachdem Sie das Thema in der Kommission soweit strukturiert haben, dass Sie sagen, das sind unsere zentralen Fragestellungen, das sind die Eckpunkte, dazu wollen wir in dem Bericht Antworten finden, hat also der Onlinedialog eine gewisse Orientierung und können dessen Ergebnisse in den Entwurf des Berichts einfließen.

Wenn der Bericht erst einmal im Entwurf erstellt ist, dann bietet sich eine Onlinetextkonsultation an. Das ist ein anderes Onlinedialogformat; das zeige ich gleich kurz an einem kleinen Bildschirmfoto davon. Auf der Grundlage dieser Konsultation kann dann der Bericht erstellt werden. Das Ganze ist durch eine Infothek mit Dokumentenkatalog zu begleiten. Hier sollte das Internet als Transparenzmedium genutzt werden.

In welcher Form diese Onlineplattform bereitgestellt wird, ob dies auf den Seiten des Bundestags geschieht oder als externe Seite, das muss im Einzelnen geklärt werden. Entscheidend ist nicht das Tool, das man hat, sondern entscheidend sind das Ziel, das man

damit erreichen will, und die hier bestehenden Anforderungen. Dann muss man danach gucken, welche technische Grundlage diesen Anforderungen genügt.

Kommen wir zur nächsten Folie; sie dient zur Illustrierung. Auf der linken Seite sehen Sie ein Bildschirmfoto von einem Onlinedialog. Hier kann man Fragen oder Themenvorschläge eingeben. Sie kann man thematisch verschiedenen Kategorien zuordnen. Man kann es thematisch strukturieren. Das ist nur ein Beispiel. Anhand dessen möchte ich zeigen: Es gibt sehr viele verschiedene Möglichkeiten, einen solchen Onlinedialog oder eine solche Plattform zu strukturieren. Das ist im Prinzip so ähnlich wie bei einer Veranstaltung: Man kann die Stühle so stellen, man kann sie anders stellen; man kann es zeitlich so strukturieren, man kann Kleingruppen bilden, wie auch immer. Es gibt online nicht das eine Beteiligungstool, auch nicht fünf oder zehn; vielmehr kann man es so gestalten, wie man möchte.

Grundlage ist in der Regel bei solchen Onlinebeteiligungsverfahren eines der verschiedenen Content-Management-Systeme, das dann entsprechend der Anforderung angepasst wird. Das ist in erster Linie eine Form von Webentwicklung, die dann hier maßgeschneidert erfolgt.

Bei den Regionalforen sind verschiedene Formate denkbar; ich will hier auch nicht allzu sehr ins Detail gehen. Die Öffentlichkeit in den Regionen, das sind interessierte Bürger, Zivilgesellschaft und auch Kommunalpolitik. Sie sind vor allem interessiert an Informationen; sie sind aber auch interessiert, sich darüber auszutauschen und ihre Meinung zu bilden und mitzuteilen. In der Regel bieten sich verschiedene Formen der

Kleingruppenarbeit oder der Wechsel zwischen Kleingruppenarbeit und Informationsveranstaltung an.

Das dritte Bild, das Sie hier sehen, ist eine sogenannte Onlinetextkonsultation, hier zum Entwurf eines Gesetzes. Es kann natürlich auch der Entwurf des Berichts sein, in dem die Anforderungen an die Sicherheit und die Auswahlkriterien beschrieben werden; diese können dann absatzweise kommentiert werden.

Man sieht hier: Das Onlinedialogformat auf der rechten Seite unterscheidet sich stark von dem auf der linken Seite. Auf der linken Seite haben wir ein unheimlich niedrigschwelliges Format. Hier sieht man ein Eingabeformular, man sieht die einzelnen Beiträge der Teilnehmer darunter in Form von Kacheln. Rechts daneben ist es ein etwas anspruchsvolleres Format, gerichtet an die Personengruppen, die hier vertieft Textexegese betreiben wollen. Das heißt, es sind nicht immer die gleichen Zielgruppen. Während die größere Öffentlichkeit sich eher links beteiligt, sind es rechts häufig organisierte Vertreterinnen und Vertreter oder besonders engagierte Personen.

Zur nächsten Folie: Worauf sollte man insgesamt achten, wenn man diese Öffentlichkeitsbeteiligung gestaltet? Wenn es Ziel ist, den Endlagersuchprozess vorzubereiten und mit der Kommissionsarbeit auch in gewisser Weise für den kommenden Prozess Vorbild zu sein, dann sollte auch wahrnehmbar sein, was die Kommission an Bürgerbeteiligung macht. Dazu gehört ein offenes, transparentes Beteiligungsangebot. Auf der anderen Seite ist aufgeführt, was im Gegensatz dazu zu vermeiden wäre, nämlich eine Auswahl

von Zufallsbürgern; denn diese Beteiligungsverfahren bekommen in der Regel nur eine geringe öffentliche Aufmerksamkeit.

Ob die Firma Miele gerade Fokusgruppendifkussionen zu den neuen Waschmaschinen mit zufällig ausgewählten Bürgern in verschiedenen Teilen der Bundesrepublik macht, bekommen wir nicht mit. Genauso wenig würde es die Öffentlichkeit mitbekommen, wenn eine Zufallsauswahl von Bürgern die Endlagerfragen diskutierte. Sie würde sich dafür auch nicht so interessieren; das ist einfach die Erfahrung: Die Medien interessieren sich dafür nicht so stark.

Ich bin überhaupt der Meinung, es sollte jeder die Chance haben, hier mitzuwirken, was bei Zufallsauswahl nicht gegeben ist. Ich bin sehr wohl der Meinung, Zufallsauswahl macht in bestimmten Fällen Sinn, aber in unserem Fall nicht, da starke Betroffenheit besteht und Konflikte im Raum sind. In solchen Fällen sind offene Verfahren aus meiner Sicht angemessener.

Anzustreben ist meines Erachtens, Informations- und Beteiligungsangebote mit anderen zu vernetzen. Es gibt eine Tagung in Loccum, es gibt andere Webseiten, Endlagerdialog.de oder andere. Das sind teilweise kritisch begleitende Medien; aber sie stärken insgesamt die Wahrnehmung der Kommissionsarbeit und können wichtige Satellitendiskussionen hervorrufen, die sich dann auch in Ihren Beteiligungsprozessen abbilden.

Eine neutrale Moderation und Supervision ist ebenfalls wichtig. Damit meine ich vor allem Folgendes: Die Schwierigkeit, wenn eine Kommission Bürgerbeteiligung macht, ist, dass sie selbst aus sehr heterogenen Interessengruppen besteht und die Mitglieder damit ebenfalls verschiedene Interessen verfolgen.

Wählt man eine offene Form der Bürgerbeteiligung, dann wird eher eine Klientel aus umweltbewegten Gruppen kommen; bei einer Zufallsstichprobe bekommt man wiederum andere Personen. Alle eigenen Interessenlagen spielen auch bei der Gestaltung der Bürgerbeteiligung mit hinein. Es darf nur nicht diejenige Öffentlichkeit vergessen werden, die dabei eigentlich erreicht werden soll, diejenigen, die dann auch betroffen sind. Dafür ist eine Supervision aus meiner Sicht wichtig.

Ich komme zum Schluss. Ich bin der Meinung - das ist vielleicht leise Kritik an dem Konzeptentwurf -, dass man das Ganze nicht zu kompliziert planen soll. Ich kenne Beteiligungsverfahren, bei denen man zuerst eine Bürgerwerkstatt macht, dann ein großes Bürgerforum, dann ein Onlineforum usw. Da schaut am Ende keiner mehr durch, auch die Bürger selbst nicht mehr, und es überfordert einen logistisch. Deswegen bin ich eher dafür, das einfach zu halten, auch aus Gründen der Transparenz.

Lassen Sie mich noch etwas, weil Sie sich ja hier in der Kommission damit beschäftigen, zu der Frage sagen, welches Forum Sie einrichten. Ich habe den bisherigen Unterlagen entnommen, dass überlegt wird, ohne es genau zu wissen, so ähnlich wie der Ausschuss Digitale Agenda vorzugehen. Das ist der letzte Punkt, den ich in meinem Vortrag gerne noch ansprechen möchte.

Auch auf die Gefahr hin, hier in gewisser Weise ein Spielverderber zu sein, muss ich aus fachlicher Sicht einfach darauf hinweisen, dass die technische Lösung des Bulletinboards aus meiner Sicht für Formen der Onlinebürgerbeteiligung nicht geeignet ist. Das ist ein Tool, aber kein passendes Tool,

weil es nicht niedrigschwellig ist, die Gebrauchstauglichkeit kritisch ist und es keine attraktive Gestaltung des inhaltlichen Einstiegs gibt. Ich habe den Screenshot rechts daneben gepackt. Das ist kein ansprechender Einstieg für die Öffentlichkeit, um an der Bearbeitung der drängenden Fragen der Kommission mitzuwirken. Die Diskussion ist unübersichtlich, sie ist fest in Containern verankert. Es gibt keine Möglichkeit, hier Diskussion zu strukturieren.

Man muss einfach sagen: Es gibt keine positiven Anwendungsbeispiele für diese Bulletinboards in der Onlinebürgerbeteiligung. Man muss sich die Erfahrungen des Ausschusses Digitale Agenda anschauen: Es antwortet kaum jemand auf die Fragen des Ausschusses. Dort stehen Fragen vom November, die der Ausschuss zum Thema E-Health hat, und es antwortet keiner darauf, obwohl es natürlich ein großes Thema ist. Das hat verschiedene Gründe, unter anderem die zuvor von mir genannten.

Auf die Formen der Mitwirkung und Mitentscheidung kann ich gern auf Rückfrage eingehen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Ralf Meister: Ganz herzlichen Dank, Herr Trénel. - Wir begrüßen Frau Donat und Frau Professorin Nanz.

Bevor wir in die Aussprache gehen, noch einmal eine ganz kurze Präzisierung aus dem Seitengespräch mit Frau Gäbler zu dem Beschluss, den wir gefasst haben. Ich will ihn Ihnen einfach noch einmal vorlesen, weil er vielleicht sonst anders ins Wortprotokoll rutscht.

Wir haben verabredet, dass die Rückmeldung aller AG-Mitglieder bis zum 26. Januar 2015 für das Forum erfolgen sollte und dass anschließend eine unverzügliche Freischaltung geschehen soll. - Das sind die Punkte in dieser Verbindung; okay.

Jetzt folgen die Rückfragen und die Debatte zu dem Einstieg von Herrn Trénel.

Hartmut Gaßner: Herr Trénel, vielen Dank. Ich würde gerne meine Fragen so ausrichten, wie wir es uns ungefähr vorgestellt haben, dass wir schwerpunktmäßig die Internetsachen machen, weil Sie am Nachmittag auch noch da sind. Das darf ich noch einmal für alle sagen: Sie sind am Nachmittag auch noch da.

Sie haben jetzt eine Reihe von Fragen aufgeworfen. Um eine zu nennen, die bei uns schon viel diskutiert ist: Wie gehen wir mit der berühmten Jugend um? Das sollten wir vielleicht am Nachmittag gemeinsam diskutieren, wenn die anderen Sachverständigen sich dazu auch geäußert haben. Nicht, dass Sie jetzt irritiert sind!

Was mich interessieren würde, ist noch einmal Folgendes: Sie haben jetzt mit Ihrer letzten Folie die Frage aufgeworfen, ob und inwieweit der Internetauftritt, den die Kommission vorbereitet, geeignet ist. Das trifft uns insoweit ein bisschen auf dem falschen Fuß, als wir gerade alle den Internetzugangscode bekommen haben, um ihn uns einmal anzugucken. Deswegen können wir darüber noch nicht mit Ihnen diskutieren.

Was mich aber jetzt auf jeden Fall schon einmal interessieren würde, ist: Wie müsste aus Ihrer Sicht ein Beteiligungsportal aussehen - jetzt nicht technisch von der EDV her -, das es erlaubt, dass wir bestimmte Fragen,

wie Sie sie drei, vier Folien vorher aufgeworfen haben, nämlich Eckpunkte plus Entwurf Bericht plus Bericht in einem Internetportal zur Diskussion stellen, sodass dieses Internetportal wiederum nicht monolog ist, also nicht Einbahnstraße, sondern dialogorientiert ist. Das ist für uns eine Herausforderung.

Wir möchten auch das Internet nutzen, um einen dialogorientierten Prozess zu haben. Ist dies möglich, wie sieht so etwas aus, was ist der Einsatz, der von unserer Seite kommen muss, um einen solchen Dialog zu gestalten, wie könnte man sich vorstellen, dass wir möglicherweise 20 bis 30 Leute erreichen, die sich mit unserem Berichtsentwurf hier beschäftigen? Das wäre für uns sehr spannend. Ist das sehr idealistisch, oder können wir da wirklich Spuren legen, damit so ein Internetportal ein wichtiger Teil dessen ist, was wir hier leisten wollen?

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Trénel, sind Sie damit einverstanden, dass wir zwei oder drei Fragen heute hintereinander an Sie richten?

Matthias Trénel: Ja.

Vorsitzender Ralf Meister: Dann Frau Kottling-Uhl, bitte.

Abg. Sylvia Kottling-Uhl: Herzlichen Dank für den Vortrag. Ich fand es sehr erhellend, vor allem auch diese Folie über diese Verschränkung von Vor-Ort- und Onlinebeteiligung. Das macht doch einiges klar. Ich gehe davon aus, dass Sie da mehr als eine Erfahrung haben und man sich tatsächlich darauf verlassen kann, dass die Zahlen ungefähr so sind.

Ich will gleich einmal im Hinblick auf die Debatte zu unserem Konzept sagen, dass ich auch sehr glücklich bin über die Aussage, dass man das nicht mit Erwartungen überfrachten darf. Genau das war meine Befürchtung beim Lesen des Konzepts. Aussöhnung, Konsens usw. scheinen mir so hohe Maßstäbe an unsere Öffentlichkeitsbeteiligung während der Kommissionsarbeit zu legen, dass wir nur scheitern können. Das würde ich gern vermeiden.

Womit ich bei Ihren Darstellungen ein einziges Problem habe, ist die Frage der Zielgruppen, mit denen man dann also in Dialog tritt bzw. die man beteiligt. Da ist - das hatten wir hier auch schon ein paar Mal diskutiert - wieder von den betroffenen Regionen die Rede. Nun gibt es die die BGR-Studie, klar. Aber es ist auch in der AG 3 völlig klar, dass diese unterschiedlichen BGR-Studien zwar zugrunde gelegt werden. Aber das muss nicht das sein, was am Ende tatsächlich die Empfehlungen sind, sondern das kann auch zu völlig anderen Ergebnissen kommen. Ich finde, wir können während der Beteiligungsphase in der Kommission bzw. der AG nicht dem Auswahlprozess vorgreifen. Deswegen habe ich damit grundsätzlich ein Problem, dass wir während der Kommissionsarbeit schon einmal betroffene Regionen identifizieren.

Auch ich bin dankbar für den Rat, das Beteiligungsverfahren nicht zu kompliziert zu machen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ja, auch von meiner Seite vielen Dank für den sehr guten Vortrag, der auch sehr viele praktische Elemente enthält. Ich schließe mich an; auch ich emp-

finde es als sehr wertvoll, dass Sie uns sensibilisieren, dass wir uns mit dem Anspruch des Beteiligungsverfahrens nicht übernehmen sollten. Vor diesem Hintergrund drei Fragen:

Bezogen auf die Seite 6, wo Sie darstellen, dass schwer bis hin zu nicht erreichbar zum Beispiel das Thema Aussöhnung, aber insbesondere - das wäre mein Fokus - auch die Themen Zustimmung und Konsens seien, ist meine Frage dazu: Wenn wir auch aus Gründen, es nicht zu überfrachten, dieses Ziel nicht mehr anstreben, wie weit rutschen wir dann nach unten, was unseren Anspruch an modernste Bürgerbeteiligung angeht?

Der Folie 7 habe ich entnommen, dass Sie dafür plädieren, relevante Zielgruppen seien die Menschen in den Regionen, jetzt orientiert an der BGR-Karte, die sicherlich dann noch einmal diskutiert werden soll, und engagierte Bürger im gesamten Bundesgebiet. Meine Frage lautet: Sind Bürger, die bisher noch nicht engagiert sind, aber möglicherweise interessiert werden können, für uns keine Zielgruppe?

Die letzte Frage bezieht sich auf die Folie 9. Da habe ich es so verstanden, dass bundesweit das Dialoginstrument Internet letztendlich genutzt werden soll. Die Frage lautet: Ist das ein richtiges Verständnis, das wir nach Ihrer Empfehlung darüber hinaus bundesweit kein weiteres Instrument einsetzen sollten? - Vielen Dank.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Trénel.

Matthias Trénel: Vielen Dank für die Fragen. Zunächst zu Ihnen, Herr Gaßner: Sie haben gefragt, wie das Beteiligungsportal beschaffen sein müsse, um diese Ziele zu erreichen.

Ich denke, dass das eine Frage der Feinkonzeption ist; aber ich will allgemein dazu sagen, dass mir vorschwebt, den Gegenstand dessen, was Sie in der Kommissionsarbeit behandeln, auf wenige Fragestellungen herunterzubrechen und diese Leitfragen in den Mittelpunkt eines Onlinedialogs zu stellen: Welche Sicherheitskriterien sind aus Ihrer Sicht am wichtigsten usw.? Da können natürlich auch Rückholbarkeit und Fehlerkorrigierbarkeit - das sind alles dialogische Fragen - thematisiert werden.

Darüber einen offenen Dialog zu führen und jedwede Meinungsäußerung zu ermöglichen und damit auch ein Verständnis zu schaffen für die Komplexität der Thematik bei denen, die sich hier beteiligen, das ist möglich. Dafür muss man aber ein sehr einfach strukturiertes Forum haben, das an Leitfragen aufgehängt ist, die Sie hier erarbeiten und die auch für Ihre Arbeit an dem Berichtsentwurf leitend sind.

Die zweite Phase, die ich hier bei der Onlinebeteiligung beschrieben habe, die Textkonsultation, ist im Prinzip recht einfach. Man stellt den Bericht ein; er kann auch sehr viele Seiten umfassen, und er wird absatzweise kommentierbar gemacht. Das ist kein öffentlichkeitswirksames Format, aber ein Format der Transparenz. Es wird sehr zielgerichtete Anregungen dazu geben. Das sind dann zwei verschieden gestaltete Module der Onlinebeteiligung, die man auch nacheinander schalten kann.

Frau Kotting-Uhl, Sie haben gesagt, es sei ein Problem schon in der Kommissionsarbeit, betroffene Regionen zu identifizieren. Ich verstehe Ihren Punkt und sehe ihn auch. Er widerspricht sich nur mit dem Gebot der frühzeitigen Bürgerbeteiligung. Es ist ganz häufig so - das ist ein bisschen ein Problem - ,

dass bei der Bürgerbeteiligung noch nicht feststeht, was am Ende bei der Entscheidung herauskommt. Trotzdem sollen die Bürger frühzeitig beteiligt werden, obwohl noch nichts richtig spruchreif ist. Diese Problematik gibt es immer.

Ich würde sagen, man kann natürlich schauen, dass man sich auf Regionalzentren in diesen Regionen konzentriert. Man kann natürlich auch bis dahin gehen, dass man auf die Landeshauptstädte zurückgreift. Da macht man sich dann nicht angreifbar, schon zu präjudizieren, welche Regionen da betroffen sind. Aber je weiter man davon weggeht, desto schwieriger wird es, auch die Menschen zu erreichen, die dann später sagen sollen, na ja, wir sind hier auch schon frühzeitig darüber informiert worden oder angesprochen worden. Es sind ja auch Personen, die qua ihrer Betroffenheit in den Regionen auch eine Motivation haben, sich zu beteiligen, und dadurch auch wichtige Hinweise geben können. Es gilt hier also, zumindest ein Spannungsfeld zwischen Frühzeitigkeit und Präjudizierung aufzulösen.

Herr Jäger, Sie haben gefragt, wenn man sich von dem Ziel verabschiedet, die Zustimmung zu erreichen oder einen Konsens, zumindest einen weitestmöglichen, herbeizuführen, ob man sich dann nicht auch von modernen Formen der Bürgerbeteiligung verabschiedet. Ich würde das nicht sagen. Ich denke, wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft, die Konflikte aushält, wo Kontroversen offen ausgetragen werden. Sie werden dadurch nicht aufgelöst. Entschuldigen Sie, dass ich manchmal etwas salopp rede: Wir sind nicht in China, wo am Ende auf jeden Fall alle einer Meinung sein müssen, nachdem sie diskutiert haben.

Es können am Ende auch immer noch weitere Kontroversen bestehen. Der Vorteil der Bürgerbeteiligung ist, dass der Diskurs offen und transparent gestaltet wird und damit auch an Qualität gewinnt und dass dadurch die prozedurale Gerechtigkeit gesteigert wird, womit ich meine, dass die Beteiligten und Betroffenen die Gerechtigkeit des Entscheidungsprozesses als höher wahrnehmen.

Ob man darüber hinaus die engagierten Bürger bundesweit erreichen kann, da bin ich skeptisch. Es gibt zwar häufig die Vorstellung, na ja, Bürgerbeteiligung heißt ja auch, den kleinen Mann zu erreichen oder meine Oma mit anzusprechen usw.; aber das ist aus meiner Sicht eine utopistische Vorstellung. Wir wissen ja auch aus unserem Alltag, dass wir uns auch nicht an allen möglichen Fragen beteiligen wollen, und jeder hat auch das Recht auf Nichtbeteiligung. Es sind halt nun einmal die Engagierten, die sich mit dem Thema identifizieren, die dann angesprochen werden können. Darüber hinaus ist es schwierig; darüber hinaus müsste man auf Methoden der Zufallsauswahl zurückgreifen. Aber dazu habe ich ja ausgeführt, warum ich skeptisch bin, welchen Mehrgewinn sie in dem Verfahren bringen sollen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. Es gibt noch Fragen von vier Personen, und zwar von den Herren Becker, Miersch, Thomauske und Kudla.

Thorben Becker: Vielen Dank auch von mir für den Vortrag. Wir sind ja jetzt doch schon ein bisschen in der Diskussion, die eigentlich für heute Nachmittag vorgesehen war. Aber das geht, glaube ich, auch einfach nicht anders. Ich bin ein bisschen skeptisch, jetzt die Sachen, die anspruchsvoll sind, schon einmal beiseite zu legen und zu sagen, das funktioniert nicht.

Ich habe auch eine grundsätzliche Frage. Sie haben ja gesagt, es geht vor allen Dingen um Sicherheitskriterien und Ähnliches. So, wie ich es verstanden habe, und so, wie es auch im AkEnd formuliert ist, ist der Anspruch an eine Bürgerbeteiligung in erster Linie die Verständigung über das Verfahren. Das ist ja auch etwas, worüber ein Bürger auch wirklich mitreden kann. Wer kann schon bei Sicherheitskriterien für ein Endlager mitreden? Gleichzeitig ist es zumindest vom AkEnd so formuliert, dass ich da letztendlich im Idealfall eine Zustimmung zu diesem Verfahren habe oder formuliert wird, dass das Verfahren von allen Beteiligten als fair und gerecht empfunden wird.

Da habe ich noch einmal die Nachfrage, ob Ihre Position ist, dass wir diesen Anspruch von vornherein aufgeben sollten. Ich würde das eigentlich sehr ungern machen.

Zweiter Punkt: Mit wem soll dieses Beteiligungsverfahren durchgeführt werden? Aus meiner Sicht haben Sie eine ganz wesentliche Zielgruppe vergessen, nämlich diejenigen, die jetzt von dem Thema Atommüll betroffen sind. Da habe ich auch kein Problem bei der Auswahl, weil ich genau weiß, wo der Müll liegt. Die Leute dort haben virulente Interessen, teilweise auch sehr gegenläufige Interessen, und da gibt es natürlich eine Bevölkerungsgruppe, die quer über das ganze Land - es gibt kaum Regionen, die davon nicht in der einen oder anderen Form betroffen sind - natürlich direkt angesprochen werden kann. Diese Gruppe dürfen wir auf gar keinen Fall außen vor lassen.

Dann habe ich tatsächlich noch zwei Fragen in Richtung Internet. Auf der einen Seite sagen Sie, es muss einfach und heruntergebrochen sein, und auf der anderen Seite soll so etwas Kompliziertes wie Sicherheitskriterien

diskutiert werden. Da hätte ich von Ihnen gerne tatsächlich einmal den ehrlichen Versuch, die Frage zu beantworten, ob das am Ende geht, oder ist das tatsächlich etwas, wo dieses Format Internetbeteiligung dann irgendwann zu der Frage, um die es da geht, eventuell doch nicht passt oder eben nur, wenn ich es in Teilbereichen auf einzelne Fragen herunterbrechen kann.

Eine letzte Frage zu den Zielgruppen: Wir als BUND haben zumindest nicht den Eindruck, dass es jetzt schwieriger ist, Jugendliche oder auch Migranten auf das Thema Umwelt anzusprechen. Aber wir haben die Erfahrung gemacht, dass es eine zielgruppenspezifische Ansprache braucht. Da frage ich, ob es nicht auch gerade in diesem Bereich eine Möglichkeit gibt, hier nicht ein Tool aufzusetzen, sondern möglicherweise auch für bestimmte Zielgruppen durchaus unterschiedlich zugeschnittene Sachen zu machen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Miersch.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Ja, vielen Dank. Da Frau Nanz und Herr Banthien auch schon da sind, will ich vorweg sagen: Für mich ist die Seite 9, die Sie aufgeführt haben, schon eine der zentralsten, weil sie mir hilft, ein bisschen strukturiert den Prozess beobachten zu können, wie er jetzt möglicherweise angelegt sein muss, vor allen Dingen dadurch, dass Sie zwischen allgemeinen Fragen, die wir stellen, und Eckpunkten unterscheiden, dann den Zeitpunkt ansprechen, zu dem wir einen Entwurf eines Berichts vorlegen, und dann auf die Entscheidung über den Bericht letztlich abheben. Ich will mich in diese Phasen durchaus gerne hineindenken, weil ich sie auch als logisch empfinde.

Aber dann will ich eben noch einmal das aufgreifen, was der Kollege Gaßner gesagt

hat, nur bezogen jetzt auf Internet und Onlinebeteiligung. Als Sie am Anfang die Phase Leitfragen angesprochen haben - Sie haben eben gesagt, Sie raten uns, das auf bestimmte Leitfragen zuzuspitzen -, ist bei mir diese Frage der Sicherheitskriterien hängengeblieben. Ich halte das für viel zu speziell in dieser Phase. Da bin ich dann wieder beim Kollegen Becker, nämlich bei der Frage, wieweit wir in dieser Phase nicht eigentlich sortieren müssen, ob wir alles gesehen haben, was wir im Moment in Arbeitsgruppen bearbeiten und, und, und.

Welche Form der Partizipation bietet dann der Onlinebereich? Wenn Sie da den Begriff Onlinedialog verwenden, dann stelle ich mir vor, dass wir jetzt in dieser Phase zehn Leitfragen aufstellen, und Hans Meier aus X sich meldet und sagt, die sind ja alle idiotisch, worüber die da reden, sei nicht das Entscheidende, sondern der Müll kann längst in den Weltraum geschossen werden. Wir kennen ja die ganzen Debatten. Oder es heißt: Warum seid ihr so blöd und denkt immer noch über ein Endlager nach? Beschäftigt euch endlich mal mit dem Erdkern, da könnt ihr das alles versenken. Diese Zuschriften gibt es ja jetzt schon, und es brennt sicherlich einigen unter den Nägeln, dann diese Onlinedialogform dafür zu nutzen.

Jetzt ganz konkret gefragt: Also diese zehn Leitfragen könnte ich mir noch ausdenken, aber dann sagen die anderen eben, es geht völlig an der Realität vorbei. Jetzt öffnen wir das so als Staubsauger und gucken, wo sind die Dinge, die wir vielleicht noch nicht gesehen haben. Jetzt schreibt da einer ganz konkret. Wie muss ich mir jetzt diesen Onlinedialog vorstellen, was erwarten sie? Brauchen wir da noch fünf Redakteure mehr, die dann als wissenschaftliche Mitarbeiter sagen, Erdkern ist schon einmal angedacht worden,

aber so what, oder heften wir das an eine virtuelle Flipchart dran, um darauf noch einmal zurückzukommen? Wie muss ich mir diesen Onlinedialog vorstellen, oder was würden Sie raten, wie soll das in dieser Phase aussehen? Das kann ich mir noch nicht vorstellen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Tomauske.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja, vielen Dank. Ich bin zunächst einmal darüber gestolpert, dass Sie geäußert haben, dass über die Onlinerverfahren am Ende nicht sichergestellt werden kann, dass es zu einer Zustimmung kommt, wenn ich Sie richtig verstanden habe. So habe ich aber auch das Verfahren nicht verstanden, dass wir gewissermaßen dies intentional deswegen machen, weil wir, wenn wir alle daran beteiligt haben, am Ende die Zustimmung bekommen, und alles ist wunderbar. Das wäre quasi die Pervertierung des Verfahrens, wenn ich es richtig verstehe. Ich glaube nur, dass es eben eine notwendige Bedingung ist, aber keine hinreichende, also dass es notwendig ist, Bürgerbeteiligung zu machen, aber dass dies nicht zwangsläufig hinreichend ist, um am Ende eine Zustimmung zu bekommen. Das hängt dann von anderen Dingen ab.

Mit dem Punkt, den Sie dann angesprochen haben, der Frage Zufallsbeteiligung versus Ansprechen künftig Betroffener, habe ich, was Ihre Position anbelangt, aus zwei Gründen ein Problem. Zum einen ist unser Ausgangspunkt nicht die BGR-Karte, sondern die weiße Deutschlandkarte. Was daraus dann in Folgeschritten kommt, ist nicht Gegenstand dessen, was die Kommission tut, sondern was in Anwendung der Kriterien, der Verfahrensweise, dann in der späteren Phase entwickelt wird. Also deswegen Start mit der weißen Deutschlandkarte. Insofern nimmt auch die Einschränkung auf gewissermaßen

„Wir wissen ja alle, wo das am Ende landet“, der Offenheit des Prozesses die Grundlage.

Deswegen würde ich stark dafür plädieren, dass wir tatsächlich nicht zwei Klassen in der Bundesrepublik einführen, nämlich diejenigen, die zukünftig betroffen sein werden, und diejenigen, die heute schon wissen, uns erreicht das nie, und deswegen konzentrieren wir uns nur auf diejenigen, die zukünftig betroffen sein werden. Wir haben dann noch als eine dritte Klasse diejenigen, die eh schon betroffen sind; das ist noch ein anderer Punkt.

Daraus ergibt sich aus meiner Sicht aber folgende Konsequenz: In dem offenen Verfahren werden wir insbesondere die Rückäußerung der Standorte, der Regionen bekommen, die bisher betroffen waren. Insofern bedarf es aus meiner Sicht eines anderen Elementes, um die anderen Gruppierungen, oder besser gesagt, die übrige Bevölkerung einzubinden, die vielleicht an dieser Stelle tatsächlich eine höhere Schwelle hat, sich daran zu beteiligen, weil sie nicht unmittelbar unter dem Druck oder unter dem Zwang steht, wir haben schon was, und wir wollen dafür sorgen, dass es da zu einer Änderung kommt. Also insofern bedarf es aus meiner Sicht zwingend eines komplementären Verfahrens. Ich habe das Zufallsverfahren bislang eben aus diesem Grunde als eine ganz hilfreiche Überlegung verstanden, an dieser Stelle so etwas einzuführen.

Ich glaube auch, dass es notwendig ist, eben die Diskussion als dritte Konsequenz nicht in den betroffenen Regionen allein zu führen, sondern gerade auch in den anderen Regionen, weil die Frage des Blickwinkels und der Bewertung der Vorschläge durchaus von Positionierungen abhängig ist, die genau an

dieser Stelle aufgrund eines anderen Backgrounds dennoch unterschiedlich sein wird.

Ein weiterer Punkt ist für mich die Frage der Einbeziehung von Jugendlichen; das halte ich gerade bei dieser Themenstellung für ein mitentscheidendes Kriterium. Wir müssen hier Jugendliche auch ansprechen, obwohl ich da nun nicht der Spezialist bin, der sagen kann, er weiß, wie das geht; aber ich denke mir, es gibt Kinderparlamente oder Jugendparlamente und ähnliche Dinge, wo man sich dann darüber unterhalten kann, wie man an dieser Stelle zu einer Einbeziehung von Jugendlichen kommt, vielleicht auch über Vereinigungen von Schulsprechern oder was auch immer. Es geht darum, dass man in eine gezielte Ansprache geht, um deren Auffassung ebenfalls zu hören und die Rückmeldung zu bekommen.

Für mich ist ähnlich wie für Herrn Miersch eine offene Frage, mit welchen Themenstellungen man da herangeht. Ich sage einmal, Themenstellungen können natürlich das sein, was wir unter Pfade verstanden haben: Gibt es eine Endlagerung, gibt es langfristige Zwischenlagerung, eine Bohrlochlagerung? Das wäre so eine Ebene der Pfade. Die zweite Ebene wäre vielleicht, welche Wirtsgesteine, welche Techniken usw. Die Sicherheitskriterien wären für mich ein solcher Spezialfall, der an dieser Stelle in meinem Blickwinkel eigentlich gar nicht auftauchen würde.

Das ist mein Eindruck, das sind meine Anmerkungen dazu. Nun habe ich insbesondere über das geredet, wo ich anderer Auffassung bin, als bei dem, was ich bei Ihnen verstanden habe; aber sehen Sie mir das nach.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Kudla noch, und dann die Antworten von Herrn Trénel.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ich weiß nicht, ob wir nicht zuerst die Antworten machen, weil es ja –

Vorsitzender Ralf Meister: Ich habe vier Wortbeiträge aufgerufen, und darauf hat sich Herr Trénel eingestellt.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Gut. - Herr Trénel, zwei Fragen habe ich, eine zu Ihrer Folie 14: Hier thematisieren Sie Mitentscheidung und Mitwirkung, und wenn ich das so lese, dann sprechen Sie sich für Mitwirkung aus, und Mitentscheidung sehen Sie kritisch, wie Sie schreiben. Haben Sie schon einmal mit Ihrer Firma Großprojekte hinsichtlich Bürgerbeteiligung betreut, bei denen mitentschieden wurde? Wenn ja, wie hat da die Mitentscheidung ausgesehen und welche Rolle hat bei dieser Mitentscheidung das Internet gespielt? Ja, Mitentscheidung in Abgrenzung zu reiner Mitwirkung. - Das war die Frage 1.

Die Frage 2: Wir sprechen hier immer von Internetbeteiligung. Es gibt ja die sogenannten sozialen Netzwerke. Was halten Sie davon, wenn die Kommission beispielsweise auch in Facebook reingeht und sich hier entsprechend darstellt? Aber Facebook steht hier nur stellvertretend; das können auch jederzeit andere soziale Netzwerke sein. Wie sind da Ihre Erfahrungen bei anderen Großprojekten?

Vorsitzender Ralf Meister: Jetzt Herr Trénel. - Bitte schön.

Matthias Trénel: Ja, vielen Dank. Ich werde versuchen, auf viele Punkte einzugehen. Ob es mir gelingt, weiß ich nicht genau. Es sind ja auch vielfach Anmerkungen, denen ich auch zustimme, die ich richtig finde.

Zum einen ist thematisiert worden, ob die Sicherheitskriterien, die Anforderungen, tatsächlich zum Gegenstand der Öffentlichkeitsbeteiligung gemacht werden sollen oder ob das nicht viel eher Fachfragen sind und ob man nicht die Öffentlichkeit stärker mit Verfahrensfragen beschäftigt, wie die Menschen eingebunden werden sollen, wie der Prozess ablaufen soll.

Ich würde dem aber entgegenhalten, dass es gut wäre, die eigentlichen Fragen, um die es geht, auch zum Gegenstand der Bürgerbeteiligung zu machen; denn im Zentrum steht ja die Frage der Standortauswahl. Das ist das, was die Menschen dann auch interessiert, und nach welchen Kriterien das passiert.

Da kann man natürlich sagen, das ist vor allem ein Fachprozess; aber es gibt ja da auch viele normative, wertende, abwägende Fragestellungen: Welche Rolle soll Fehlerkorrektur spielen, Rückholbarkeit, welche Fragen spielen überhaupt eine Rolle bei der fachlichen Bewertung? Das sieht von außen immer so aus, als sei es eigentlich eine Frage, die Geologen unter sich entscheiden sollen. Dem ist aber nicht so, sondern es braucht Bewertungskriterien, es braucht Abwägungskriterien, normative Überlegungen dazu, die Bürger, Betroffene, genauso gut liefern können, und die Fragestellung interessiert sie aus meiner Sicht auch.

Darüber hinaus ist klar, dass an dieser Stelle auch schnell fachliches Wissen bereitgestellt werden muss, das aus meiner Erfahrung heraus von Bürgern auch schnell angenommen und aufgenommen wird. Ich bin da weniger skeptisch, dass Bürger diese Fragen nicht diskutieren können; vielmehr interessieren sie die zentralen Fragen. Von daher würde ich sie nicht aussparen. Ich sage das vor allem deswegen, weil eine Bürgerbeteiligung,

die gewissermaßen selbstreflexiv ist, die mehr auf der Metaebene stattfindet, wie sie denn beteiligt werden wollen, nicht so attraktiv ist. Sie kreist ein bisschen um sich selbst. Das ist nicht unwichtig; aber es muss aus meiner Sicht auch um die eigentlichen Fragen gehen.

Sicherlich sind die betroffenen Personen an Zwischenlagern einzubeziehen; da bin ich ganz der Meinung des Fragestellers, und was die Jugendlichen angeht, ist es in der Tat so, dass dann eine zielgruppenspezifische Herangehensweise zu empfehlen ist. Wenn man eine zielgruppenspezifische Ansprache wählt, dann kann man Jugendliche natürlich auch erreichen. Sie haben auch Interesse daran, sich einzubringen; aber sie tun es nicht von alleine.

Ich spreche jetzt einfach nur aus Erfahrung: Wenn man allgemeine Bürgerbeteiligungsverfahren macht, die an die Öffentlichkeit gerichtet sind, dann beteiligen sich in der Regel weniger Jugendliche, auch wenn die Verfahren im Internet stattfinden, was vielleicht der allgemeinen Vorstellung entgegensteht. Wenn man Internetbeteiligung macht, beteiligen sich in der Regel mehr Menschen, und es beteiligen sich vor allem Personen mittleren Alters, berufstätige Personen, die sonst aus verschiedenen Gründen heraus wie Zeiterfordernissen nicht zu Veranstaltungen kommen können. Es ist schon wichtig, einem Großteil der Bevölkerung die Mitwirkung bequemer zu machen. Aber es sind nicht die Jugendlichen, die sich dann online beteiligen. Findet man jedoch eine zielgruppenspezifische Ansprache, dann ist das sehr wohl möglich; das will ich auch nicht in Abrede stellen.

Herr Miersch, Sie haben gefragt, wie man sich denn eine Onlinebeteiligung, die an

Leitfragen aufgehängt ist, so vorstellen soll, dass sie auch Relevanz entfalten kann. Ich kann dazu nur sagen, dass tatsächlich nach meiner Erfahrung Bürger sich nicht hundertprozentig daran halten, was man ihnen vorgibt. Man sagt, das ist unser Thema, das ist unsere Fragestellung; aber sie reden dann auch über etwas anderes. Diese Offenheit und Flexibilität müssen Beteiligungsverfahren mitbringen, dass dann auch diese Meinungen - teilweise sind sie ja auch interessant; das sind ja auch die Neuen, an die man vorher nicht gedacht hat - mit aufgenommen werden, aber die andere Diskussion auch nicht stören. Dazu muss man dann halt eine gewisse Flexibilität mitbringen.

Wichtig ist, dass solche Verfahren ausgewertet werden, dass die Beiträge analysiert werden, dass Themen und Schwerpunkte identifiziert werden, dass man daraus Argumentationskarten oder Themenlandkarten zeichnet, um das Meinungsbild sichtbar zu machen. Diese Form von Auswertung ist schon wichtig, damit man damit umgehen kann und nicht sozusagen in den Beiträgen ertrinkt.

Die direkte Mitwirkung der Kommissionsmitglieder auch in Interaktionen ist an dieser Stelle sicherlich auch eine wichtige Frage. Ich würde sie eigentlich vor allem so auflösen, dass man sagt, Teilnehmer aus den Regionalforen, aus den Onlineforen, werden nach einem bestimmten Schema ausgewählt und hierher eingeladen, um die Meinungen direkt auszutauschen, die für viele andere in dem öffentlichen Dialog stellvertretend sind.

Zu Zufallsbürger versus betroffene Bürger: Ja, also wenn es tatsächlich so ist, dass es noch eine weiße Landkarte ist, dann okay, dann macht das gar keinen Sinn, in die einzelne Region zu gehen, sondern höchstens in

die Bundesländer, in die Hauptstädte der Bundesländer. Aber es ist halt die Frage - man muss ja auch ehrlich sein; das müssen Sie als Kommission abschätzen -, welche Rolle diese Voruntersuchungen bereits schon spielen. Wenn sie noch nicht die Hauptgrundlage sind, ja, dann würde ich es auch lassen. Aber diese potenziell betroffenen Regionen stehen im Raum, und es wäre eventuell nicht ehrlich, sie nicht mit anzusprechen.

Zur Zufallsauswahl sind, glaube ich, die Meinungen auch ausgetauscht. Es gibt die Gefahr der inszenierten Beteiligung, sage ich mal, also dass man Bürger beteiligt, die zufällig ausgewählt werden, daran mitzuwirken. Für diese Bürger ist es dann eine sehr interessante Erfahrung, und es gibt sozusagen auch ein Meinungsbild, das aber häufig eher an der Oberfläche kratzt. Es ist eine andere Qualität, wenn man betroffene und interessierte Bürger beteiligt. Wie gesagt, ich würde an dieser Stelle stärker gewichten, dass die Kommission bei diesem Thema auch die öffentliche Aufmerksamkeit bekommen möchte. Das ist tatsächlich schwieriger, wenn man keine offenen Angebote macht, sondern sich eher auf Zufallsauswahlverfahren konzentriert.

Letzter Punkt zu der Mitentscheidung und Mitwirkung: Es ist in der Bürgerbeteiligung, in der Öffentlichkeitsbeteiligung ganz selten, dass Akteure tatsächlich Kompetenzen bekommen, mitzuentscheiden. Teilweise erhalten Akteure in Mediationsverfahren und runden Tischen Kompetenzen und Mitentscheidungsbefugnisse.

Andererseits setzt dies voraus, dass es klare Interessenvertreter gibt und dass es so strukturiert ist. Das ist in dem jetzigen Stadium

möglicherweise zumindest bei der Kommissionsarbeit – Ich meine, die Kommission selber repräsentiert ja ein solches Gremium. Sie haben Personen hier in dem Gremium, die Stimmrecht haben, obwohl sie von der Bevölkerung nicht dafür gewählt wurden. Aber sie sind sozusagen qua Funktion, qua Wissen, qua Interessenvertreter hier mit am Tisch als wichtige Akteure, Stakeholder, die einzubeziehen sind. Das heißt also, diese Form von Mitentscheidung findet aus meiner Sicht hier in dieser Runde statt.

Ansonsten gibt es ja diese Frage im Bereich der Standortauswahl, Endlagersuche: Soll dann die Kommune darüber mitentscheiden können? Ich würde sagen, aus meiner Sicht sollte der Prozess auf jeden Fall zu einem Ergebnis führen, die Endlagersuche, und das ist nicht gewährleistet, wenn die Kommunen ein Veto einlegen können.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. Vier Personen noch bzw. fünf, vielleicht auch mit der Bitte um Konzentration in den Fragen: Es sind zunächst Frau Rössig und dann Herr Fuder. - Bitte schön.

Wiebke Rössig: Vielen Dank. Zum einen kann ich Folgendes nicht ganz nachvollziehen: Wenn Sie sagen, eine Mitentscheidung sei schwierig oder bislang ganz selten vorgekommen oder auch wenn Sie Themen identifizieren, die schwer erreichbar sind, dann heißt es ja nicht zwangsläufig, dass man sich dieser Themen nicht annimmt. Ich denke, das ist dann sicherlich eine sehr große Herausforderung; aber ich glaube, die gilt es dann bei einer solchen Frage wie der Suche nach einem atomaren Endlager auch anzunehmen. Ich verstehe das auch eher als eine Bringschuld der Kommission oder auch eine Bringschuld insgesamt, diese Bereitschaft zur Beteiligung zu schaffen.

Wenn Sie sagen, es gibt das Recht auf Nichtbeteiligung, selbstverständlich, es gibt keine Pflicht mitzumachen. Aber ich glaube, es ist nicht die Pflicht der Bürger, dass sie erst einmal denken, sie warten jetzt alle auf die Möglichkeit, hier mitzuarbeiten, sondern es ist vielmehr die Verpflichtung der Kommission, dann so sehr daraufhin zu arbeiten, dass da möglichst viele Menschen mitmachen möchten, dass also einfach in viel größerem Rahmen deutlicher wird, wenn es alles betrifft und was für Ausmaße es hat, wenn ein solches Endlager vielleicht nicht sicher genug geplant ist etc.

Ich glaube, da gibt es genug Möglichkeiten, der breiten Bevölkerung zu vermitteln, wie sehr betroffen sie alle in Deutschland doch sind, und ich denke, es ist die Aufgabe der Kommission, damit dann eine so breite und zwar möglichst breit abdeckende Beteiligung zu schaffen. Da sehe ich ganz klar eine Bringschuld hier der Kommission. Ich sehe nicht, dass man sagen könnte, na ja, es gibt das Recht auf Nichtbeteiligung, es ist ohnehin schwierig, Jugendliche und Migranten zu beteiligen und eine Zustimmung zu erreichen etc., und deswegen machen wir das nicht.

Wir sollten schon anstreben, dass wir breitestmögliche Beteiligung in möglichst allen gesellschaftlichen Gruppen schaffen, und wir sollten auch anstreben, vielleicht eine Zustimmung zu dem Bericht zu erreichen, was sicherlich ein sehr ambitioniertes Ziel ist; ich glaube, da sind wir uns alle einig. Aber es deswegen nicht anzustreben, fände ich nicht so günstig.

Meine konkrete Frage bezieht sich auf Seite 9 Ihrer Charts. Da schreiben Sie, dass es eine externe Onlineplattform sein sollte. In Ihrem Vortrag haben Sie aber gesagt, das

könnte auch hier angesiedelt sein. Hier schreiben Sie jetzt „externe Online-Plattform“. Wenn Sie darauf vielleicht noch einmal Bezug nehmen könnten: Was wären die Vorteile, das extern anzusiedeln im Vergleich zu dem, was jetzt auch geplant ist, dass über die Kommission ein Forum eingerichtet wird? Ich denke, das macht auch einen anderen Eindruck im Hinblick auf die Beteiligung.

Vorsitzender Ralf Meister: Danke schön. - Herr Fuder.

Michael Fuder: Ich glaube, unsere Aufgabe besteht ja darin, das, was wir gerade gehört haben, auf die spezifische Herausforderung anzupassen, vor der wir hier stehen. Ich denke, wir sind uns sicherlich einig, dass es doch einen gewissen Unterschied gibt zwischen Lärmschutz in Berlin auf der einen Seite und einer Endlagersuche auf der anderen Seite. Wir stehen in einem zweistufigen Prozess. Das ist generell eine grundlegend andere Bedingung. Wir haben 50 Jahre Geschichte irgendwie zu bewältigen und in gewisser Weise eine Million Jahre Zukunft zu gestalten. Das sollten wir im Blick haben, wenn wir überlegen, was das für uns hier eigentlich bedeutet.

Ich möchte mich auf drei Folien beziehen, und zwar zunächst auf Folie 6. Da habe ich eine Frage an Sie, Herr Trénel. Sie haben zu dem rechten Block „Schwerer bis nicht erreichbar sind ...“ die Aussage getroffen, wenn ich es jetzt richtig im Ohr habe, Aussöhnung geht nicht. Wie meinen Sie das? Aussöhnung geht generell überhaupt nicht durch Öffentlichkeitsbeteiligung oder mithilfe von Öffentlichkeitsbeteiligung, oder meinen Sie, Aussöhnung geht noch nicht auf der Basis dessen, was Sie hier als Papier im Entwurf gesehen haben?

Bei Aussöhnung gibt es, würde ich erst einmal behaupten - auch da würde mich interessieren, was Sie dazu sagen - nicht Ja oder Nein, sondern da gibt es ja auch durchaus Zwischenstufen. Aussöhnung kann teilweise gelingen oder mehr oder weniger gut gelingen. Das Thema Zustimmung - das ist noch weiter diese Folie - auf die Frage einer Zustimmung oder eines Konsens mit einer betroffenen Kommune zu reduzieren, scheint mir im Übrigen dann doch ein bisschen zu kurz gegriffen zu sein.

Zu Folie 7: Herr Becker hat es eben schon angesprochen, dass es sicherlich nicht sein kann, dass im Moment Sicherheitsanforderungen und -kriterien diskutiert werden, sondern wir reden über einen Prozess. Vor Erstellung des Berichtsentwurfs, also sprich, während unserer Arbeitszeit hier, muss es aus meiner Sicht darum gehen, den notwendigen Prozess zu definieren, und zwar vor dem Beginn einer Endlagersuche und während dieses Prozesses. Ich würde sogar einen Schritt weitergehen und sagen, sogar auch danach. Denn das ist die große gesellschaftliche Herausforderung in Sachen Prozessgestaltung.

Dass keine regionalen Beschränkungen sein sollten, darüber wurde bereits gesprochen. Wie allerdings das flächendeckend hinzukriegen sei, ich glaube, darauf sollten wir noch einmal ein bisschen Wert legen. Jetzt nur mal so in die Kladde gesprochen: Warum sollten nicht jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt in Deutschland zu diesem Thema einen Ombudsmann benennen, wodurch die Rückkopplung in die jeweiligen Gebiete gewährleistet ist? - Nur mal so in die Kladde gesprochen.

Wir reden hier über engagierte Bürger im gesamten Bundesgebiet, Herr Trénel. Engagement ja; aber wir haben hier eine Geschichte, wo wir nur mit Engagement ja gar nicht weiterkommen. Wir müssen die Ressourcenfrage stellen: Woher soll denn die Expertise kommen, und zwar sowohl fachlich-inhaltlich jetzt in Sachen Technik, Ingenieur usw. als auch in Sachen Prozess? Ich möchte darauf verweisen, dass wir diese Frage von Ressourcen ja hier schon haben. Wir haben vorhin über einen Redakteur geredet.

Wir sind in einer Situation, wo hier in der Gruppe selbst zunehmend ein Geschmäcke auftritt. Als Beispiel nenne ich jetzt einmal uns drei, die wir hier sitzen. Wir bringen Professionalität ein, wir bringen spezifische Erfahrungen ein, und bisher ist seit Monaten in der Schwebe, ob wir überhaupt unseren Verdienstausschuss erstattet bekommen. Das ist von der Sache her, was Ressourcen angeht, ein unhaltbarer Zustand. Ich glaube nicht, dass es demagogisch ist, was ich sage, sondern nur sehr zugespitzt.

Wir reden hier über Atomkraft, wo jahrzehntelang Milliarden Gewinne gemacht wurden, und hier reden wir jetzt über solche Peanuts. Da passen Dinge überhaupt nicht zusammen, und da entstehen neue Probleme, die uns später wieder einholen könnten. Ich will es in dieser Deutlichkeit sagen, weil das bisher überhaupt nicht angesprochen wurde. Ich will es noch einmal aus dem Erfahrungsschatz der Asse sagen: Total entscheidend in diesem ganzen Beteiligungsprozess ist es, Kooperationsfähigkeit zwischen staatlichen Behörden und Zivilgesellschaft herzustellen. Das ist überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen; aber ich sehe da wirklich einen ganz entscheidenden Casus knacksus. - Danke.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank.
-Herr Trénel.

Matthias Trénel: Frau Rössig, ich stimme zu, es gibt da diese Bringschuld, wie Sie sagen, auch eine Bereitschaft zur Beteiligung zu schaffen, Voraussetzungen dafür zu schaffen, sich zu bemühen, möglichst breite Kreise in der Bevölkerung anzusprechen. Meine Aufgabe als Experte, als jemand aus der Zukunft, war es an dieser Stelle nicht, jetzt so normativ daranzugehen, sondern auch einfach zu sagen, was aus meiner Sicht zu schaffen ist und einen realistischen Blick dafür zu bekommen, wer sich denn daran beteiligen wird, wer Interesse daran haben wird. Man darf da nicht denken, dass viele Menschen auf diese Bürgerbeteiligung warten. Es gibt realistischerweise nur einen bestimmten Bevölkerungskreis, den man ansprechen kann, aber bei dem es auch sehr wichtig ist, ihn anzusprechen und einzubinden, weil er es verlangt und auch sehr viel mitzuteilen hat.

Zu der externen Onlineplattform: Hier spreche ich auch nur aus Erfahrung. Wenn eine Behörde ein Entscheidungsvorhaben hat, das größere öffentliche Aufmerksamkeit mit sich bringt, wird häufig eine externe Plattform eingerichtet, und zwar nicht nur zur Beteiligung, sondern auch zur Information, eine Microsite. Das ist eine organisatorische Frage, weil die Behörden selber - auch der Bundestag ist eine Behörde - mit einem bestimmten Content-Management-System arbeiten, das für den Alltagsbetrieb gut ausgelegt ist, aber für bestimmte besondere Vorhaben, mit denen man stärker an die Öffentlichkeit herangehen will, eventuell nicht ausgelegt ist. Dann richtet man zum Informieren und Beteiligen eine eigene Microsite ein und hat größere Spielräume, was die Gestaltung der Seite angeht und was die Formate der Beteiligung angeht.

Zum Beispiel sehen wir am Bundestag, dass es die Möglichkeit gibt, ein Onlinebeteiligungstool einzurichten. Das ist da, das kann man einrichten. Aber ob es das ist, was in unserem Zusammenhang passt, das ist dann noch einmal eine ganz andere Frage. An dieser Stelle gibt es auch keine Flexibilität aufseiten der Bundestagsverwaltung. Wenn man eine externe Plattform hat, eine Microsite, dann besteht diese Flexibilität, das entsprechend der Anforderungen und Bedürfnisse eines Prozesses, der zu konzipieren wäre, anzupassen. Deswegen habe ich gesagt, es läuft möglicherweise auf eine externe Onlineplattform hinaus.

Herr Fuder, zur Frage nach der Aussöhnung meine ich, so etwas kann auch alles Nebeneffekt von Beteiligungsverfahren sein: eine gute Gesprächskultur herzustellen, Personen miteinander ins Gespräch zu kriegen, die vorher nicht miteinander gesprochen haben, stärkere Perspektivenübernahme, gegenseitiges Verständnis zu fördern. Weswegen ich das gesagt habe, war, dass ich nur davor warnen wollte, das Verfahren mit Ansprüchen zu überfrachten, weil es wahrscheinlich nicht gelingen wird, und es auch nicht zu überfrachten mit, sagen wir mal - Es werden ja Konflikte, die aus der Vergangenheit stammen, gerade auch bei der Endlagersuche fortgeführt. Ich finde, wir sollten dieses Beteiligungsverfahren nicht zu stark überlagern. Aus diesem Grunde habe ich das auch gesagt.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Ott, Herr Pöls und Herr Gaßner. Damit endet die Redeliste. - Herr Ott.

Erhard Ott: Ja, vielen Dank. Ich fand den Vortrag in der Tat auch ausgesprochen interessant, weil sich daraus eine Reihe von Fragen ergeben, bezogen auf den Auftrag, den

wir uns hier in der Arbeitsgruppe gegeben haben, nämlich wie wir mit der weiteren Diskussion in die Breite der Gesellschaft kommen. Das ist, glaube ich, wie es Frau Rössig vorhin gesagt hat, eine Bringschuld der Kommission und insbesondere unserer Arbeit hier in der Arbeitsgruppe.

Was mir in diesem Zusammenhang durch den Kopf ging, ist Folgendes: Wenn Sie, Herr Trénel, sagen, die Verwaltung arbeite ordnungsgemäß, dann ist das richtig. Manchmal ist es für uns ein bisschen zu langsam, um vorwärts zu kommen, okay. Aber wie gewinnen wir außerhalb des politischen Raums beispielsweise Prominenz, die das Thema unserer Arbeit hier mit befördert und in die Öffentlichkeit, in die Medien bringt?

In diesem Zusammenhang ging mir durch den Kopf, dass wir im vergangenen Jahr erfolgreich eine erste europäische Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“ von gewerkschaftlicher Seite mit bewegt haben. Erst als die Medien das Thema aufgegriffen hatten, gab es geradezu eine Explosion der Unterschriften. Das haben wir eben nicht alleine befördert, sondern da sind andere mit in den Prozess eingestiegen, und darüber müssten wir, glaube ich, einmal nachdenken, inwieweit uns das auch dabei hilft, mit unserer Diskussion und unserem Anliegen, Kriterien für Endlagersuche zu entwickeln, in die Breite der Gesellschaft zu kommen. - Das ist das eine.

Das Thema zielgruppenspezifische Ansprache ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt. Da meine ich insbesondere die von Ihnen kritisch angemerkte Schwierigkeit, beispielsweise junge Menschen und Migranten zu erreichen. Das ist für meine Begriffe wirklich ein zentraler Punkt; an dieses Thema müssen wir herangehen.

Der letzte Punkt ist einfach noch einmal eine Nachfrage: Sie haben aus Ihren bisherigen Erfahrungen gesagt, Bürgerforen hätten eine relativ geringe Beteiligung von der Zahl her, Onlineforen eine sehr viel größere Zahl. Die Zahl allein sagt natürlich nichts über die Qualität der Beteiligung aus. Haben Sie Erfahrungen, inwieweit das, was Bürger im Rahmen der Beteiligung eingebracht haben, dann auch für die weitere Arbeit nutzbar gewesen ist, oder sind das einfach Kommentare gewesen, die dann auch abgehakt werden können? Mich würde da also noch einmal die Qualität interessieren.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Pols.

Abg. Eckhard Pols: Ja, vielen Dank. - Vieles ist schon gesagt worden; deswegen kann ich das vielleicht noch ein bisschen kürzer machen. Aber ich war doch sehr erstaunt, dass Sie in ihrem Vortrag, Herr Trénel, die Karte der BGR hier herangezogen haben. Herr Thomauske hat es ja schon richtig angesprochen. Wir unterhalten uns ja hier darüber, dass Grundvoraussetzung eine weiße Landkarte ist. Ombudspersonen haben Sie, glaube ich, genannt aus jedem Landkreis. Es kann sich also kein Landkreis in Deutschland vor einem möglichen Endlager sicher sein. Wenn wir dann gleich auf so eine Karte zurückgreifen, dann sind wir wieder in einem sehr, sehr engen Kreis von Landkreisen oder Gebieten, die infrage kämen. Deswegen halte ich das für sehr gefährlich.

Das Zweite, worauf ich als Familienpolitiker, der sich auch sehr stark im Kinder- und Jugendbereich bewegt, hinweisen muss, ist Ihre Aussage, schwer oder nicht erreichbar seien Kinder und Jugendliche. Ich mache da die ganz andere Erfahrung, dass Jugendliche heutzutage viel kritischer sind, als es vielleicht noch eine Generation oder zehn oder

15 Jahre vorher war. Wenn ich als Politiker mit jungen Leuten diskutiere, die hier nach Berlin kommen oder wenn ich in meinem Wahlkreis Lüchow-Dannenberg-Lüneburg unterwegs bin, in dem man ja nun mit diesem Thema immer noch tagtäglich zu tun hat, dann erlebe ich auch viel, dass die jungen Leute das auch interessiert und sich da auch schon über „andere Wege“ schlaugemacht haben und schlaugemacht machen. Mit ihnen muss man sich dann auch unterhalten, wenn sie an einen herantreten und mitarbeiten wollen, weil es sich ja um die Zukunft handelt.

Es geht nicht um unsere Generation, sondern um die Generation, die nach uns folgt bzw. um die nachfolgenden Generationen. Ich war ja auch auf dem Endlagerforum für Jugendliche in Loccum, Herr Meister, und Herr Miersch war auch dabei. Die jungen Leute gingen dort auch sehr kritisch mit diesem Thema um. Ich glaube schon, dass wir die jungen Leute hier erreichen; vor allen Dingen müssen wir sie erreichen.

Dann noch eine Sache, die mich auch ein bisschen gewundert hat, die Zufallsbürger: Warum soll man nicht Zufallsbürger nehmen? Sonst sitzen hier diejenigen, die ich mal die üblichen Verdächtigen nennen will. Sie sitzen auch oben im Publikum. Wenn wir in der großen Kommission tagen, sehen wir auch immer dieselben Leute dort oben sitzen. Daher sollten wir uns wirklich den Zufallsbürger heraussuchen. Ob er nun bereit ist, mitzuarbeiten, ist eine andere Geschichte. Aber ich glaube, dass wir dann doch den Querschnitt der Bevölkerung eher finden als auf anderen Wegen.

Da sind also ein paar kritische Punkte in Ihrem Papier drin - aber erst einmal vielen

Dank dafür -, gerade, was Kinder und Jugendliche betrifft. Wir unterhalten uns ja über die Stärkung der Kinder- und Jugendrechte, wenn ich nur 25 Jahre UN-Kinderrechtskonvention nehme, wir unterhalten uns über die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz und darüber, dass wir Kinder und Jugendliche mehr beteiligen wollen. Das Wort Partizipation ist ja hier auch schon gefallen. Daher glaube ich schon, dass wir sie nicht schwer, sondern relativ einfach und auch leicht erreichen.

Hartmut Gaßner: Ja, ich würde versuchen, Herr Trénel, ein paar Sachen noch einmal zusammenzufassen, was mehr unseren Arbeitsauftrag angeht, als dass es sich noch einmal als Fragen für Sie darstellten sollte. Ich sehe momentan verschiedene Paare von Elementen für den Internetauftritt, die ich aus Ihrem Beitrag und der Diskussion zusammenfasse. Das erste Paar ist die Fragestellung: Was können wir mit der jetzt auf den Weg gebrachten Internetplattform leisten, und was wäre möglicherweise die Ausbaunotwendigkeit? Rein im technischen Sinne müssen wir uns ein Bild davon machen. Sie haben das mit den Begriffen externe Internetplattform, besseres Content-Management dargestellt. Ich würde Sie bitten, jetzt nicht noch einmal Stellung zu nehmen, vielleicht nur in dem Sinne, wenn ich etwas Falsches sage. - Das ist die eine Herausforderung.

Wir haben jetzt eine Internetplattform. Diese Internetplattform haben Sie sehr kritisch gewürdigt. Wir haben noch gar keine Vorstellung davon. Das müssen wir mitnehmen, und wir müssten dann sehen, ob und inwieweit die notwendigerweise ausgebaut werden muss. Da wäre dann die Frage, wofür.

Da habe ich auch ein Begriffspaar. Das eine ist mehr in Richtung Auswertung von Einwendungen - da verwende ich einmal einen Rechtsbegriff. Das geht mehr in die Richtung, ich sammle und habe dann Zeit, es zu bearbeiten, ich muss sehen, wie ich es bearbeite, und ich muss sehen, dass das, was ich bearbeite, wieder Rückwirkungen auf den Prozess hier hat. Matthias Miersch hat von Staubsauger gesprochen. Ich würde das schon ein bisschen konzentrierter sehen: Diese Einwendungen sollten einen Gegenstand haben, die könnten unter anderem Ihre „Eckpunkte Entwurf Bericht“ haben.

Die andere Sache ist die: Kommen wir zum Dialog? Das ist das, wonach Matthias Miersch gefragt hat: Kann man sich vorstellen, dass wir jetzt fünf Redakteure haben, die dort sitzen. Indem ich das formuliere, bringe ich da eine Wertung mit hinein und denke, nein, das werden wir wohl nicht bewirken können. Von daher müssen wir uns überlegen, ob wir mit so einer Art Chatroom, der betreut ist, hinkommen, aber nicht in dem Sinne, dass wir wirklich den Anspruch erheben können, dass wir dort dialogisch arbeiten, dass man ständig im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger steht. Da würde ich Abstriche machen, und ich hielte es auch für handhabbarer, wenn wir uns das als Ziel setzen würden. Jedenfalls sollte die Plattform soweit Stellungnahmen und Meinungen einbeziehen.

Dann hätten wir das Begriffspaar niederschwellig und nicht niederschwellig, und das müssten wir jetzt auch zuordnen. Niederschwellig wäre mehr Sammeln, nicht niederschwellig wäre das, was Sie am Beispiel des Hochschulrahmengesetzes beschrieben haben. Da haben Sie gesagt, den Bericht könne man möglicherweise absatzweise zur Kommentierung stellen. In diesem Sinne

sehe ich, dass wir einiges schon gelernt, aber noch nicht umgesetzt haben.

Das Letzte ist die Frage von Herrn Kudla, die natürlich noch offen geblieben ist: Kann ich mir vorstellen, dass ich über ein Sammeln vom Meinungen auch zu einem Meinungsbild komme? Darüber müssten wir am Nachmittag noch einmal diskutieren, ob das Internet geeignet ist, auch Mehrheiten oder Stimmungsbilder zu Themen zu finden.

Vielleicht sagen Sie dazu noch einmal einen Satz: Welche Erfahrungen gibt es mit Internetumfragen, die dann auch auswertbar sind, nicht im Sinne von inhaltlich, sondern im Sinne von zählbar? Das ist das, was Herr Kudla wissen wollte und was uns auch alle beschäftigt: Ist das auch eine Art Umfrageplattform? Sie haben mit Blick auf Gemeinden von Zustimmung gesprochen, was wir hier eher damit übersetzen, ob es ein Vetorecht gibt oder nicht. Das hätte in Bezug auf einen Bericht eine ganz andere Bandbreite. Kann man sich also vorstellen, dass das, was zu dem Bericht oder was zu den Eckpunkten käme, dass man das greifbar machen kann? Herr Jäger hat mal formuliert: Kann man Akzeptanz messen? Das wäre für mich schon wieder zu allgemein. Meine Frage ist: Kann man über das Internet Meinungsbilder abfragen?

Vorsitzender Ralf Meister: Wir kommen zum Schlussstatement von Ihnen, Herr Trénel.

Matthias Trénel: Vielen Dank. - Es ist jetzt immer wieder angesprochen worden, dass auch Kinder und Jugendliche nicht so schwer zu erreichen seien, wie ich es dargestellt habe. Das mögen Sie mir auch nicht übelnehmen; ich habe es ja deswegen gesagt, um darauf hinweisen, dass man spezielle

Anstrengungen unternehmen sollte, um diese Personengruppen zu erreichen. Es reicht nicht, sie sozusagen auf eine Weise anzusprechen, wie man sonst alle Menschen anspricht. Das trifft übrigens auch auf Zufallsauswahl zu. Meine Erfahrung mit Zufallsauswahl - solche Umfragen habe ich auch durchgeführt - ist so, dass die Rückmeldequote unter Jugendlichen geringer ist. Ob man zu einer Veranstaltung oder auch in ein Onlineforum einlädt, die Rückmeldequote bei Jugendlichen ist geringer.

Natürlich kann man spezielle Konferenzen für Jugendliche machen, man kann speziell kooperieren mit verschiedenen Gremien, Jugendgremien usw.; das ist sicherlich sinnvoll. Aber ich will eigentlich nur eher vorwarnen, dass selbst dann, wenn man eine Onlinebeteiligung macht, nicht Jugendliche sich in größerem Umfang daran beteiligen werden, sehr wohl aber breitere Bevölkerungskreise, was die mittleren Altersgruppen angeht, und zwar in der Zahl über die üblichen Verdächtigen hinaus.

Zu den Zufallsbürgern sage ich nur, es gibt eine gewisse Gefahr, dass es Als-ob-Beteiligung ist, eine inszenierte Bürgerbeteiligung. Man hat eine Bürgerbeteiligung gemacht, man kann dann auch einen Haken dahinter machen. Man hat zufällig ausgewählte Bürger in einem Raum gehabt und sich mit dem Thema auseinandersetzen lassen. Ich denke, das ist der richtige Weg, wenn es um Themen geht, bei denen es noch gar keine Beteiligungsbereitschaft gibt, weil sie zum Beispiel für die Menschen zu fachlich sind, zu weit weg sind, zu stark in der Zukunft liegen. Aber bei dem Thema Endlagersuche gibt es aus meiner Sicht vielfältige öffentliche Diskussionen und Betroffenheiten, die man nicht außen vor lassen sollte, indem man

sozusagen Closed-Shop-Workshops mit zufällig ausgewählten Bürgern macht. Da haben wir einen pointierten Austausch von unterschiedlichen Vorstellungen über das Format.

Ansonsten kann ich Herrn Gaßner in seiner Zusammenfassung zustimmen, möchte aber noch hinzufügen, dass ich es skeptisch sehe, so etwas als eine Umfrageplattform anzusehen. Man muss hier unterscheiden zwischen repräsentativen Umfragen, die immer nur gelingen, wenn die Antwortoptionen bereits vorgegeben sind. Das sind quantitative Befragungen versus qualitativ-konsultative Verfahren, die eine freie, diskursive Meinungsäußerung ermöglichen, die Antworten zulassen, an die vorher gar nicht gedacht wurde. Diese Form von Beteiligung ist nicht als repräsentativ anzusehen, sondern die gewinnt an Legitimität in dem Maße, wie sie offen gestaltet ist, wie sie heterogene Ansichten mit einbezieht und in einer fairen, nachvollziehbaren Weise geführt wurde.

Vorsitzender Ralf Meister: Ganz herzlichen Dank, Herr Trénel, ganz herzlichen Dank für die doch sehr kompakten und dichten zwei Stunden, die wir sozusagen als Einstieg genommen haben über internetbasierte Bürgerbeteiligung von Ihnen mit dem Impuls, eine Debatte zu führen. Vieles - das werden Sie ja gemerkt haben in den Rückfragen - waren schon die ersten Pässe, die in den Nachmittag gespielt worden sind und in der einen oder anderen Weise auch wieder aufschlagen werden.

Für uns, glaube ich, bleibt schon zusammenzufassen, dass wir unter diesem Stichwort der internetbasierten Bürgerbeteiligung für die Öffentlichkeitsarbeit und die Beteiligung während der Kommission noch einmal herausgefordert sind, die Zielvorstellungen zu

präzisieren und sie in ein gesundes Verhältnis von Aufwand und Leistung zu bringen. Das ist sicherlich ein deutliches Ergebnis dieses Vormittags.

Wir haben 12 Minuten für die Pause, um uns zu versorgen, und werden dann wieder einsteigen.

Herzlichen Dank, Herr Trénel.

(Beifall)

Sind Sie einverstanden, dass wir fortfahren und dass wir es so drehen, dass, bevor wir nachher Frau Nanz, Herrn Banthien und Herrn Renn zu ihren Beiträgen aufrufen, Herr Grunwald ein paar Inputsätze zur Öffentlichkeit sagt und wir jetzt noch einmal konzentriert und knapp über den aktuellen Stand des Konzeptpapiers sprechen, Herr Gaßner dazu noch einmal etwas sagt, wir an dieser Stelle noch einmal ganz kurz und knapp den Stand ausloten, dann Herr Grunwald kommt und wir dann auf 14 Uhr sind und mit den Impulsen fortfahren? Sind Sie einverstanden, dass wir so vorgehen? - Gut, danke schön.

Tagesordnungspunkt 5 Konzept zur Öffentlichkeitsbeteiligung

Hartmut Gaßner: Meine Damen und Herren, ich werde versuchen, die zwei Minuten zu überbrücken, bis wieder alle da sind, und mir zunächst einmal erlauben, Sie zu fragen, ob und inwieweit Sie dazu gekommen sind, sich das Konzeptpapier, das wir Ihnen vorgelegt haben, selber auszudrucken, mit der Maßgabe, dass Sie die Farbigkeit noch haben. Wer hat noch die Farben?

Es war ein besonderes Anliegen, dass das farbig ist, weil durch die Farbigkeit deutlich

ist, ob und wieweit Sie die Bandbreite der Diskussion auch dadurch sehen, weil wir Ihnen ja vorgestellt haben, dass wir es sozusagen möglich gemacht haben, dass nicht nur die zwei Vorsitzenden sich mit diesem Papier beschäftigt haben, sondern auch Herr Sommer, und wir in einem erläuternden Schritt Sie um Verständnis gebeten haben, dass wir diesen Zwischenstand zunächst einmal nicht unter drei Personen zusammengeführt haben, sondern Ihnen, weil wir meinten, dass es durchaus die Bandbreite der Diskussion widerspiegelt, auch deutlich werden lassen, welche Positionen oder welche Vorstellungen da sind.

Also, wer das noch nachzeichnen möchte, den möchte ich bitten, dass er sich das Papier noch einmal so ausdruckt, das es die Farbigkeit behält. Dabei wiederum kann ich leider keine Lesehilfe geben, weil die verschiedenen Formate das farblich unterschiedlich ausdrucken; aber es ist jedenfalls unterschiedlich farbig.

Der nächste Schritt ist folgender: Ich möchte versuchen, Ihnen zu verdeutlichen, dass wir in dem Papier drei Teile haben. Der erste Teil ist der, den ich mit den Ziffern 1 bis 7 markiere, so wie auch in den kurzen Erläuterungen im Anschreiben. Das Zweite ist die organisatorisch-zeitliche Phasenplanung in 8., und wir haben dann unter Punkt 9 einen Formatbaukasten, der mittelbar auch schon ein bisschen zur Sprache gekommen ist, dass er noch keine Entscheidungen hat, sondern nur auffächert, und wir haben unter Punkt 10 Rahmenbedingungen.

Die sehr bestimmende Rahmenbedingung, die wir haben, ist die, dass die Erwartung besteht, dass wir heute um 18 Uhr ein Meinungsbild in der Arbeitsgruppe haben, das

befähigt, am 2. Februar eine Kommissionssitzung substanziell zu bestreiten. Sie haben das in der letzten Kommissionssitzung gemeinsam miterlebt, dass wir das Fenster, die Kommissionssitzung am 2. Februar wesentlich mitzugestalten, geöffnet haben. Damit haben wir eine Erwartung ausgelöst, die wir auch erfüllen müssen.

Wir haben gerade schon mit zwei, drei Leuten ein bisschen geflachat, indem wir gesagt haben: Eigentlich wären wir jetzt reif für eine einwöchige Klausur. Wenn wir uns jetzt eine Woche zurückziehen könnten, dann kämen wir zu relativ guten Ergebnissen. Das heißt wieder: Wie geht man im Leben eigentlich damit um, dass das, was notwendig ist, nicht real wird?

Das heißt, wir müssen irgendwo wiederum auch ein Stück weit den Mangel verwalten. Der Mangel wird darin liegen, dass wir eine Reihe von Einzelüberlegungen haben, und die Herausforderung ist die, dass jeder seine Einzelbeiträge auch darauf bezieht, ob es möglich wird, diese Einzelbeiträge in relativ kurzer Zeit so zusammenzuführen, dass sie im Meinungsbild sind, das man dann wiederum der Kommission auch vorstellen kann. Wir müssen natürlich auch sehen, dass wir in der Kommission dann möglichst nicht alle Positionierungen, die wir hier vielleicht en détail haben, wieder hineintragen; dann wird die Gesamtgruppe wuschig. Sie wird nicht in der Lage sein, jetzt noch einmal all das einzuholen, was wir schon seit längerer Zeit diskutieren.

Auch dieser Vorsprung hat noch nicht erreicht, dass alle wieder da sind; aber jetzt sind sehr viele da.

Wenn man das Papier dergestalt durchgeht, dann wäre meine Vorstellung jetzt, dass es

gelingt, die Ziffern 1 bis 7 soweit anzusprechen, dass wir das markieren würden, was aus Sicht der Gruppe auch in seiner Breite nicht bestehen bleiben darf. Das ist eine andere Formulierung als die, die wir einmal in Aussicht genommen haben, wir haben ein relativ kurzes Papier, an dem wir Satz für Satz durchgehen und einen Haken daran machen.

Vielmehr ist die Vorstellung momentan die: Wir haben dieses relativ breite Papier, und es wäre dann der Auftrag wahrscheinlich an die Vorsitzenden, eine geraffte Zusammenfassung zu machen - so ist es auch angekündigt -, die wir der Kommission vorlegen, wobei Herr Meister und ich das Ziel verfolgen, durchaus auch das Langpapier - das ist jetzt der neue Begriff - als Learning Paper der Kommission auch noch mit dazu zu geben. Aber man wird nicht erwarten können, dass die Kommission über das lange Papier diskutiert; das lange Papier ist der Hintergrund. Deshalb wäre die Fragestellung: Ist auch in der Langfassung markiert, dass es eine Bandbreite von Vorstellungen und Überlegungen gibt, inwieweit es möglich ist, es so beizubehalten, oder muss da unbedingt etwas herausgenommen oder etwas verändert werden?

Das ist ein anderer Anspruch an das Papier, als zu sagen, es ist ein Konsens. Es ist die Dokumentation einer Meinungsvielfalt.

Wenn das so gelänge, würden wir dann die Anhörung machen - das ist schon mehrfach gesagt worden - und erwarten, dass wir in der Auswertung der Anhörung dann in der Zeit von circa 15 bis 17 Uhr die Ziffer 9, die jetzt einen Baukasten darstellt, so weit zuspitzen, dass wir eine zumindest vorläufige Auswahl treffen, was wir der Kommission

vorschlagen, und die Kommission das wiederum dergestalt auf den Weg bringt, dass es tatsächlich auch ausgeschrieben wird.

Da wird es jetzt sehr konkret. Was wird dann gegebenenfalls ausgeschrieben? Daran müssen wir uns alle messen. Deshalb ist es ganz gut, dass wir uns diesen engen Zeitrahmen setzen müssen. Also, Inhalt des Nachmittags sollten Ziffer 9 und auch Ziffer 10 sein. Unter 10. beginnt es mit der Frage, was wir eigentlich den Kommissionsmitgliedern an weiterer Belastung zumuten können, dass wir uns auch da einig sind, dass wir kein Idealbild aufzeichnen, weil jedes Format, das wir auswählen, auch bestückt werden muss. Bestückt ist jetzt ein schlechter Begriff für uns Menschen, die wir das mit bespielen müssen. Wir müssen da anwesend sein.

Dies heißt, dass ich anhand des Inhaltsverzeichnisses und des Papieres Ihnen noch einmal aufrufe, wo wir in der Formulierung des Papieres ungefähr stehen.

Wir haben in Ziffer 1 die Aufgabenstellung; sie ist unumstritten. In Ziffer 5 finden sich Inhalte der Beteiligung, in Ziffer 6 der Kreis derer, die wir beteiligen wollen, und in Ziffer 7 den Träger der Beteiligung. Dies ist auf Grundlage der letzten Diskussion und auch der Anmerkungen von Herrn Sommer mehr oder weniger Konsens: 5, 6 und 7 sind Konsens.

Wir haben, was die Ziele angeht, relativ unterschiedliche Zuspitzungen unter den Ziffern 2.1 und 2.2. In der Positionierung zu Ziffer 2.1 hat Herr Sommer möglicherweise mit dem Begriffspaar elitenorientierter Politikkonzepte und einer Bürgergesellschaft, die eine Bürgerbeteiligung in einer dritten Dimension bedeutet, Begriffe entfaltet, die

wahrscheinlich nicht von allen so mitgetragen werden, die aber wiederum in ihrer Farbigkeit auch deutlich machen, dass es diese Positionierung hier gibt, und die wahrscheinlich in Bezug auf die Auswahl der Formate nicht entscheiden wird. Das müssen wir aber sehen, insbesondere da Herr Sommer diese Vorstellung hat.

Deswegen will ich das jetzt nicht in dem Sinne vorwegnehmen, das ist so, sondern ich würde Folgendes im Fokus haben: Macht es Sinn, wenn wir jetzt in den Nachmittag gehen, uns sehr viel auf der grünen Wiese über Überlegungen zu unterhalten, die im Grunde genommen eine Zuspitzung der Fragestellung sind, welche Funktion der Bürgerbeteiligung zukommt, oder sollen wir das noch einmal konkret im Kontext mit Beteiligungsformaten diskutieren, ob da etwas dazu kommt?

Das ist der erste Punkt, den ich markiere, an dem sich möglicherweise ein bestimmter Diskussionsprozess an meine Darstellung anschließen würde.

Das Zweite ist das unter den allgemeinen Zielen genannte Begriffspaar in dem Teil auf Seite 8 - die Aussöhnung und die Beschreibung des tiefen Vertrauensverlustes -, und es ist die Positionierung, dass es hierzu notwendig ist, dass sich die Kommission dazu versteht, auf den Standort Gorleben zu verzichten.

Auch diesbezüglich habe ich einen Vorschlag: Das ist eine Positionierung, die an die Kommission adressiert ist, und es ist aus meiner Sicht wenig sinnvoll, hier jetzt in 20 Minuten darüber zu diskutieren, ob das sinnvoll oder nicht sinnvoll ist, weil man diese Positionierung in 20 Minuten nicht er-

ledigt. Wir müssten uns einfach darauf verständigen, dass diese Vorstellung in die Kommission getragen wird, und indem wir sie in Farbigkeit hineinragen, sind wir Boten einer Positionierung, die aber wohl innerhalb kürzerer Zeit nicht abschließend ist.

Das wäre meine Einladung an Herrn Sommer, dass wir das in die Kommission so hineinragen, und es wäre meine Bitte an die Runde, dass wir jetzt diese Vorstellung, die Herr Sommer hat, nicht dadurch relativieren, dass wir jetzt mit ihm heute hier diskutieren, dass er sie nicht in die Kommission bringen dürfte.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Kudla, Herr Thomauske, Herr Jäger.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Herr Gaßner, ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu dem Papier: Ich war etwas verwundert, als ich das ganze Papier bekommen habe, und ich glaube auch, dass wir bei der letzten Sitzung etwas anderes besprochen hatten. Es liegt leider kein Protokoll zu den Entscheidungen vor.

Beim letzten Mal hatten wir, glaube ich, besprochen, dass dieses Papier herumgeschickt werden soll und jeder seine Anmerkungen machen kann; sie werden an Sie geschickt, und Sie arbeiten das Ganze dann ein. Tatsächlich ist das Papier nur an Herrn Sommer geschickt worden; er hat seine Anmerkungen machen können und sonst offensichtlich niemand.

Das verwundert mich, und Sie müssen mir erklären, warum das so ist. Wenn das Papier an Herrn Sommer geschickt werden kann, warum kann es nicht an die anderen auch geschickt werden? - Das ist Punkt eins.

Punkt zwei: Sie sprachen vorher von einem Papier, das die Meinungsvielfalt darstellen soll, wenn ich Sie so recht verstanden habe. Die Meinungsvielfalt ist mir hier in der Diskussion schon klar geworden, und sicherlich können wir die Meinungsvielfalt auch vielleicht einmal in einem Papier zusammenschreiben. Das ist die Meinungsvielfalt.

Aber mich interessiert an sich mehr, ob wir hier zu einem Konsenspapier hinsichtlich Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommissionsarbeit kommen. Das meinte ich an sich, das soll das Papier werden. Kommen wir zu einem Konsenspapier hinsichtlich Bürgerbeteiligung an der Kommissionsarbeit?

Wenn ich das sehe, dann haben wir an sich jetzt mit den Einfügungen noch wesentlich mehr zu diskutieren als beim ersten Entwurf des Papiers. Das liegt auch daran, dass jetzt Punkte wie beispielsweise das Problem Gorleben hier hineingekommen sind, die in meinen Augen in einem Papier, das die Bürgerbeteiligung an der Kommissionsarbeit beschreiben soll, nichts zu suchen haben. Man kann das Problem mit Gorleben sicherlich diskutieren; aber das ist ein eigener Punkt. Wir sollten uns auf die Zielsetzung dieses Papiers konzentrieren und hier nicht noch sonstige Themen am Rande mit einbauen und an der Seite voranschieben. - Das ist Punkt 2.

Punkt 3: Wenn wir bis zum 2. Februar, bis zur nächsten großen Kommissionssitzung, uns auf ein Konzept für die Bürgerbeteiligung einigen sollen, dann sehe ich an sich nur, dass wir heute die Abschnitte 9.1 bis 9.5 durchsprechen und anhand derer konkret festlegen, was wir hier unter Bürgerbeteiligung machen wollen. Die Abschnitte 1 bis 7 sind für mich jetzt nach der Überarbeitung

so weit geöffnet worden, dass wir noch mindestens während zweier, dreier Sitzungen darüber diskutieren müssen, bis wir hier zu einem Konsens kommen. - Danke schön.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Thomauske.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Herr Gaßner, Sie hatten eingangs gesagt, das Papier spiegele die Meinungsvielfalt wider. Das kann ich nicht erkennen. Das Papier ist durch die jetzt vorliegende Form für mich ein Sommer-Papier. Das ist nicht mehr die Meinungsvielfalt; zumindest ich finde mich in diesem Papier mitnichten wieder.

Da spielen eine ganze Menge Dinge hinein. Dem Grunde nach ist es jetzt von einem ideologischen Überbau überfrachtet worden, den wir Satz für Satz einmal diskutieren müssten, wo ich mitnichten der Auffassung bin, dass das, was hier von Herrn Sommer hinein verwoben wurde, sachlich richtig ist und dass es dazu eine eindeutige Wahrheit gibt. Da gibt es möglicherweise viele Wahrheiten, wenn nicht gar Widerlegungen.

Insofern ist das ein Papier, das ich in dieser Form nicht im Ansatz akzeptieren kann. Daher kann ich nur dafür plädieren, dass man diesen ganzen ideologischen Kram herauslässt und von mir aus in den Sideletter packt - dann kann er ja seine persönliche Auffassung in einem Sideletter noch mit der Gesamtkommission zur Kenntnis geben -, und wir beschränken uns auf das Operative.

Im Operativen, also über das, was Sie insbesondere mit den zur Entscheidung wichtigen Kapiteln 9, 10 usw. geschrieben haben, in denen der weitere Ablauf des Verfahrens, damit wir zu Ergebnissen kommen, und die Art und Weise dargelegt sind, wie wir das ausgestalten, werden wir uns aus meiner Sicht

sehr schnell einigen können; damit habe ich überhaupt keine größeren Probleme. Wir können dort darüber diskutieren, welche der verschiedenen Varianten zweckmäßig ist und welche wir der Kommission vorschlagen. Aber zu dem ganzen Überbau, der jetzt in der roten Farbe neu hineingekommen ist, muss ich sagen: Das ist ein Überbau, den ich nicht mittragen kann.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Mich beunruhigt folgender Zielkonflikt: Auf der einen Seite haben wir hier intern ganz offenkundig noch sehr grundsätzlichen Diskussionsbedarf, auf der anderen Seite einen hohen Anspruch, dass wir während unserer Kommissionsarbeit auch beispielgebende Bürgerbeteiligung initiieren wollen.

Wir sind schon einige Monate unterwegs und haben außer den transparenten Sitzungen und einem, wie ich einmal vorsichtig formulieren will, zaghaften Auftritt im Internet noch nicht viel gekonnt, und wir müssen ungeheuer Fahrt aufnehmen, um sichtbar zu werden. Ich sehe insbesondere das Ansprechen der breiten Öffentlichkeit, das Informieren und Interessieren als einen ganz wesentlichen Schritt, der auf den Weg gebracht werden muss. Wir wissen, wie schwierig das alles auch organisatorisch hinzubekommen ist. Das treibt mich um. Wenn wir es nicht schaffen, in den nächsten Wochen doch sichtbar zu werden, erste Schritte zu machen, dann drohen wir an unserem eigenen Anspruch zu scheitern oder ihn nicht zu erfüllen.

Vor diesem Hintergrund habe ich auch ein gewisses Problem mit dem Papier, so wie es nunmehr hier dargestellt ist. Das resultiert

daraus, dass nach meinem Verständnis jedenfalls es ursprünglich einen anderen Anspruch hatte, nämlich sozusagen die Grundlage zu legen, auf die wir uns dann auch verständigen, und daraus die operativen Dinge abzuleiten. Das ist mit dem Papier in diesem Stadium nicht mehr möglich.

Ich hatte - leider Gottes ist es ganz offensichtlich von der Verteilung her nicht ganz gelungen, das zeitnah an alle zu bringen - einen Vorschlag eingereicht, der in die Richtung geht, dass wir versuchen, aus dem Papier, das wir bis dato haben, zu abstrahieren bzw. das herauszudestillieren, was jetzt für die nächsten operativen Schritte und Entscheidungen hier in diesem Kreis und in der Kommission notwendig ist, um es nach vorne zu bringen. Dann stellt sich natürlich die Folgefrage: Was machen wir mit dem Papier an sich? Ich habe dabei die Erfahrung gemacht, dass das schon zu gravierenden Missverständnissen und Fehlinterpretationen geführt hat; ich will das jetzt hier nicht weiter ausführen.

Mir geht es wirklich um Folgendes: Nehmen wir einen Punkt, den Sie auch angesprochen haben, nämlich, die Schuldfrage zu klären. Herr Sommer hat es aufgegriffen und, wie ich finde, mindestens missverstanden. Es geht nicht darum, dass ich und wir als gesellschaftliche Gruppierung - an dieser Stelle die der Industrie - eine solche Diskussion nicht führen wollten. Nur sehe ich keinen Sinn darin, sie in diesem Kreis jetzt hier zu führen, angesichts der Tatsache, dass wir dringend Fortschritte machen müssen, um Vorschläge an die Kommission zu bringen und darüber hinaus dann eben das Ganze umzusetzen.

Jetzt zu Ihrem Vorschlag, Herr Gaßner: Das Papier - so verstehe ich das jedenfalls; korrigieren Sie mich, wenn ich Sie missverstanden habe - jetzt umzudefinieren, sozusagen als Living Document der Meinungsvielfalt, kann ein Ansatz sein. Das muss aber dann sehr deutlich vorangestellt werden. Dann wird es sicherlich ein lebendes Papier, und wir können es ein Stück weit auch vertagen, jedenfalls für heute, wie wir es dann konkret ausgestalten. Ich sähe darin durchaus auch gewisse Risiken; aber vielleicht ist das ein Weg nach vorne.

Allerdings wäre es aus meiner Sicht in jedem Fall notwendig, das herauszudestillieren, was notwendig ist, um operativ nach vorne zu kommen: Was ist Konsens, und wo haben wir noch offene Punkte, damit wir die ersten Schritte tatsächlich gehen können?

In diesem Sinne hatte ich einmal eine Struktur vorgeschlagen, die eigentlich nur aus dem Papier abgeleitet ist. Wenn Gelegenheit wäre, würde ich sie gerne heute Nachmittag noch einmal erklären. Vielleicht sprengt es jetzt den Rahmen, sodass ich nachher darauf zurückkommen darf.

Konkreter Vorschlag: Ich könnte mich mit dem Gedanken anfreunden, dieses Papier sozusagen umzufunktionieren. Es müsste dann sehr deutlich gemacht werden, dass es sozusagen eine Dokumentation der Meinungen, der Sichtweisen, die bei diesem Thema eine Rolle spielen, ist und keinesfalls ein von diesem Kreis gemeinsam zu tragendes Papier.

Das Zweite, was aber viel wichtiger wäre und worauf wir uns heute konzentrieren sollten, ist Folgendes: Wie sieht das Papier aus, das wir hier verabschieden und in der Kommission dann vorstellen, was uns in die

Lage versetzt, die nächsten Schritte zu gehen, die dann sehr konkret umgesetzt werden können, womit wir Öffentlichkeitsbeteiligung dann auch endlich einmal starten können?

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Miersch, Herr Gaßner und Herr Sommer.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Zunächst bedanke ich mich bei allen, die dieses Papier mit verfasst haben, weil bereits jetzt die Debatte hier zeigt, was alles hier in diesem Raum nonverbal oder wie auch immer an Problemen, an Fragen, an Widersprüchen usw. vorhanden ist. Ich glaube aber, dass wir an dem heutigen Tag den Saal mit einer anderen Zielrichtung verlassen sollten. Deswegen will ich meine Hoffnung an dieser Stelle auch gleich äußern.

Ich meine, dass wir zielorientiert herangehen müssten, dass wir uns die Frage stellen müssen: Warum wollen wir neue Formen der Öffentlichkeitsarbeit? Die Punkte auf Seite 9, beginnend mit „Interesse bei breiter Bevölkerung wecken“, sind meines Erachtens in Ordnung.

Zudem hat mir jedenfalls Herr Trénel eben mit drei möglichen Phasen weitergeholfen, die am Ende auch bei Ihnen eine Rolle spielen. Dabei würde ich mir wünschen, dass wir fragen - das Thema ist für mich nach wie vor wichtig; ich bleibe bei dem Begriff Staubsauger - oder ein Feedback suchen: Ist unsere Themenstellung richtig? Das Zweite ist die Auseinandersetzung der Bürger mit dem Entwurf eines Berichts, und dies mit dem Ziel, dann eben einen Bericht unter einer breitestmöglichen Öffentlichkeitsbeteiligung vorzulegen.

Meines Erachtens würden wir uns überheben, wenn wir jetzt guckten, wie wir welche Veranstaltung planen. Das hatte ich vor zwei Wochen schon einmal gesagt. Wenn Herr Meister, bei dem ich fest davon überzeugt bin, dass er das sehr gut könnte, in der hannoverschen Marktkirche jetzt beispielsweise den ersten Bürgerdialog konzipieren sollte, dann überfrachtet das.

Deswegen wäre mein Wunsch, dass wir am Ende des heutigen Tages uns auf Ziele verständigen: Was wollen wir in welcher Phase? Wen wollen wir ansprechen? Dann kommen wir meines Erachtens gar nicht darum herum, die in Deutschland schon vorhandenen Fachleute zu beauftragen, uns Konzepte und Veranstaltungsformen vorzuschlagen, wie wir das erreichen. Ich wäre überfordert, wenn ich eine Dialogplattform online machte.

Unsere Aufgabe ist es, die Zielbestimmung vorzunehmen. Das operative Geschäft - da bin ich mir sehr sicher - können dann andere erledigen, selbstverständlich dann in Absprache mit der Kommission. So würde ich mich gern dem Thema widmen. Wir können es hier heute auch gut leisten, dass dies dann als Vorlage an die Kommission in der nächsten Sitzung geht.

Hartmut Gaßner: Ich möchte das ausdrücklich unterstreichen und Sie darauf aufmerksam machen, dass wir wohl in der Situation sind, dass wir eben jetzt 20 Minuten haben, in denen wir dieses Thema mit verwalten sollten. Das sind teilweise dann zeitliche Rahmen.

Zunächst möchte ich insoweit auf Herrn Kudla reagieren, als dass ich sage: Erstens wäre es vielleicht ganz gut gewesen - ent-

schuldigen Sie, wenn ich da jetzt ein bisschen Schärfe hineinbringe -, wenn ich es doch hätte ein bisschen noch darstellen können.

Der zweite Punkt ist: Ja, Sie haben richtig in Erinnerung, dass eine Verdichtung und eine Zusammenführung versprochen war.

Drittens, was Sie aber nicht mehr so in Erinnerung haben, ist, dass wir auch Herrn Sommer eingeladen hatten - das war auch in der letzten Sitzung der Fall gewesen -, sich zu beteiligen. Dann ist vor Weihnachten eine Situation eingetreten - das ist alles vor Weihnachten passiert -, in der eben – Es ist ja teilweise handgestrickt. Sie brauchen sich jetzt nicht angegriffen zu fühlen; das ist einfach der Werdegang. Wir sind dann den Schritt gegangen, dass wir Herrn Sommer eingeladen haben; dies ist hier auch öffentlich gewesen.

Deshalb ist es jetzt nicht so, dass das eine einzelne Einladung an Herrn Sommer im Sinne einer Bevorzugung vor anderen war, sondern es war angekündigt, dass sich Herr Sommer daran mit beteiligt, weil er sich in einer besonderen Weise dort engagiert sieht, auch in einer Verantwortung in Bezug auf das sieht, was sein Verband repräsentiert, was er als Verband für die Verbände repräsentiert und insbesondere selber schon praktiziert.

Dann war es eine Entscheidung der Vorsitzenden, die jetzt hiermit zur Diskussion steht, Ihnen zunächst einmal ein längeres Papier vorzulegen, dessen Sperrigkeit uns bewusst ist, weshalb ich den Versuch gemacht habe, die relativ kurze Zeit jetzt zu verwenden, Ihnen einen Vorschlag zu machen, den Herr Jäger jetzt in dem Sinne schon auch

weiterentwickelt hat, nämlich zu sagen, anknüpfend an Herrn Miersch: Wir haben heute nicht die Zeit, dieses Papier auszudiskutieren. Wir haben dieses Papier in einer bestimmten Weise, und wir müssen überlegen, wie wir damit umgehen.

Deshalb erlaube ich mir, bevor Herr Sommer Stellung nimmt, jetzt noch drei Minuten anzuschließen, um Folgendes zu sagen: Wenn wir 3. aufrufen, dann stellen wir fest, dass wir bei 3. keine wesentlichen Meinungsunterschiede haben. Es ist zwar so, dass Herr Sommer einige AG-Ergebnisse durchgestrichen hat, was wiederum ein Grund ist, weshalb ich bei ihm auch dafür geworben habe, dass wir jetzt nicht diese Streichungen annehmen. Aber unter 3. haben wir die Frage aufgeworfen, ob wir den Prozess vom Ende her denken. Das war hier eigentlich Konsens.

Wir haben die Überlegung, ob wir uns an der AkEnd orientieren. Das hat uns die Kommission in der letzten Kommissionssitzung mit auf den Weg gegeben. Wir hatten die Frage, wie weit das, was wir hier tun, Vorbild für den Prozess bei den Standortauswahlverfahren ist, und haben dies hier recht kontrovers und recht gut diskutiert, nämlich dass man weder das eine noch das andere sagen kann: Man kann nicht sagen, das kann hier jetzt eine Eins-zu-eins-Vorlage für den späteren Standortauswahlprozess sein. Genauso wenig kann man sagen, wir arbeiten jetzt hier in einem ganz anderen Feld, und deshalb hat das nichts miteinander zu tun. Das ist dokumentiert auch unter 3.3.

Wir haben die Diskussion hier unter 3.4 geführt, inwieweit die Kommission selbst Element der Öffentlichkeitsbeteiligung ist, ja oder nein, und haben dazu auch ein Zwischenergebnis aus der Arbeitsgruppendifkussion hier festgehalten, mit dem meiner

Ansicht nach in der Art, wie es als Zwischenergebnis formuliert ist, jeder leben kann, denn es sind unterschiedliche Pointierungen.

Unter 3.5 ist die Frage aufgeworfen, inwieweit wir zumindest auch sehen, dass es aus diesem Prozess heraus einer bestimmten Kontinuität zu dem nächsten Prozess bedarf, dass also das, was hier ist, auch schon mitgedacht werden sollte, sodass es dann Anknüpfungspunkte an den Standortauswahlprozess geben sollte.

Wenn ich mir erlaube, das so zusammenzufassen, wobei ich nicht erwarte, dass jeder meint, damit werde alles eins zu eins wiedergegeben, dann ist es so, dass ich die 7., die 6., die 5. und die 3. mehr oder weniger so dokumentiert habe, dass ich sagen kann, damit kann man leben. Wir sollten überlegen, ob wir die Vorhalte, die ich verstehe und hinsichtlich derer ich eben dafür geworben habe, ob wir nicht eine Formel finden, die uns jetzt nicht auseinandertreibt, nicht so verwalten können, dass wir markieren, ja wohl, insbesondere unter 2. und später dann unter der Frage 4., Freiwilligkeit und Vetorecht, ob wir damit auch dergestalt umgehen können, dass Freiwilligkeit und Vetorecht – Das ist ein Einschub, den nicht nur Herr Sommer repräsentiert, sondern eine Reihe von Mitgliedern hier repräsentiert, der aber ausdrücklich die Frage aufwirft: Ist es für den jetzigen Beteiligungsprozess schon notwendig, dass ich für den zukünftigen Beteiligungsprozess auf Freiwilligkeit und Vetorecht orientiere? Das wäre zum Beispiel klassisch eine Frage, die man auch innerhalb der Kommission diskutieren könnte.

Wenn ich diese relativ autoritäre Zusammenfassung vornehme, dann ist das, was sperrig ist, nicht mehr so stark, als dass man davon

reden muss, dieses Papier sei nicht handhabbar, sondern davon, dass es da einige Sachen gebe.

Jetzt müssen wir einfach meiner Ansicht nach einen Verfahrensvorschlag entwickeln, der es zulässt, dass wir um 14 Uhr die Anhörung beginnen und uns von 15 bis 17 Uhr mit 9. und 10. beschäftigen. Dafür haben wir jetzt noch zwölf, 13 Minuten.

Vorsitzender Ralf Meister: Erster Vorschlag: Wir haben noch drei Redebeiträge und werden es nicht ausweiten, sondern wollen dann sehen, dass wir mit diesen Beiträgen in die nächste Stufe hineingehen. Ich rufe deswegen zuerst einmal Herrn Sommer, Frau Kotting-Uhl und Herrn Becker auf, auch mit der Bitte um eine gewisse Kürze.

Jörg Sommer: Angesichts der Schwierigkeit des Themas empfände ich die zwölf Minuten schon als gewisse Kürze; wenn wir sie uns jetzt noch zu dritt teilen, wird es natürlich sehr kurz werden.

Ich werde mich bemühen, es so kurz wie möglich zu machen, mit drei Punkten. Das erste ist eine Pointe, das zweite ist eine Aussage zur Handhabung von politischen Meinungsverschiedenheiten in diesem konkreten Kontext, und das dritte ist ein pragmatischer Vorschlag zum weiteren Umgang.

Die Pointe ist: Ich hatte gerade ein Déjà-vu-Erlebnis, wie Bürgerbeteiligung enden kann, wenn man sie so unreflektiert macht, wie man es hier wohl auch weiter gerne praktizieren möchte, wenn man alles das, was hier zusätzlich von uns hineingetragen wurde, als Ideologie brandmarkt.

Die Endlagerkommission soll Bürgerbeteiligung praktizieren, indem sie unter anderem

auch Bürgerinnen und Bürger aus der Umweltbewegung mit an den Tisch geholt hat. Einige sitzen noch einmal dezidiert neben mir, ich bin auch einer dieser Vertreter in der Kommission.

Dann will man sie bei der Frage einbinden, wie ordentliche Bürgerbeteiligung aussehen muss. Dann müssen sie darum ringen, dass sie ein solches Papier, das vorgeschlagen wird, dann auch kommentieren dürfen und diese Kommentierung dann auch bis in die Kommission kommt. Wenn sie dann nicht in der Kommission, sondern wohlgermerkt in der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsbeteiligung aufschlägt, bekomme ich als erstes reichhaltige Wortbeiträge, natürlich alle aus einem gewissen Spektrum unserer Kommission, die versuchen, das Ganze entweder als Ideologie abzuqualifizieren, oder die ersatzweise schon mit dem Argument vorgreifen, das Ganze könne man dann ja so als Nebenpapier weiter bestehen lassen.

Wenn das etwas ist, was dann Bürgerbeteiligung darstellen soll, als Beispiel für den Prozess, dann sind wir meines Erachtens erst recht gut damit beraten, diese Grundsatzdiskussion zu führen, die hier in einigen Punkten aufscheint. Das ist die Art von Bürgerbeteiligung, wie nicht nur ich, sondern auch viele Menschen aus der Umweltbewegung sie bei diesem Thema und bei anderen Themen draußen immer wieder erleben: Man lädt ein, sich zu beteiligen. Wenn dann etwas kommt, ist es entweder Ideologie, oder man versucht es auf eine mehr oder weniger elegante oder plumpe Art und Weise abzuräumen.

Das stimmt mich dann schon sehr zornig, muss ich sagen. Diesen Zorn kann ich gerne in einer ideologischen Diskussion, die wir gerne führen können, und zwar so lange, wie

sie nötig ist, auch inhaltlich unterfüttern. Wir können es auch lassen. Was wir nicht lassen können, ist, die Frage von Schuld - oder nennen wir es auch Verantwortung - zu reflektieren. Das können wir nicht dann reflektieren, wenn wir mit der Kommissionsarbeit fertig sind; das werden wir auch in diesem Prozess hier tun müssen. Darum kommen wir nicht herum.

Wir haben keine Chance, uns darum zu drücken, weil Bürgerbeteiligung nicht nur die Frage danach bedeutet - damit kommen wir zum entscheidenden Punkt; das ist, soweit ich es mitbekommen konnte, indem ich es vorgelesen habe oder jetzt nachgelesen habe, von den Experten heute Morgen schon hineingetragen worden -, welche Methoden man anbietet, sondern befasst sich mit folgender Frage: Ist der Prozess etwas, das eine gewisse Glaubwürdigkeit ausstrahlt?

Zur Glaubwürdigkeit gehören zwei Dinge. Es gehört vor allen Dingen dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger, die sich beteiligen wollen, sich mit dem, was ihnen am Herzen liegt, auch wirklich beteiligen können, ohne gleich gesagt zu bekommen, aber diesen Punkt diskutieren wir nicht mit euch, jener Punkt wird verschoben, der Punkt ist nicht relevant. Das ist die eine Sache.

Die zweite und ganz entscheidende Geschichte bei Bürgerbeteiligung ist: Sie muss auch jetzt hier schon bei der Bürgerbeteiligung an der Kommissionsarbeit Ergebnisrelevanz besitzen. Das, was da beteiligt wird, das ist nicht Information und dann anschließend der Satz, es ist schön, dass wir darüber geredet haben, sondern es muss die Chance haben, dass das, was da diskutiert, was da eingebracht wird, auch in irgendeiner Form in die Ergebnisse der Kommissionstätigkeit einfließt. Deshalb werden wir über diese Punkte

diskutieren müssen; darum kommen wir nicht herum.

Zum pragmatischen Vorschlag: Ich kann mich sehr gut damit anfreunden, dass wir dieses Papier benutzen, um die Ehrlichkeit zu nutzen, die wir gerade anfangen herzustellen.

Heute hatte ich das erste Mal das Gefühl, dass wir einige in der Kommission so tief betroffen haben, dass da eine bestimmte Bereitschaft besteht, sich auch einmal inhaltlich in den Disput zu begeben; das hatte ich bisher oft noch nicht. Wir hatten ein bisschen das Gefühl, in dem Sich-Kennenlernen und Abtasten waren wir alle noch sehr freundlich miteinander, allerdings mit dem Hintergrundwissen, dass wir eben doch inhaltlich oft sehr verschiedene Positionen haben.

Ich kann mich damit anfreunden, dass wir diese Ehrlichkeit, die dieses Papier offensichtlich in der jetzigen Form zu provozieren geeignet war, auch benutzen, um uns an diesem Papier weiter abzarbeiten, und es weiter als Papier nehmen, in dem wir dokumentieren: Es gibt durchaus Unterschiede. Ich habe keine Probleme damit, Herr Thomauske oder Herr Jäger, wenn Ihre Positionen ebenfalls eins zu eins einfließen und erkennbar sind; im Gegenteil, das würde ich sogar sehr begrüßen.

Wichtig ist, dass wir dann aber auch versuchen, in der Tat - Vorschlag von Herrn Gaßner und von Herrn Meister - zu schauen, dass wir konkrete, praktische Maßnahmen auf den Weg bringen. Aber auf zwei Punkte muss ich bei diesen Maßnahmen bestehen. Das ist der Punkt der Ergebnisrelevanz; er wird sicherlich noch einmal aufkommen. Es geht hier nicht nur darum, irgendwelche tat-

sächlichen oder scheinbaren Bürgerbeteiligungsprozesse zu inszenieren, wenn wir uns nicht darüber im Klaren sind, was es bedeuten kann, was da passiert, und dies auch von Anfang an der Öffentlichkeit sagen.

Das Zweite ist die Glaubwürdigkeit, die dann eben auch da hineinspielt, dass man sich das, was man in dieser Bürgerbeteiligung zu hören bekommt, auch tatsächlich anhört und nicht von vornherein versucht auszuschließen, weil es ein Thema ist, das man nicht diskutieren möchte. Das sind die beiden Punkte. Um sie kommen wir auf keinen Fall herum, wenn wir heute versuchen, pragmatisch konkrete Maßnahmen zu besprechen. - Danke.

Vorsitzender Ralf Meister: Frau Kotting-Uhl.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich bin anderer Meinung. Ich halte dieses Papier, so wie es heute vorliegt, für nicht fähig, uns weiterzubringen, und ich glaube auch nicht, dass es dadurch besser wird, dass man jetzt noch weitere Meinungen hineinbringt und es noch weiter aufbläht; ich wähle dieses Wort bewusst. Ein Papier von fast 50 Seiten ist für die Frage, wie wir die Öffentlichkeit während der Kommissionsarbeitszeit beteiligen wollen, schon vom Umfang her zu viel, und es ist auch vom Inhalt her zu viel.

Ich habe nichts gegen die teilweise konkreten Vorschläge; aber ich habe viel gegen die Beschreibung, wie das abläuft, und auch gegen die Beschreibung der Ziele. Ich halte die Ansprüche für zu hoch, die da beschrieben werden. Den Anspruch der Aussöhnung durch diesen Beteiligungsprozess während der Kommissionsarbeit zu erreichen, halte ich für absolut utopisch; ich sage das so grob. Ich halte auch Formulierungen wie

„die Bevölkerung intensiv zu beteiligen“ für absolut zu hoch gegriffen.

Das ist die Vorlage für das Scheitern. Ich bin nicht damit einverstanden, dass wir uns eine solche Vorlage geben, die wir nicht werden ausfüllen können, sodass wir hinterher nur mit unserem eigenen Scheitern konfrontiert sind.

Ich finde auch nicht angemessen, wie unter dem Abschnitt „Die Aussöhnung“ auf der einen Seite die „politischen und wirtschaftlichen Eliten“ und auf der anderen Seite die Menschen gegenübergestellt werden, ebenso Formulierungen wie die, dass wir „das tiefe Misstrauen der Menschen gegenüber allen standortrelevanten Entscheidungen und Prozessen als begründet“ anerkennen. Ich bin nicht bereit, das zu unterschreiben.

Wenn ich jetzt, Herr Sommer, von Ihnen in die Fraktion gestellt werde - Sie haben ja eben gesagt, alle aus einer bestimmten Ecke -, dann stehe ich von mir aus jetzt für diese Argumentation in dieser Ecke. Ich halte es nicht für zielführend, was wir hier haben, und ich bin für solche Verallgemeinerungen auch nicht zu haben.

Ich will noch einmal etwas zum Konsens sagen. Es ist viel die Rede davon, dass wir einen Konsens herstellen müssen, wobei der breite Konsens, was ja hieße, dass alle irgendwie zustimmten, wenn vielleicht auch mit Bauchschmerzen, vermutlich nicht zu erreichen sein wird. Aber wir sind uns in der Zielrichtung da einig.

Aber was Konsens heißt und was man dafür leisten muss, das können wir an uns eigentlich gerade gut erleben. Wir wollen einen Konsens in der Bevölkerung erreichen und verstehen nicht, was eigentlich Konsens

schon für unsere Gruppe heißt. Konsens heißt nicht nur, das als Ziel festzuschreiben, wo man sich mit der eigenen Community einig ist - da sehe ich uns schon noch in derselben Community -, sondern das heißt auch, diejenigen einzubeziehen, die eben auf einer anderen Stelle stehen, und eine völlig andere Sicht auf die Dinge zu haben und zu schauen, wie man mit denen gemeinsam zu etwas kommt.

Ein solches Papier muss zuerst einmal den Konsens von uns allen festschreiben. Das ist aber ein Konfrontationspapier. Ich halte Debatten für richtig; Ihre Äußerung mit der Ehrlichkeit finde ich völlig richtig und insofern als Gesprächsanstoß wunderbar. Aber das Ziel, ein solches Papier als Grundlage für diese AG zu verabschieden und auch in die Kommission hineinzugeben, ist nicht zielführend; das empfinde ich als spaltend und nicht gut. Deswegen müssen wir das meiner Meinung nach abschichten.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Becker als Letzter.

Thorben Becker: Zunächst habe ich den Prozess jetzt nicht so verstanden, dass wir in der letzten AG-Sitzung kurz davor waren, einen breiten Konsens zu haben, der nur noch eingedampft werden sollte, während jetzt von außen der böse Herr Sommer kommt und die Ideologie hereinbringt. Das halte ich für eine sehr falsche Darstellung. Wir haben eine interessante Diskussion zu dem Vorschlag der Vorsitzenden gehabt, und wir haben an einigen Punkten uns zumindest einem Konsens angenähert, sage ich mal vorsichtig.

Wir hatten aber noch ganz viele offene Punkte und offene Fragen. Ziel war es, das Papier einzudampfen, um das auch sichtba-

rer zu machen, um es auch für die einzuladenden Experten und Expertinnen deutlicher zu machen und den Expertenrat dazu zu bekommen, um es dann weiterzuentwickeln. Insofern ist es nicht überraschend, dass jetzt hier auch neue und andere Punkte dazu kommen; aber ich finde tatsächlich auch die Art und Weise problematisch, wie das Papier jetzt da ist, dass es von einem Umfang ist, dass es eigentlich nicht handelbar ist, dass es sehr ungleichgewichtig ist, wer da jetzt was beigetragen hat. Ich finde nicht, dass ein Papier dieser Arbeitsgruppe so sein kann und dass es jetzt wert ist, an diesem Papier weiterzuarbeiten.

Ich finde, wir sollten tatsächlich, so schwer es fällt, auf den konkreten Umsetzungsteil gehen, und da müssen wir irgendwie jetzt einen Prozess aufzeigen, wie wir relativ schnell dazu kommen, dass das eingedampft und dann auch für die Gesamtkommission handhabbar gemacht wird, dass die Impulse, die heute von den Expertinnen und Experten kommen, nach der Diskussion irgendwie darin einfließen können und dass vor allen Dingen viele von den Punkten, die Herr Sommer eingebracht hat, und viele Punkte, die beim letzten Mal noch offengeblieben sind, auch noch Eingang finden können; denn wir waren ja mit der Diskussion nicht fertig.

Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Wir hatten die Frage, wie viel Einfluss eigentlich die Beteiligung haben soll, völlig offengelassen. Das war ein völlig offener Punkt, den wir heute in dieser Anhörung auch völlig offen diskutieren wollten, ein wichtiger Punkt, der vielleicht in der Art und Weise, wie er eingebracht wurde, jetzt hier sozusagen auf Protest stößt.

Ich finde absolut, wir sollten für uns in Anspruch nehmen, zumindest zu versuchen, uns auch durch diese Beteiligung einer Ausöhnung anzunähern. Das heißt, ich fände es schon wichtig, diesen Punkt aufzunehmen, und dann muss bei der konkreten Frage, was wir machen, ein konkreter Vorschlag eingebracht werden, wie das aussehen kann. Dann finde ich es schon wichtig, das zu diskutieren. Aber ich fürchte, es wird nicht gelingen, wenn wir das auf Basis dieses Papiers machen; dann brauchen wir wahrscheinlich tatsächlich ewig.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. - Ich will jetzt fast ganz hart herüberschneiden, aber zuvor doch noch ein paar Sätze: Vielleicht ist es von Schaden oder auch von Glück gewesen, dass ich bei der Debatte der letzten Sitzung nicht dabei gewesen bin, in der, sage ich einmal, zugespitzten Diskussion im Augenblick sicherlich von Schaden.

Wir sind uns insoweit weitestgehend einig in diesem Kreis, dass das, was Ihnen unter dem Entwurf „Konzept für die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Arbeit der Kommission“ als Kommissionsdrucksache vorliegt, noch weit entfernt ist von jedem Konsens. Wir haben auch noch keine Handhabbarkeit dieses Papiers gefunden, also Learning Paper, Work in Progress, Debattenlage, Status quo oder, oder, oder, aber akzeptieren, dass da zumindest ein Teil der breiten Meinungsvielfalt dieser Kommission schon abgebildet ist. Ein Teil!

Für mich ist das bisher ein wunderbares Beispiel eines protestantischen oder ethischen Papiers: In den zentralen, elementaren ethischen Diskussionen, die wir in unserer Gesellschaft erleben, von denen ich meine, dass manche auch eine annähernd vergleichbare Qualität wie die Suche nach dem Endlager

haben, finden Sie in der ethischen Diskussion auch unter herausragenden Ethikern grundlegend verschiedene Positionen. Die halten sie auch, weil es für sie protestantische Gewissensentscheidungen sind und es keine dogmatischen Wahrheitsbegriffe wie in der katholischen Kirche gibt. Das ist extrem schwer. Manchmal läuft es unter der Überschrift - dann ist es gelungen - „versöhnte Verschiedenheit“.

Es ist eine Illusion, dass wir in all den Punkten, in denen wir hier in diesem Papier einen markanten Dissens momentan erkennen, einen Konsens erreichen werden. Das wirft verschärft die Frage auf, welche Rolle dieses Papier in Zukunft spielen kann. Zugleich ist deutlich, dass es in dem Abschnitt, den wir momentan diskutiert haben, eine konzentrierte Kurzfassung geben muss, die allerdings einen Konsens schon abbilden muss. - An dieser Stelle begrüße ich Herrn Renn, herzlich willkommen!

Der Schritt, den wir jetzt einläuten, ist, ob handhabbare Information, wissenschaftliche Einschätzung, zu den Fragen von Bürgerbeteiligung zu bekommen ist, die bei uns primär jedenfalls unter dem Punkt 9 eine Rolle spielen könnte. Wir werden, wie ich glaube, die Rolle dieses Papiers auch nach den Impulsen nicht lösen; aber wir müssen sehen, wie wir mit den Dingen, die wir jetzt hören werden, für die Frage des kürzeren Konsenspapiers dann umgehen werden. Das ist auch die Zielvereinbarung, wenn wir auf Anfang Februar schauen und in die Kommission gehen müssen.

Tagesordnungspunkt 6 **Anhörung zum Thema Öffentlichkeitsbeteiligung**

Vorsitzender Ralf Meister: Ich sage noch einmal ganz herzlichen Dank an alle vier Gäste, die wir heute haben, dass sie so viele Stunden dieser Arbeitsgruppensitzung mit hören, aber eben auch mitgestalten. Wir haben jetzt die Verabredung, dass wir in überschaubaren Zeitblöcken von circa 20 Minuten Impulse von Frau Professorin Nanz, von Herrn Banthien und von Herrn Professor Renn hören. Ich frage Sie: Sind Sie einverstanden, dass wir Sie mit kurzen inhaltlichen Rückfragen nach den einzelnen Impulsen versehen, aber die größere Debatte am Ende Ihrer Impulse führen? - Herzlichen Dank.

Dann darf ich Frau Professorin Nanz bitten, die seit 2002 Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Bremen und seit April 2013 Leiterin des Forschungsschwerpunkts Partizipationskultur am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen ist und uns dankenswerterweise schon vorab ausreichendes Informations- oder besser gesagt, Grundlagenmaterial zugesandt hat.

Prof. Dr. Patrizia Nanz: Vorzustellen brauche ich mich, glaube ich, nicht mehr; das hat der Vorsitzende bereits getan. Lassen Sie mich lediglich hinzufügen, dass ich nicht nur dem KWI Essen angehöre, sondern auch wissenschaftliche Leiterin des European Institute of Public Participation (EIPP) bin. Angesichts der momentanen Diskussionssituation dürfte es sinnvoll sein, ein paar grundsätzliche Sachen anzusprechen.

Meine Damen und Herren, wir gehören zu den Generationen, die den Nutzen aus der Kernenergie zur Stromerzeugung hatte, also

sollten wir in den kommenden Jahren, selbst wenn wir möglicherweise kein „Endlager“ beschließen werden können, wenigstens dafür sorgen, dass die Standortauswahl nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird und in einem glaubwürdigen Verfahren unter Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit vonstattengeht.

Der Atomausstieg nach der Katastrophe von Fukushima und das umfassende Projekt der Energiewende ermöglichen es heute, die „Endlagersuche“ konstruktiv voranzubringen. Da wir unsere Entscheidung für Atomkraft heute nicht mehr rechtfertigen müssen und daher leichter Fehler eingestehen können, ist ein Window of Opportunity entstanden, das es auch der kritischen Öffentlichkeit ermöglicht, sich in diesem Prozess einzubringen, statt auf Fundamentalopposition zu beharren.

Ich möchte im Folgenden zunächst kurz darstellen, was Bürgerbeteiligung, ausmacht. In Ihrem Papier geht es ein bisschen durcheinander. Man spricht von Bürgerbeteiligung, wenn sozusagen die Zielgruppe vor allem Bürger sind, und man spricht von Öffentlichkeitsbeteiligung, wenn auch Stakeholder beteiligt sind. In Österreich spricht man zum Beispiel eher von Öffentlichkeitsbeteiligung als von Bürgerbeteiligung. - Das nur zur Klärung des Begriffs.

In einem zweiten Schritt möchte ich die Faktoren aufzählen, die für das Gelingen von Beteiligung bei Infrastrukturprojekten im Allgemeinen entscheidend sind. Wir hatten mit Herrn Renn abgesprochen, dass ich sozusagen eher allgemeine Faktoren darstelle und Herr Renn sehr viel Material anhand von Beispielen darstellen wird. Im Besonderen werde ich auf die schwierigen Rahmenbedingungen für eine Beteiligung zum Thema

„Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ eingehen. Am Ende werde ich acht Elemente für eine „gut gemachte“ Stakeholder- und Bürgerbeteiligung an der Kommissionsarbeit vorstellen und mit Ihnen diskutieren. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass es - das geht in der Diskussion manchmal durcheinander - heute wirklich nur um die Beteiligung an der Kommissionsarbeit und nicht an der Beteiligung im späteren Verfahren geht.

Entscheidungen über große Infrastrukturprojekte wie den Bau von Stromtrassen, Flughäfen und Bahnhöfen haben eine erhebliche Eingriffstiefe in die Lebenswelt von Bürgern und sind in hohem Maße von deren Akzeptanz abhängig. Um die Unterstützung für unpopuläre, aber möglicherweise nötige Großprojekte zu erlangen, genügt heute ein demokratisches Mandat durch Wahl oder Mehrheit allein nicht mehr aus, ebenso wenig wie eine formelle Beteiligung, etwa bei Anhörungen im Rahmen von Planungs- und Zulassungsverfahren. Bei umstrittenen Großprojekten, bei denen die Partikularinteressen verschiedener Interessengruppen - das meint Stakeholder - im Konflikt zueinander stehen, haben die klassischen demokratischen Verfahren in eine Sackgasse geführt. Dies gilt umso mehr für ein so weitreichendes Projekt wie die Standortauswahl eines atomaren „Endlagers“.

Was wir für derartige Entscheidungsprozesse brauchen, sind informelle, dialogorientierte Beteiligungsverfahren - in Ihrem Papier ist auch nicht immer klar, ob Sie dialogorientierte Beteiligung wollen oder nicht; meines Erachtens brauchen wir das bei diesem Thema -, die in eine konstruktiven Partizipationskultur eingebettet sein muss. Was das genau bedeutet, werde ich später erklären.

Solche Verfahren können politische Entscheidungen über große Infrastrukturen tragfähig machen; aber nur dann, wenn sie gut gemacht sind - anderenfalls sollte man es lieber lassen - und eine breit gefächerte und kontinuierliche Mitgestaltung des Entscheidungsprozesses von Beginn an ermöglichen. Für den „Endlagersuchprozess“ wäre ein erster, zentraler Schritt die kooperative Verständigung auf ein Verfahren, eine Verständigung, die mit Hilfe von wohldurchdachten Beteiligungsangeboten seitens der Kommission erfolgen sollte. Das ist ja genau das, was Sie hier vorhaben.

Die in Beteiligungsprozessen erzeugte Akzeptanz - das sprechen Sie auch in dem Papier an - bedeutet nicht, dass alle die Stromtrasse in der Nähe ihres Dorfes am Ende gut heißen oder einen Standort für die Lagerung von Atommüll befürworten. Akzeptanz ist vielmehr eine Haltung, die sich einstellt, wenn Bürger und die kritische Öffentlichkeit ernst genommen und ehrlich und transparent informiert werden und sich in einem glaubwürdigen und fairen Verfahren einbringen können, Stichwort: „Legitimation durch Verfahren“ von Luhmann. Auf diese Weise kommen im besten Fall Entscheidungen mit verbindlicher Gültigkeit für Großprojekte zustande – auch wenn es abweichende Meinungen gibt.

Viel hängt - ich wiederhole es - davon ab, dass Beteiligung wirklich handwerklich gut gemacht ist. Das heißt zum einen, dass die Rahmenbedingungen für ein kooperatives Miteinander zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Bürgerschaft gegeben sein oder geschaffen werden müssen. Ohne die Bereitschaft aller wichtigen Akteure, sich an einem solchen Prozess zu beteiligen, geht es nicht.

Das heißt zum Zweiten: Die Ausgestaltung der Verfahren muss zentralen Kriterien demokratischer Legitimität gerecht werden, um ihrerseits Akzeptanz beanspruchen zu können. Dazu gehört meines Erachtens in diesem Fall ganz klar eine Zufallsauswahl, eine nach dem Zufallsprinzip gewonnene und heterogene Zusammensetzung der Laienbürger. Die Teilnehmer sollten nicht nur den üblichen Beteiligungseliten angehören, sondern in Bezug auf Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und möglicherweise Region in etwa der Wahlbevölkerung entsprechen.

„Gut gemacht“ heißt zum Dritten, dass ein Beteiligungsprozess sorgfältig geplant und effizient durchgeführt werden muss.

Nur wenn dies alles gegeben ist, kann eine Beteiligung die mit ihr verbundenen nicht unerheblichen Kosten, die auf Sie zukommen, und das Engagement der Stakeholder und der Bürger überhaupt rechtfertigen.

Was zeichnet also dialogorientierte Beteiligungsverfahren im Verhältnis zu anderen Formen der Beteiligung aus? In solchen Verfahren werden Bürger, zivilgesellschaftliche Akteure und Entscheidungsträger frühzeitig im politischen Prozess zusammengebracht. Im Mittelpunkt steht der Austausch von Argumenten mit dem Ziel einer gemeinschaftlichen Meinungs- und Willensbildung. In Diskussionen wägen die Beteiligten alternative Positionen unter der Prämisse ab, andere Standpunkte zu berücksichtigen.

Dialogorientierte Verfahren durchlaufen meistens mehrere Runden und sind auf die Unterstützung von neutralen Moderatoren und gegebenenfalls von Experten aus Wissenschaft und Praxis angewiesen. Zentral bei den Diskussionen ist - das betone ich gerade bei diesem Thema -, immer wieder über die

Partikularinteressen hinweg den Blick auf das große Ganze und auf das Gemeinwohl zu lenken.

Seit den 1990er-Jahren haben sich weltweit innovative Formen der dialogorientierten Beteiligung verbreitet. Das Spektrum der Formate ist recht groß. Es variiert zwischen Großformaten wie Townhall-Meetings mit mehreren tausend Teilnehmern bis hin zu Formaten wie etwa Bürgerräten, Planungszellen und Konsensus Konferenzen mit nur zehn bis 30 Bürgern. Ich habe das in einem Handbuch bei der Bundeszentrale für politische Bildung aufgearbeitet und auch nach Kriterien unterteilt, wie man sich das in der Praxis vorstellen kann. Ich möchte aber betonen, dass die Formate an sich überhaupt keinen Wert bei der Beurteilung haben, wie Sie jetzt eine Beteiligung an der Kommissionsarbeit organisieren wollen; vielmehr geht es hier um einen Prozess, der immer individuell ist.

Was sind also die wichtigsten Vorteile von dialogorientierter Beteiligung gegenüber Anhörungen im Rahmen von formellen Planungsverfahren oder direkt-demokratischen Abstimmungen? Manchmal reden Sie in Ihrem Konzept auch von Abstimmungen; deswegen möchte ich das hier noch einmal gegenüberstellen.

Solche dialogorientierten Verfahren ermöglichen einen differenzierten, konsensorientierten Meinungs- und Willensbildungsprozess in einem relativ geschützten Raum: geschützt vor der Präsenz der Medien und den Einflüssen mächtiger Akteure und Lobbys, und zwar gerade durch die Zufallsauswahl der Teilnehmer.

Daraus erwachsen folgende weitere Vorteile: Selbst zu hochkomplexen Themen können

qualitativ hochwertige Ergebnisse und gelegentlich auch überraschende alternative Lösungsvorschläge erarbeitet werden.

Das erlebe ich gerade bei einem Bürgerbeteiligungsprozess am Ostbayernring, bei dem es um eine Stromtrasse geht. Diesen Beteiligungsprozess führe ich zusammen mit Herrn Töpfer und Claus Leggewie vom KWI am Ostbayernring durch. Das ist fast am Ende, und im Rahmen der Bürgerbeteiligung hat eine größere Gruppe Vorschläge erarbeitet, die weit über die Vorschläge des Stromversorgers Tennet hinausgehen, und jetzt in die Vorschläge von Tennet eingearbeitet werden.

Indem solche Verfahren sehr divergente Perspektiven und Informationen einspeisen, verbessern sie die Grundlage politischer Entscheidungen, Stichwort Wisdom of the Crowd. Mögliche Widerstände in der Gesellschaft können antizipiert werden. Widerstreitende Interessen können kanalisiert, Partikularinteressen erkannt und im besten Fall eingedämmt werden. Dadurch können Konflikte reduziert werden.

Kommen wir also zu den zentralen Faktoren für das Gelingen dialogorientierter Beteiligung: „Gute Beteiligung“ entsteht jedenfalls nicht durch eine bloße Abwicklung feststehender Formate, sondern jedes neue Beteiligungsangebot bedarf eines gut durchdachten, individuellen Prozessdesigns. Das gilt auch für das Angebot dieser Kommission.

Die zentralen Gelingens-Faktoren sind folgende: Dem Beteiligungsverfahren muss auf jeden Fall ein klares Mandat und eine klar definierte Zielsetzung zugrunde liegen. Nach meinem Verständnis von Beteiligung können Konsultation oder Mitentscheidung solche Ziele sein, nicht aber bloßes Informieren.

Alle Informationen zum Thema müssen den Teilnehmern frei und umstandslos zugänglich sein. Zugleich muss auch die breite Öffentlichkeit über Ziele, Teilnehmende und den Stand des Beteiligungsprozesses informiert werden.

Ein tatsächlicher Gestaltungsspielraum muss zur Verfügung stehen; man kann also nicht ex post etwas legitimieren wollen. Zivilgesellschaftliche Akteure und Bürger müssen rechtzeitig einbezogen werden, das heißt, bereits während der Entscheidungsfindung.

Ganz wichtig ist auch, dass die Grenzen der Mitwirkung - das ist auch bei Ihrem Prozess wichtig - und die Frage, in welchen Händen die Entscheidungshoheit letztendlich liegt, von Anfang an feststehen und deutlich kommuniziert werden müssen.

Eine sorgfältige Verzahnung von Bottom-up-Verfahren der Beteiligung mit Top-down-Entscheidungen von staatlichen Institutionen muss gewährleistet sein. Das heißt zum Beispiel, dass Initiatoren dafür Sorge tragen, dass die an einem Verfahren beteiligten Teilnehmer ein verbindliches und umfängliches Feedback erhalten. Mindestens ist verfahrensöffentlich zu begründen, welche Ergebnisse im weiteren Entscheidungsprozess berücksichtigt werden, und welche nicht und warum nicht.

Die Kommunikation sollte mit gegenseitiger Wertschätzung und auf Augenhöhe erfolgen; denn das Gelingen von Beteiligung hängt ganz wesentlich von einer kooperativen Haltung aller Beteiligten ab, insbesondere der Initiatoren und Prozessbegleiter, die hier ein Vorbild sein können - in diesem Fall wäre es die Kommission -, ebenso wie von einer konstruktiven Partizipationskultur. Das heißt, selbst dann, wenn ein Prozess noch so gut

konzipiert und noch so professionell durchgeführt ist, wird das nicht funktionieren, wenn die Ausgangsbedingungen der Beziehungskulturen, der Verknüpfungskulturen, der Beteiligten nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind.

Wir produzieren seit Jahrzehnten Atommüll, ohne ein einziges Endlager für die hochradioaktiven Stoffe zu haben. Das ist so, als ob wir in ein Flugzeug steigen und losfliegen, wissend, dass es auf der ganzen Welt noch nicht eine einzige Landebahn gibt. So ein Wahnsinn ist nur möglich, wenn man das Ende der Reise extrem verdrängt.

Ein wie auch immer geartetes „Endlager“ sollte zugleich ein öffentliches Mahnmal sein gegen die kollektive Verdrängung der Auswirkungen unseres Handelns für jetzige und zukünftige Generationen. Die Sichtbarmachung dieser zivilisatorischen Wunde aus dem fossil-nuklearen Zeitalter kann unter Umständen auch helfen, die Pflege und Kontrolle der Lagerung über viele Generationen hinweg zu gewährleisten.

Kommen wir zu den Rahmenbedingungen für eine Beteiligung zum Thema Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe:

Wie meine Vorredner bei der letzten Sitzung Ihrer Arbeitsgruppe bereits ausgeführt haben, gibt es zum Thema „Endlagerung“ ein schwerwiegendes Misstrauen in der Gesellschaft: Die Politik hat in der Vergangenheit Protestierer bekämpft. Eine Zusammenarbeit mit politischen und ökonomischen Eliten scheint in dieser Frage für viele Menschen undenkbar.

Hinzuweisen ist bei diesen Rahmenbedingungen auch auf die Gefahr bei Entscheidungen

gen im Mehrebenen-System und auf die Politikverflechtungsfälle. Sie kennen das alle; dazu brauche ich nichts zu sagen.

Hinzuweisen ist aber auch auf die Komplexität des Themas. In der sozialwissenschaftlichen Forschung nennt man das „wicked problem“, ein äußerst schwer zu lösendes, verzwicktes Problem, das nie allein durch objektive Tatbestände erklärt werden kann, weil die Bedeutungen von auf den ersten Blick klaren Begriffen gesellschaftlich geframt und nicht neutral sind, Beispiel: Risiko. Das hat auch das Entria-Memorandum 2014 sehr gut dargestellt.

Experten, die von allen Seiten als unabhängig wahrgenommen werden, sind zu diesem Thema äußerst rar. In der Gesellschaft ist eine persistente Blockadesituation vorhanden, zumindest in den Protestregionen rund um mögliche und bereits ausgewählte Standorte wie Gorleben, Asse und Konrad.

Es ist sicherlich hilfreich, aus den Beteiligungsprozessen an Standortprojekten wie dem Bau von Müllverbrennungsanlagen zu lernen ebenso wie von den Erfolgen und Schwierigkeiten des Asse-2-Begleitprozesses. Da bekomme ich zurzeit wirklich sehr gute Einblicke. Allerdings wird es gegen Ende des „Endlagersuchprozesses“ sehr wahrscheinlich nicht nur um die NIMBY-Problematik gehen („Not in my backyard“), sondern auch um eine Gegenüberstellung bzw. eine Abwägung zwischen mehreren Standorten, das heißt, auch zwischen Gemeinden und möglicherweise Bundesländern.

Schließlich betreffen die Risiken für Mensch und Umwelt, die mit der Lagerung von Atommüll verbunden sind, zukünftige Generationen, die nicht im politischen System repräsentiert sind.

Jetzt möchte ich mit Ihnen Elemente einer gelingenden Bürgerbeteiligung bei der Kommissionsarbeit besprechen. Ich hatte eigentlich vor, dass hier an die Flipchart zu malen, bis mich jemand darauf hingewiesen hat, dass es vielleicht nicht gesehen werden könnte, weil der Raum so groß ist. Deswegen habe ich es mitgebracht.

Ich glaube nicht, dass wir uns bei diesem Thema der Beteiligung an der Kommissionsarbeit trotz aller Pragmatik und trotz aller zeitlichen Limits große Oberflächlichkeit erlauben können. Deswegen würde ich dafür plädieren, dass wir zum einen in die Tiefe gehen. Das geht meines Erachtens nicht durch Online-, sondern nur durch Präsenzbeteiligung. Die Onlinebeteiligung können wir dazu nutzen, um in die Breite zu gehen, damit möglichst viele Menschen davon erfahren.

Zum ersten Punkt: Bei der Vorgeschichte rund um ein deutsches „Endlager“ ist eine Beteiligung, die die Entstehung von und den Umgang mit radioaktiven Abfällen und die Verantwortlichkeit von politischen, ökonomischen und übrigens auch wissenschaftlichen Akteuren ausspart, zum Scheitern verurteilt. Deswegen muss ein Beteiligungsverfahren trotz aller Fokussierung auf ein faires Verfahren für die Standortauswahl eine Auseinandersetzung in Bezug auf die Vergangenheit mit der kritischen Öffentlichkeit ermöglichen, also beispielsweise reflektieren, wie die Abfälle in die Welt gekommen sind, wer davon profitiert hat, wer die Risiken trägt, wer wofür verantwortlich ist und wie die Verantwortlichen heute dazu stehen.

Ein solcher aussöhnender Prozess erfordert für mich nicht mehr, aber auch nicht weniger, wenn wir in modularen Ansätzen denken - dazu komme ich später noch -, als das

Zulassen von Dissens, das Eingestehen von Fehlern und eine selbstkritische Haltung aller Beteiligten.

Das ist der Anfang; wenn wir das aussparen, wird es nicht wirklich glaubwürdig werden. Erst das ermöglicht einen Startschuss für ein neues Miteinander. Danach ist ein gemeinsamer Blick in die Zukunft möglich. Vorher nicht. Ein solcher Lernprozess braucht meines Erachtens einen geschützten Rahmen mit mehreren kleinen Beteiligungsformaten und eine intensive Begleitung statt Onlineformate und öffentliche Untersuchungsausschüsse.

Der zweite Punkt: Man sollte nicht die Ergebnisse - das ist in Ihrem Papier teilweise angesprochen -, sondern den Prozess und dessen Gestaltung in den Mittelpunkt des Beteiligungsverfahrens stellen, weil ein gemeinsamer Lösungswille aller Teilnehmer möglicherweise erst im Prozess selbst entsteht.

Jetzt kommen wir zu den Modulen und den Teilnehmern. Das Thema Betroffenheit ist vorhin ziemlich heftig diskutiert worden. Wenn wir von einer weißen Landkarte ausgehen, ist jeder betroffen. Deswegen würde ich modular vorgehen und zum einen Beteiligungsformate vorschlagen mit klar definierten Interessengruppen, also mit Stakeholdern und zum anderen mit Laienbürgern, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden, und zusätzlich eine Onlinebeteiligung, die in der Breite Ideen sammelt und eine Art Watch-Dog-Funktion für den gesamten Prozess hat.

Wegen des zeitlich engen Rahmens würde ich bei der Beteiligung an der Kommissionsarbeit von einer Mehrebenen-Beteiligung, wie sie auch in Ihrem Papier angesprochen ist, auf Länder- oder gar Gemeindeebene

dringend abraten, weil es wirklich dann viel zu komplex ist, wenn man auch noch mehrere Ebenen bedienen muss.

Der dritte Punkt: Zunächst komme ich noch einmal kurz zu der Frage, ob Laienbürger oder Jugendliche sich für dieses Thema interessieren. Ich habe im letzten Jahr in Köln in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung mehrere Veranstaltungen für Jugendliche angeboten. Das Thema „Endlager“ ist am meisten nachgefragt worden. Das stelle ich immer wieder fest. Daher denke ich schon, dass Jugendliche erreicht werden können.

Zukünftige Generationen sollten auf jeden Fall „repräsentiert“ sein, sowohl in Form einer Beteiligung von Jugendlichen als auch in Form von Szenarioformaten, die ein Hineinversetzen in kommende Generationen und in eine weite Zukunft ermöglichen. Das kann auch eine ganz kurze Frequenz von einer halben Stunde oder einer Stunde sein. Wie kann man sich einen Zeithorizont von 100 000 bis einer Million Jahren überhaupt vorstellen, was wissen wir über die Zukunft usw.?

Zudem gibt es verschiedene andere Ideen, zum Beispiel das Freilassen von Stühlen in Beteiligungsprozessen als eine Möglichkeit, an die Anliegen zukünftiger Generationen zu erinnern. Ich bin dabei, ein Forschungsprojekt zu entwickeln, in dem um Vorschläge für die Möglichkeit geht, zukünftige Generationen zu repräsentieren und zu beteiligen. Da gibt es alle möglichen Ideen, die auch leicht handhabbar sind.

Der vierte Punkt: Es braucht eine klare Zielsetzung für den Prozess. Das darf meines Erachtens auf keinen Fall eine pure Legitimierung des Kommissionsberichts sein. Ich

glaube, dass eine Mitwirkung von Bürgern am Bericht eine Überforderung darstellte und nicht besonders zielführend wäre. Man bräuchte auf jeden Fall ein unheimlich umfangliches Feedback und eine sorgfältige Auswertung seitens der Kommission. Das wäre also sehr aufwendig.

Sinnvoller erscheint es, Laienbürgern Fragen zu stellen, die eine lebensweltliche Rückbindung haben. Es ist zu überlegen, ob sie in relativ kleinen Formaten Face-to-Face über für sie relevante Aspekte bei der Standortauswahl diskutieren können: Was ist ihnen wirklich wichtig, worauf soll geachtet werden, wer trägt die Kosten für das „Endlager“, wer trägt die Kosten für Risiken für Umwelt und Mensch? Das wäre dann eine Art Kriterienkatalog. Dieser Kriterienkatalog könnte beispielsweise mit den Ergebnissen des Stakeholder-Dialogs abgeglichen werden.

Im BMUB wird gerade überlegt, einen Beteiligungsprozess zum Umweltbundesprogramm 2030 zu gestalten. Da gibt es auch am Ende ein Papier. Im Augenblick wird überlegt, das parallel laufen zu lassen, also nicht die Bürger in dem Papier mitarbeiten zu lassen, was ja gar nicht geht, sondern möglicherweise auch wirklich Seiten offenzulassen. Man könnte sich überlegen, ob man auf verschiedenen Ebenen quasi auf der einen Seite einen Bericht hat und auf der anderen Seite die Ergebnisse oder einen Kriterienkatalog der Stakeholder bzw. Bürger. Das ist nicht so schwer zu erarbeiten. In diesem Zuge könnte man, wenn man modular denkt, ein Modul auch für Fragen der Vergangenheit vorsehen.

Der fünfte Punkt ist für mich zentral: Ich glaube nicht, dass wir es uns leisten können, einfach zu warten, dass sich Bürger beteiligen, sondern wir müssen auf die Bürger zugehen. Das heißt, es braucht nicht nur einer

Einladung oder einer Rekrutierung; vielmehr müssen wir sie auch mobilisieren. Die Mobilisierung einer breiten Öffentlichkeit ist notwendig, aber besonders unter den gegebenen zeitlichen Rahmenbedingungen der Kommissionsarbeit wirklich schwierig, weil zum jetzigen Zeitpunkt der Informationsstand über die Kommissionsarbeit in der breiten Bevölkerung nicht sehr hoch ist.

Trotzdem glaube ich, dass eine Mobilisierung möglich ist. Hier wäre nicht nur eine kluge Vernetzung von Präsenz- und Onlinebeteiligung vonnöten, sondern möglichst bald auch eine offensive Öffentlichkeitsarbeit. Ich habe da auch Ideen, die wir nachher diskutieren können. Das könnte man eigentlich schon jetzt auf die Internetplattform stellen. Denkbar wäre, dass man zum Beispiel kleine Filme mit bekannten Menschen wie Ranga Yogeshwar einspielen könnte, der beschreibt, was die zehn größten Herausforderungen und offenen Fragen rund um den Atommüll sind, und bei dieser Gelegenheit auch gleich die Kommissionsarbeit vorstellt. Denkbar wäre auch ein Graphic Recorder, das, was ich hier gemacht habe.

Es geht hier nicht nur um Information - das möchte ich betonen -, sondern es geht darum, die breite Öffentlichkeit wirklich einzuladen und ihr zu ermöglichen, sich nicht vom Thema überwältigen zu lassen.

Zum sechsten Punkt: Ja zu einem lernenden Prozess - das ist auch in dem Konzeptpapier beschrieben -, aber zu einem modularen. Ich würde mir drei Module vorstellen, wie ich schon gesagt habe. Aber es bedarf eines entsprechend geschulten Umgangs damit. Das heißt, dieser Prozess muss gut gesteuert und aus einem Guss konzipiert werden. Man braucht dafür - das ist die Ressourcen-

frage - Personen mit entsprechendem Beteiligungs-Know-how und zeitlichen Ressourcen innerhalb der Kommission bzw. der Geschäftsstelle. Die Beteiligung ist kein Selbstläufer.

Zum letzten Punkt - das habe ich vorhin schon angesprochen -: Zentral für diesen Prozess ist eine konstruktive Haltung und Partizipations- oder Beziehungskultur aller Beteiligten. Falls sie, wie häufig bei Konfliktsituationen nicht vorhanden ist, sollte sie von den Prozessbegleitern und Initiatoren, also von der Kommission selbst im Vorfeld des Beteiligungsprozesses geschaffen werden. Insofern ist das heute ein sehr gutes Übungsfeld.

Die Konzeption und Durchführung eines Beteiligungsprozesses kann noch so gut sein. Ebenso wichtig ist, ob die Ausgangsbedingungen so sind, dass sich alle beteiligten Akteure mit Offenheit und einer Haltung begegnen, die von Kriterien wie Respekt vor dem anderen geprägt ist, und kooperativ nach Lösungen suchen können. Anderenfalls würden weiterhin Misstrauen und ein gegenseitiges Freund-Feind-Denken vorherrschen, was sich im Prozess mit den Bürgern und Stakeholdern widerspiegeln würde. Meine Erfahrung mit solchen Prozessen ist, dass sich der Umgang der Auftraggeber in Zusammenarbeit mit den prozessbegleitenden Dienstleistern oft auch in dem Prozess mit den Bürgern widerspiegelt.

Ich komme zum Schluss. Atommüll ist ein extrem zugespitzter Ausdruck oder besser ein Brennglas, durch das wir den Umgang mit Externalitäten unseres derzeitigen Lebensstils betrachten können. Die Beteiligung von Stakeholdern und einer breiten Bürgerschaft an der Kommissionsarbeit und später am

„Endlagersuchprozess“ ermöglicht eine Reflexion darüber, was wir als Gesellschaft aus diesem Fall auch für ähnliche Themen wie irreversible Umweltzerstörung lernen können, in der Hoffnung, daraus rechtzeitig Konsequenzen zu ziehen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank, Frau Nanz, für diesen Impuls. - Meine Rückfrage: Gibt es reine Verständnisfragen? Nur die werden jetzt gestellt. Reine Verständnisfragen lassen sich auch sehr kurz stellen. - Frau Donat und Herr Becker, einigen Sie sich.

Thorben Becker: Ich habe wirklich nur eine Frage. Sie haben betont, wie wichtig gerade bei dieser komplizierten Frage ein dialogorientierter Prozess ist. Jetzt haben wir gesehen, die Kommission ist sehr heterogen. Wer führt den Dialog? Oder muss das dann immer die gesamte Kommission machen?

Vorsitzender Ralf Meister: Die Frage von Frau Donat gleich dazu!

Ulrike Donat: Was ich sehr spannend fand, ist Ihr Vorschlag, dass die konstruktive Haltung sozusagen in der Kommission selbst erzeugt werden muss. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie sagen, auch da braucht es unter Umständen externe Hilfe. Wir waren uns auf dieser Seite vorhin recht einig, als die Meinungen aufeinanderprallten, dass wir das außerhalb mit Moderationsformaten sehr rasch ganz anders lösen würden. Das wäre eigentlich meine Nachfrage an Sie, ob Sie sich dabei so etwas gedacht haben, dieser Kommission auch einmal beizubringen, wie man das dann mit Beteiligungsformaten schaffen kann, oder nicht?

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Sommer noch.

Jörg Sommer: Ja, eine Verständnisfrage: Ich finde das Konzept sehr beeindruckend; aber mir ist noch nicht ganz klar geworden, ob Sie auch vorsehen, Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, die sich beteiligen wollen, aber für diesen Prozess nicht ausgelost wurden. Gibt es da Optionen, ist das vorgesehen?

Vorsitzender Ralf Meister: Frau Nanz.

Prof. Dr. Patrizia Nanz: Vielen Dank. - Zum ersten Punkt, wer den Dialog führt: Es braucht ein Konzept und jemanden, der den Prozess steuert und begleitet zusammen mit Dienstleistern und Moderatoren. So wird der Prozess geführt. Sie müssen sich nicht vorstellen, dass jeder Einzelne von Ihnen den Dialog mit den Bürgern führt, so nicht. Oder habe ich Sie falsch verstanden?

Thorben Becker: Das war ja auch ein bisschen die Frage von Frau Donat. Ich glaube, professionelle Betreuung ist da absolut sinnvoll. Aber die Frage war tatsächlich, wer ist in diesem Fall die Kommission? Oder müssen es immer alle sein?

Prof. Dr. Patrizia Nanz: Was mir vorschwebt, ist, dass es ein Steuerungsteam gibt, das bei der Größe der Kommission aus zwei, drei Personen aus der AG 1 oder aus der Kommission insgesamt und dem Prozessbegleiter gebildet wird. Sie müssen sich vorstellen, ein solcher Prozess ist auch ein lebendiger Prozess; da können sich auch immer wieder die Rahmenbedingungen ändern, auch wenn die Zeit kurz ist. Also muss es ein Steuerungsteam geben, und es wäre sehr wichtig, dass auch mindestens zwei Personen von der Kommission dabei sind.

Der dritte Punkt war die Offenheit oder Nichtoffenheit. Ja, ich denke, wir sollten sozusagen in die Tiefe und in die Breite gehen: in die Tiefe mit kleinen Formaten. Bei der Kürze der Zeit, die Sie noch zur Verfügung haben, geht, glaube ich, gar nicht mehr, um es handhabbar zu machen. Alles andere ist eine Überforderung. Also in die Tiefe mit kleinen Formaten, mit Zufallsbürgern auf der einen Seite und Stakeholdern auf der anderen Seite, und dann in die Breite, wo man sich in der Tat vorstellen könnte, alle, die wollen, online zu beteiligen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. Dann machen wir gleich weiter mit Herrn Banthien, Geschäftsführender Gesellschafter der IFOK GmbH.

Jörg Sommer: Die letzte Frage von Frau Donat ist noch nicht beantwortet.

Prof. Dr. Patrizia Nanz: Ich dachte, das hätte ich mit dem Steuerungsteam beantwortet. Die Frage, ob die Kommission oder die AG 1 eine Begleitung bräuchte, können wir, glaube ich, heute hier ausklammern. Ich habe dazu eine Meinung; aber das können wir anders diskutieren. Aber um die Rahmenbedingungen für einen solchen Prozess hinreichend zu gewährleisten, wäre es schon sinnvoll, dass nicht die beiden Personen oder drei Personen der Steuerungsgruppe einer Argumentationskultur sozusagen angehören, sondern möglichst schon die Kommission als Ganze repräsentieren.

Vorsitzender Ralf Meister: Jetzt geht das Wort an Herrn Banthien. - Bitte schön.

Henning Banthien: Herzlichen Dank an den Vorsitzenden, an Sie alle. Dass ich hier zu Ihnen sprechen darf, das freut mich sehr. Ich freue mich sehr auf die Diskussion mit

Ihnen. Es schließt sich auch gut an die Ausführungen von Frau Nanz an, weil ich mich vieler ihrer grundsätzlichen Betrachtungen sehr gut anschließen kann.

Deshalb komme ich gleich zur nächsten Folie. Das ist recht selektiv, nicht mit einem systematischen Anspruch. Sie haben es auch als Tischvorlage, wie ich hoffe, sodass Sie Ihre Augen nicht allzu sehr strapazieren müssen. Sie finden hier also selektive Anmerkungen zu dem Papier, wie es vorliegt, und darüber hinausgehend.

Ich glaube, die Grundgedanken, die Sie auch sehr richtig in dem Papier stark machen, sind wichtig. Es ist wichtig, früh zu beginnen, es ist sehr wichtig, einen klaren, einen transparenten, einen offenen Prozess zu haben, aber dieser Prozess muss auch Verbindlichkeit haben; da muss hinten etwas herauskommen, was Relevanz hat. Das sind alles Prädikate, die Sie hier formulieren, die sehr wichtig sind, die ich sehr richtig finde und die auch mit beinhalten, dass diese Kommission in dem Verfahrensentwurf, den Sie hier anbieten, wirklich ein irres Potenzial hat, zu zeigen, wie moderne Regierungsarbeit und eine moderne Öffentlichkeitsbeteiligung aussehen kann. Das Potenzial ist da, die Dinge endlich anders zu machen in diesem sehr schwierigen Themenfeld.

Gleichzeitig - das wurde ja auch schon angesprochen - gibt es eine erkennbare Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Sie differenzieren ja in dem Papier auch zwischen einem Pflichtteil und einem Kürteil. Ich glaube, um sozusagen dieses Anspruchsvolle, diesen Vorbildcharakter zu erfüllen, ist wirklich beides wichtig. Gerade auch die Arbeit, die Sie hier in dieser Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsbeteiligung und Kommunikation leisten, ist insofern erfolgskritisch, als

Sie sich einfach vorstellen müssen, Sie würden, was ich hoffe und annehme, mit der Kommission sehr gute Ergebnisse erarbeiten.

Wenn Ihre Öffentlichkeitsbeteiligung und die Art und Weise, wie Sie diese Ergebnisse erarbeitet haben, öffentliche Reputation und Vertrauen geschaffen haben, dann wird man Ihnen auch zuhören, und Sie werden diese guten Inhalte vermitteln können. Sollte es Ihnen nicht gelungen sein, Vertrauen aufgebaut zu haben, dann können Ihre Inhalte noch so gut sein; es wird Ihnen niemand zuhören. Hieran wird deutlich, wie hinreichend die Notwendigkeit einer sehr erfolgreichen Öffentlichkeitsbeteiligung und Kommunikation ist.

Der zweite Punkt ist sicherlich Konsens. Es ist wichtig, zwischen der Beteiligung in der Kommissionsphase und im eigentlichen Suchverfahren zu differenzieren; aber eben, wie ich es eingangs schon gesagt habe: In der Art, wie Sie hier in der Kommission arbeiten, setzen Sie den Ton der Musik des ganzen Folgeverfahrens. Ich glaube, das ist wirklich an Bedeutung nicht zu unterschätzen, auch weil Sie ja - damit kommen wir ein bisschen in die konkrete Ausgestaltung des Verfahrens in der Kommissionsphase - schon in der Kommissionsarbeit gewisse Dinge antizipieren werden, die später sehr relevant werden, beispielsweise die Fragen, wie es mit einem Vetorecht der Öffentlichkeit ist, welche Rolle Regionen bekommen sollen, wie man mit gewählten Gremien in diesem Verfahren umgeht.

All diese Schnittstellen sind also heute schon relevant und werden später extrem relevant. Sie in dem jetzigen Verfahren schon zu antizipieren, ist eine große Herausforderung.

Dritter Punkt: Es ist für Ihre Arbeit ganz wichtig, dass Sie in dieser Kommissionsphase mit der Öffentlichkeit diskutieren und klären, wie es Frau Nanz auch schon ausgeführt hat, was denn eigentlich „guter Dialog“ ist. Was zeichnet denn eine „gute Lösung“ aus? Darüber ein Einverständnis aufzubauen, auch über die Art und Weise - das soll der Begriff Beteiligungsscoping darstellen -, wie welcher Akteur eingebunden werden soll. Das kann auch über die Zeit variieren; aber diese Diskussion zu führen, ist sehr wichtig. Das soll jetzt natürlich nicht heißen, dass die materiellen Fragen nicht ebenso entscheidend sind.

Dann steht richtigerweise auch „Mut zum Konflikt“ in dem Papier. An dieser Stelle ergänze ich: Entscheidend ist die Qualität der Bürgerbeteiligung, die Sie anbieten, nicht so sehr der Detaillierungsgrad sowie Umfang und Quantität. Wenn Sie sich Konsultationsverfahren im Stromnetzausbau der Bundesnetzagentur angucken, dann sehen Sie, dass die Leute mit 500 Seiten Material zugeschüttet werden. Anschließend folgt der Hinweis, sie hätten sich ja beteiligen können. Aber uns allen ist klar, dass das nicht eine faire und qualifizierte Art und Weise ist, den Bürgern die Chance zu geben, mitzusprechen.

Beteiligungsbereitschaft ist seit dem AkEnd ein großes Thema: Wie schaffe ich sie aktiv, wenn wir in der Fläche natürlich nicht die Aufmerksamkeit für dieses wichtige Thema haben? Das geht natürlich durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit - das ist der eine Weg, das zu tun -, aber wie es jetzt auch schon mehrfach gesagt wurde, ist es wichtig, über die hinauszugehen, die ohnehin schon engagiert sind. Diese Gruppe ist extrem wichtig, aber es gibt noch darüber hinausgehend Bürgerinnen und Bürger; auch die müssen einen fairen Part haben, mit dabei zu

sein. Dann müssen diese Zielgruppen - dazu komme ich später - natürlich auch jeweils differenziert behandelt werden.

Eine große Herausforderung über das Verfahren hinweg wird sein, wie viel Verbindlichkeit Sie über die Zeitachse hinweg haben müssen und wie viel Flexibilität Sie sich gönnen dürfen. Einerseits brauchen Sie die Verbindlichkeit, weil man sonst nicht vorankommt, andererseits muss das Verfahren lernoffen, erkenntnisoffen sein. Das hat natürlich auch Rückwirkungen auf die Art des Verfahrens.

Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung sind von Ihnen richtig benannt: Information, Konsultation, Mitgestaltung, Mitentscheidung. Sie sind alle wichtig, will ich an dieser Stelle nur betonen. Bürgerbeteiligung wird nicht erst dann wichtig, wenn sie auch den Aspekt der Mitentscheidung anbietet.

Zuletzt zum Verfahrenskonzept: Es muss zielgruppenspezifisch sein; dadurch wird es notgedrungen komplex. Aber ich glaube auch, wie vorhin schon gesagt worden ist, es muss das Ziel sein, das Verfahren insgesamt möglichst schlicht zu halten, weil es sonst in der Tat für den Blick von außen zu einer Überforderung wird.

Nächste Folie: Bei diesem Bild habe ich hier, einfach um den Fokus zu wahren, die Kommunen und Behörden, die Sie richtigerweise in dem Papier noch als zusätzliche Zielgruppen benannt haben, herausgelassen. Ansonsten deckt sich das mit Ihrer Einschätzung. Das wäre auch unsere Sicht, was die wichtigen Zielgruppen sind: die Fachszene, die Fachexperten, die Stakeholder, also die verschiedenen engagierten Interessensvertreter, Interessensverbände, die breite Öffentlich-

keit, dann die Betroffenen an den vorhandenen Standorten, überall da, wo jetzt schon das Thema akut ist, in welcher Variante auch immer, sei es als Zwischenlager, und natürlich dann auch die Jugend. All diese Zielgruppen sind wichtig. Sie müssen eben unterschiedlich angesprochen werden.

Nächste Folie bitte! Ich komme jetzt gleich etwas detaillierter zu diesen einzelnen Formaten. Das ist jetzt einfach einmal ein Überblick, wie Frau Nanz es schon ausgeführt hat. Ich will bei der Jugend beginnen. Man kann mit Jugendlichen sehr fruchtbar auch zu sehr anspruchsvollen Themen arbeiten, auch flächig, auch mit sehr besonderen Jugendlichen, die einen speziellen Hintergrund haben, um es einmal so zu sagen. Es ist wichtig, Aufmerksamkeit zu schaffen, aber auch wirklich sehr wichtig, deren Erwartungen und Meinungsbilder aufzunehmen. Sie erinnern sich sicherlich noch an die eine oder andere Sequenz in Loccum; mitunter war das, was die Jugendlichen gesagt haben, das Erfrischendste und Erhellendste für eine Diskussion. Darauf zu verzichten, wäre, glaube ich, sträflich. Hier sind ganz unterschiedliche Formate denkbar.

Hinsichtlich der Fachszene, der Fachexperten, würde ich vorschlagen, diese sehr wichtige Akteursgruppe gedanklich in die Arbeit hineinzuziehen, die Sie hier in den Arbeitsgruppen oder in der Kommission machen, sie also zu bitten, sich in klausurartigen Formaten ein, zwei Tage zu genau definierten Fragestellungen zu äußern, wenn man die Hoffnung hat, von diesen Fachexperten noch zusätzlichen Input zu bekommen. Das ist zwar eine aktive, sehr unmittelbare Mitwirkung, aber keine mitentscheidende im Sinne eines Votums.

Bei den Stakeholdern, den Interessensverbänden, würde ich ähnlich vorgehen. Ich könnte mir auch vorstellen, man führt sie zusammen, um den Prozess einfach zu halten. Auch hier ist eben eine intensive fachliche Auseinandersetzung anzubieten, eine enge Verwebung mit dem Kommissionsprozess, natürlich immer nur in der Form, wie es - das ist vorhin gesagt worden - von den jeweiligen Akteuren gewollt und erwünscht ist, aber auch hier eben eine möglichst intensive Form der Auseinandersetzung, aber nicht die mitentscheidende, mit abstimmende Funktion.

Anders würde ich das bei der breiten Öffentlichkeit sehen. Hier haben wir in der Tat auch, wie Frau Nanz es ausgeführt hat, sehr gute Erfahrungen gemacht, gerade wenn es darum geht, mit dieser breiten Öffentlichkeit über den Kreis der ohnehin Engagierten hinauszugehen. Wir reden immer davon, mit heterogenen Samples zu arbeiten. Es ist nicht repräsentativ, das ist ganz klar; aber es ist eine neue Gruppe, die so vorher nicht zusammengesessen hat, die sich vorher nicht so mit dem Thema beschäftigt hat. Es geht darum, sie bundesweit zusammen zu bitten und zu diesem Thema arbeiten zu lassen, auch hier wiederum zu spezifischen Fragestellungen, die Sie als Kommission formulieren. Ich könnte mir vorstellen, dass man einer solchen Gruppe, die sich dann intensiv mit Fachfragen auseinandergesetzt hat, auch die Möglichkeit zur Mitentscheidung an die Hand gibt.

Methodisch ähnlich gelagert sehe ich es bei den Betroffenen an den Standorten, und zwar in zwei Varianten: Man könnte sich vorstellen, man arbeitet mit diesen Betroffenen in ihren Regionen und nutzt ganz präzise diesen Kontext, in dem sich die Leute dort bewegen, weil das dort ein lebendiges

Thema ist. Ich glaube, es ist wichtig, das zu nutzen. In Anbetracht der Zeit, die Sie als Kommission noch haben, könnte ich mir auch vorstellen, dass man Akteure aus diesen Regionen, aus diesen Betroffenengruppen bündelt und sie bundesweit in Foren zusammenführt.

Parallel hierzu, wie es schon andiskutiert worden ist, ist die Information über die Website, über die Öffentlichkeitsarbeit und vielleicht auch vor Ort über Infomobile bzw. Infostände etc. zu sehen. Natürlich ist die Onlineflanke sehr wichtig. Hier ist unsere Erfahrung, um qualitativ guten Rücklauf aus dem Onlinebereich zu bekommen, den Onlinedialog im Verfahren mit den Dialogen im Offlinebereich zu verschränken. Die Tiefe und Qualität, wie es Frau Nanz auch ausgeführt hat, kommen eher aus den physischen, den Offlineauseinandersetzungen. Die Erkenntnisse, die man dort hat, oder die Fragen, die sich daraus noch einmal zuspitzen, kann man dann in den Onlineraum spielen, und zwar mit dem Effekt, dass man in der Tat viel mehr Leute ansprechen kann, dann aber auch qualifizierte Rückmeldungen bekommt und nicht das, was man ohnehin schon weiß.

An dieser Stelle vielleicht eine Anmerkung zu dem von Ihnen angesprochenen Format der Konsensuskonferenzen. In dem Papier sind sie ja mit Blick auf die breite Öffentlichkeit genannt. Herr Renn, wir hatten ja vor einer Weile einmal das Vergnügen, zusammen sozusagen bilderbuchartig in Deutschland Konsensuskonferenzen zur Energiewende, wenn ich mich recht entsinne, durchzuführen. Wir haben sie gemacht; Sie haben uns evaluiert. Wir hatten uns dann gemeinsam Gedanken zu dem Verfahren zu machen. Aus meiner Erinnerung daran nur folgende Beobachtung: Konsensuskonferenzen sind ein

sehr gutes Instrument; aber mit beträchtlichem Aufwand. Es ist ein gutes Dutzend von Leuten an drei Wochenenden. Der entscheidende Punkt, über den ich aber berichten will, ist Folgender: Mein Empfinden war damals, um es ehrlich zu beschreiben, dass es eher ein Instrument der wissenschaftlichen Politikberatung mit Bürgerinput als ein Bürgerberatungsverfahren für Politik ist, weil der Mechanismus der Konsensuskonferenz vorsieht, dass sich zwölf Bürger sehr intensiv mit Expertinnen und Experten auseinandersetzen dürfen. Jeder von uns weiß, wie das von der Dynamik her dann laufen kann, dass dann eben doch eher Expertenmeinungen durch Bürgersichtweisen noch einmal qualifiziert werden. Das ist sicherlich wertvoll; aber Ihr Interesse ist ja stark die Öffentlichkeit, und dann eignen sich vielleicht andere Formate mehr.

Die nächste Folie bitte! Hier gehe ich etwas detaillierter auf die einzelnen Formate ein. Ich versuche, das eher zügig zu machen, um Ihnen am Ende ein Gesamtablaufbild vorzuschlagen. Wie schon kurz skizziert, könnte man die Vorschläge oder Vorstellungen der Fachszene, der Fachexperten und der Stakeholder in ein- oder zweitägigen Klausuren zusammenführen. Drei bis vier solcher Klausuren könnten noch in der verbleibenden Arbeitszeit - ich nehme jetzt immer als Hypothese, dass Sie bis zum Sommer 2016 arbeiten - gemeinsam mit Ihnen, also der Kommission, stattfinden. Der Umfang wären dann circa 50 bis 60 Teilnehmende.

Pilotregionen sind ein neuer Gedanke, den ich noch nicht ausgeführt habe, Entschuldigung. Wie ich vorhin schon gesagt habe, kann es für Sie mitunter wichtig sein, im jetzigen Verfahren der Kommission schon einmal zu antizipieren, was später im eigentlichen Suchverfahren der Fall sein wird. Im

eigentlichen Suchverfahren arbeiten Sie ja regional.

Deshalb halte ich es für eine interessante Überlegung, ob sich - das muss natürlich komplett freiwillig sein - irgendeine Region bereit erklärt, dieses Verfahren, Ihre Diskussion, als Region mit den Gemeinderäten, mit den Kreistagen, mit den regionalen Stakeholdern intensiver mit zu begleiten, damit man einfach schon einmal aus einer solchen Region ein Gefühl dafür bekommt, wie man dort auf die jeweiligen Fragen reagiert, was den Menschen dort wichtig ist, wo sie Prioritäten setzen. So hätte man ein Bild aus einer Region, die für sich einfach einmal durchspielen müsste, was wäre, wenn sie eine Endlagerregion wäre. Das muss natürlich völlig freiwillig sein, weil das in keiner Weise irgendwie ein Präjudiz sein kann, weil die Region schon eine gewisse geologische Eignung hat, oder wie auch immer.

Der Vorschlag ist, in verschiedenen Regionalforen dann auch mit den verfassten Gremien solchen Regionen die Möglichkeit zu geben, sich intensiv an dem Prozess zu beteiligen. Auch hier könnte es interessant sein, ein abschließendes Votum dieser Region zu Ihrem Bericht zu bekommen.

Nächste Folie bitte! Hier geht es um die Bürgerforen mit Betroffenen und die Bürgerwerkstätten - so haben wir es einmal genannt - mit breiter Öffentlichkeit. Vom Grundformat sind sie ähnlich: eine große Gruppe, Großgruppenmoderation, also mehrere hundert Personen, um wirklich Masse zu erzeugen, was übrigens auch in aller Regel medial überaus attraktiv ist. Ich wusste von diesem Verfahren gar nichts; aber gestern habe ich im *heute-journal* erfreut zur Kenntnis genommen, dass in Dresden der Ministerpräsi-

dent wohl mit Pegida-Leuten eine Veranstaltung gemacht habe. Ich fand die Art und Weise, wie darüber berichtet wurde, allein schon extrem erfreulich. Ich könnte mir vorstellen, mindestens dies wäre der Fall, wenn Sie das auch machen würden.

Vom Format her wären es Großgruppenmoderationen; aber die große Gruppe würde in sehr kleine Gruppen aufgeteilt, in einzelne Tische, an denen die Leute intensiv und sozusagen niedrigschwellig miteinander reden können, aber alles intensiv begleitet, inhaltlich stringent geführt, sodass man einen sehr hohen Ergebnisgehalt herausbekommt. Derselbe Modus bei der breiten Öffentlichkeit: wie gesagt, heterogene Gruppen, während ich ja bei den Bürgerforen mit den Betroffenen eine bestimmte Zielgruppe der Betroffenen aus den Regionen vor Augen habe.

Nächste Folie, die Jugend! Dazu habe ich im Wesentlichen schon alles gesagt. Hierüber können wir, glaube ich, mit Blick auf die Zeit zügig hinweggehen.

Damit komme ich zur letzten Folie. Auch da gucken Sie wahrscheinlich wieder besser auf Ihre Tischvorlage. Ich bitte Sie, sich nicht zu erschrecken; es ist einfach einmal der Versuch, auf eine Zeitschiene zu legen, was von Ihnen vorliegt, welche Zielgruppe aktiv ist und eingebunden wird und wann was, ganz grob gesprochen, stattfinden könnte.

Sie sehen ganz oben die Zeitachse der Kommission: Sie haben in diesem Jahr noch eine intensive Arbeitsphase, Sie wollen Ende des Jahres, wenn ich es richtig verstanden habe, den Entwurf vorlegen - das ist jetzt die Arbeitshypothese, die ich jetzt aus den verschiedenen Varianten mitgenommen habe, die in dem Papier skizziert wurden -, dass

Sie ein halbes Jahr Verlängerung haben, also bis Mitte 2016 arbeiten.

Darunter sehen Sie die verschiedenen Zielgruppen: die Fachcommunity, die Stakeholder, dann die Betroffenen, die breite Öffentlichkeit, Jugend, Pilotregionen, der Online-Teil, bezogen auf die jeweilige Zielgruppe. Wichtig ist mir hier, dass das jetzt wirklich ein bloßer Vorschlag ist, weil er natürlich von wahnsinnig vielen Einstellungen abhängt, die Sie vornehmen müssen. Das ist eine Zeitfrage, das ist eine Budgetfrage, das ist auch eine Frage der Zielsetzung, der Prioritäten, die Sie noch einmal setzen, was Inhalte und Zielgruppen angeht.

Noch einmal der deutliche Hinweis - Frau Nanz, Sie haben es, glaube ich, auch schon sehr treffend gesagt -: So etwas setzt eine sehr solide Planung voraus. Damit kommen wir vielleicht auch schon zur Auftaktveranstaltung; das ist der Balken ganz links. Ich halte es bei einem solchen Prozess für sehr wichtig, dass Sie von Anfang an sehr klar formulieren, was im nächsten Jahr oder in den nächsten anderthalb Jahren passieren wird.

Das ist deswegen so wichtig, damit jeder weiß, wann hier wer mit wem in welcher Form zu welchem Thema redet. Das muss aus einem Guss sein, worauf man dann auch immer wieder verweisen kann: So haben wir das doch gemeint, und wir stehen jetzt genau da. Es ist richtig, was vorhin gesagt wurde: Externe, die nicht jeden Tag mit diesem Prozess zu tun haben, verlieren irre schnell den Faden.

Mit den ästhetisch nicht ganz so gelungenen blauen Pfeilen von ganz oben nach ganz unten und dann wieder hoch will ich nur sa-

gen, dass es wichtig ist, dass von der Kommission aus die präzisen Arbeitsfragen in den Beteiligungsraum kommen. Wenn das nicht der Fall ist, wird all das, was im Beteiligungsraum erarbeitet wird, für die Kommissionsarbeit nicht relevant sein. Sie müssen sich also vorher überlegen, was Sie eigentlich wissen wollen. Das wird dann eingespielt, und dann kommt man in ein produktives Pingpong.

Dann kommen die einzelnen Schrittfolgen: Von der Fachcommunity kommt laufend Input in die Kommissionsarbeit hinein; sie nimmt zu bestimmten und dann ja durchaus auch fachlich sehr anspruchsvollen Fragestellungen Stellung.

Dann die Gruppe der Betroffenen aus den betroffenen Regionen: Ich könnte mir vorstellen, dass sie dreimal bis zum Ende des Jahres in solchen Foren tagen und zu zentralen Fragestellungen wie dem Suchverfahren Stellung nehmen.

Bei der breiten Öffentlichkeit ist es ähnlich. Ich könnte mir auch hier vorstellen, dass man drei große Bürgerveranstaltungen hat. Hier gibt es die Idee - das muss nicht so sein; es kann aber im Sinne der Schlankheit des Verfahrens hilfreich sein -, dass Sie diese beiden Gruppen am Ende in einer großen gemeinsamen Veranstaltung zusammenführen, die dann, wenn der Entwurf vorliegt - Bis Ende des Jahres ist ja alles Input für die Berichtserstellung, und ab Ende des Jahres ist es dann Kommentierung des von Ihnen vorgelegten Entwurfes. Die Idee ist also, dass man diese beiden Gruppen, Betroffene und breite Öffentlichkeit, zusammenführt, um dann einen Bericht aus der Öffentlichkeit zu bekommen, und dass man diesen Kreis - das ist jetzt der Kreis, der sich über dieses Jahr

hinweg damit befasst hat - auch um ein Votum bittet.

Die Jugendlichen können parallel einfach durchlaufen. Ich glaube, es ist wichtig, dass da kontinuierlich etwas passiert. Lassen Sie sich also hier von der etwas üppig geratenen Sommerschulferienpause nicht irritieren. Das ist so gedacht, dass das durchlaufen soll. Die Pilotregionen würden regelmäßig tagen, und dann eben, wie gesagt, der Onlineraum als eine Möglichkeit, die Zwischenergebnisse, Fragen, Thesen, die im Kommissionsprozess entstanden sind, die aus der Öffentlichkeitsbeteiligung entstanden sind, die in den Onlineraum zu geben, um Votings und Kommentare abzuholen. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten, um die Themen dann in der breite noch einmal stärker validieren zu lassen. - Damit danke ich Ihnen erst einmal sehr für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank, Herr Banthien. Auch hier verfahren wir so, dass nur kurze Verständnisfragen gestellt werden. - Herr Thomauske und Herr Jäger.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Herr Banthien, eine kurze Frage: Könnte nicht auch eine Umfrage, wie sie damals vom AkEnd in Auftrag gegeben und durch Sie, glaube ich, auch durchgeführt wurde – Nicht durch Sie?

Henning Banthien: Wir waren an einer anderen Stelle mit drin.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Okay. Könnte eine Umfrage ein Instrument sein, um zu nächst einmal bestimmte Dinge zu erfragen, die für die Kommission wichtig sein könnten? Ich denke da etwa an folgende Fragen: Wie bekannt ist überhaupt das Verfahren,

wie sind bestimmte Positionen und solche Dinge auch zu der Einschätzung für die Bewertung der Kommission?

Prof. Dr. Gerd Jäger: Zwei Fragen zu den Bürgerwerkstätten: Herr Banthien, wenn ich Sie richtig verstanden habe, sehen Sie das als zentrales Instrument zur Einbeziehung der breiten Öffentlichkeit.

Henning Banthien: Ja.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Erste Frage: Wie sollen die Teilnehmer ausgewählt werden? Zweite Frage: Das Votum ganz am Ende des Prozesses in Ihrer Darstellung, wozu wäre dieses Votum dann abzugeben?

Henning Banthien: Zu der Frage nach der Umfrage: Die würde ich ergänzend sehen. Natürlich können Sie – Herr Thomauske, ich versuche gerade zu antworten, Entschuldigung.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Das waren Herr Grunwald und die Karlsruher.

Henning Banthien: Das kommt schon besser hin. Das würde ich ergänzend sehen. Die Dialogverfahren, die Partizipationsverfahren liefern Ihnen andere Ergebnisse als Umfragen. Umfragen geben Ihnen spontane Meinungsbilder, geben Ihnen quantitativ belastbare Ergebnisse. So etwas wie Bekanntheit kann man toll über eine Umfrage herausfinden. Die Dialogverfahren geben einen sehr viel tieferen Einblick in die Meinungsbilder der Bürger, was ihre Prioritäten oder Zielkonflikte angeht; denn das sind ja Themen, die sie selber erst in der Diskussion erarbeiten und zuspitzen. Deshalb ist das qualitativ deutlich gehaltvoller oder eben ergänzend zu Umfragen.

Zu den Bürgerwerkstätten: Das Ziel ist eine heterogene Gruppe. Das heißt, ich muss mir irgendein Verfahren überlegen, wie ich so lange filtere, was ich an Anmeldungen bekomme, bis ich eine angemessene Heterogenität habe. Das kann ich so machen, dass ich wirklich zufällig Bürger auswähle, Meinungsforschungsinstitute beauftrage, in die Fläche zu gehen und Zufallsbürger anzusprechen, ihnen zu sagen, worum es geht, und sie zu fragen, ob sie dazu Lust hätten. Das ist ein gewisser Aufwand; aber es funktioniert. Man bekommt dann sehr engagierte Bürger zusammen. Ich kann das natürlich auch über verschiedene Multiplikatoren machen, die dann alle ihre Verteiler bedienen. Dann fließt das zurück, und man sortiert halt aus. Es ginge beides.

Dann war die Frage, wozu die votieren sollen. Da würde ich einmal ganz platt sagen: Wie gut finden sie Ihren Bericht?

Vorsitzender Ralf Meister: Nun dürfen wir mit Herrn Professor Renn anschließen. Er ist als Professor für Technik- und Umweltsoziologie an der Universität Stuttgart tätig. - Ich darf Sie bitten!

Prof. Dr. Ortwin Renn: Ja, vielen Dank. – Meine Damen und Herren, ich darf mich auch dafür bedanken, dass Sie hier unsere Meinung und unsere Stellungnahme mit bedenken wollen. Wie abgesprochen würde ich ganz kurz einen allgemeinen Teil voranstellen; aber dann mich gleich stärker auf einige praktische Aspekte fokussieren.

Wenn Sie die Frage der nuklearen Endlagerung sehen, müssen Sie das in eine Situation einbetten, bei der wir im Prinzip im Verhältnis von Politik und Öffentlichkeit drei wesentliche Problembereiche haben. Der erste

Problembereich besteht darin, dass wir in einer Gesellschaft mit pluralen Wahrheits- und Bewertungsansprüchen leben. Diese Pluralität macht es sehr schwierig, Belastbares auch als Belastbares oder Substanzielles zu kommunizieren. Das heißt, Sie werden jedes Mal zu einem Experten einen Gegenexperten finden, jedes Mal, wenn Sie Kriterien haben, die Ihnen offensichtlich erscheinen, jemanden finden, der das gar nicht offensichtlich findet. Mit dieser Pluralität müssen wir umgehen.

Der zweite Problembereich ist folgender: In dem Moment, in dem es um Standortfragen geht, haben Sie immer eine Gerechtigkeitsdebatte. Diese Gerechtigkeitsdebatte ist umso größer, je langwieriger Belastungen auf eine Bevölkerung hin ausgerichtet sind. Wenn Sie über atomare Endlager sprechen, sprechen Sie natürlich über mehrere zehntausend Jahre oder länger, wie immer Sie den Referenzrahmen setzen wollen. Sie sprechen aber auch darüber, dass irgendeine Gemeinde die Sünden der Vergangenheit in einer Weise aufarbeiten muss, dass sie im Prinzip dann den Risiken der Endlagerung ausgesetzt ist, während der Nutzen für alle da ist. Das heißt, es ist immer eine Frage der Zumutbarkeit und eine Frage der Gerechtigkeit, und solche Debatten sind in einer stark interessendominierenden Form des Diskurses schwer zu führen.

Als dritter Problembereich kommt noch hinzu, dass wir einen Vertrauensverlust in Eliten und Entscheidungsträger haben. Man traut der Wirtschaft nicht mehr zu, dass sie sozial gerechte Verteilungen hinkriegt, man traut der Politik die Problemlösungsstrategie und Problemlösungskapazität nicht mehr zu, und man traut teilweise auch den Zivilgesellschaften und auch der Wissenschaft die

Unabhängigkeit nicht mehr zu. Also von daher haben wir Vertrauensverluste eigentlich bei allen, ob nun Entscheidungsträger oder Entscheidungsvorträger, die eben dazu führen, dass wir angesichts der Pluralität der nicht wirklich ausgehandelten Gerechtigkeitsfrage schlechteste Bedingungen dafür haben, so etwas Schwieriges wie ein nukleares Endlager in irgendeiner Form dann auch in Deutschland lokalisieren zu können.

Wenn wir aufgrund dieser drei Aspekte sehen, was dann die Kriterien sind, nach denen Menschen dann auch Belastungen akzeptieren, dann sind es eigentlich immer vier Akzeptanzkriterien, die mit führend dafür sind, ob Sie hinterher insgesamt eine Zustimmung oder Nichtzustimmung bekommen, unabhängig davon, ob wir das über Partizipation oder über Kommunikation oder eben auch über die legitime Entscheidungsfindung durch die entsprechenden legalen Gremien umzusetzen versuchen.

An erster Stelle steht immer Einsicht in die Notwendigkeit. Das ist beim atomaren Endlager - darauf werde ich aber auch noch einmal zurückkommen - nicht so ganz schwierig; das ist bei anderen Dingen schwieriger. Denken Sie da an die Stromtrassen, wo es immer welche gibt, die sagen, das sei gar nicht notwendig, das könne man alles dezentral machen. So hat man dann immer ein gutes Argument, dagegen zu sein.

Das Zweite ist: Es muss eine positive Nutzen-Risiko-Bilanz da sein. Menschen nehmen sehr wohl wahr, dass alles mit Risiken verbunden ist; aber es muss deutlich sein, dass der Nutzen positiv ist. Das muss nicht nur für einen selber sein - das ist natürlich besser -, aber auch für Menschen, die man wertschätzt. Allgemeine Hinwendungen, dass man sagt, das ist gut für die Gesellschaft

oder für die Wettbewerbsfähigkeit oder für die Gesamtheit oder für das Gemeinwohl, reichen nicht aus. Risiko-Nutzen-Bilanzen müssen im Prinzip nachweisbar sein.

Das Dritte ist: Es darf die Selbstwirksamkeit der Menschen, die betroffen sind, nicht im Wesentlichen beeinflussen. Menschen sind heute sehr sensibel; denken Sie nur an die ganze IT-Geschichte und die Frage der Wahrung der Privatsphäre und anderes mehr. Sind die Souveränität und die Selbstwirksamkeit des Einzelnen in irgendeiner Weise gefährdet, ist man außerordentlich sensibel. Da werden wir noch viele Diskussionen haben, wenn wir in Richtung auf Smart Grid und andere Dinge im Bereich Energie gehen. Aber auch hier bei der Endlagerung stellt sich die Frage, wie viel Spielraum man noch in seiner Gemeinde oder auch in sich selber hat, die man in Zukunft einbringen kann.

Das Letzte ist emotionale Identität. Wie gesagt, wir leben in der Pluralisierung von Wahrheits- und Bewertungsansprüchen. Das führt dazu, dass emotionale Bindungen auch an Heimat, an einen Ort, an soziale Gruppierungen, auch an eigene Überzeugungen eine sehr große Rolle spielen. Wenn diese emotionalen Bindungen gefährdet sind, haben wir es sehr häufig dann auch mit entsprechenden Protesten zu tun. Zu dem Kognitiven kommt hier also diese emotionale Komponente dazu.

All diese vier Aspekte sind natürlich bei der nuklearen Endlagerung im wahrsten Sinne umstritten: ob die Notwendigkeit da ist, ob wir eine positive Nutzen-Risiko-Bilanz haben, ob das gerecht ist, ob die Selbstwirksamkeit eingeschränkt ist und ob wir uns tatsächlich emotional in irgendeiner Form mit einer solchen Anlage später identifizieren

können. Da ist, glaube ich, klar, dass das nicht auf der Hand liegt.

Nun zu den Möglichkeiten, die wir haben: Ich habe schon gesagt, man kann natürlich einfach versuchen, es letztendlich mit legalen Mitteln in dem Sinne umzusetzen, dass man wenig kommuniziert und partizipiert. Das haben wir vielfach versucht, auch weltweit ist es nicht gelungen. Das ist vielleicht auch gut so; aber man sollte es noch einmal deutlich sagen.

Kommunikation allein ist sicherlich auch sinnvoll. Aber wir sehen gerade bei Selbstwirksamkeit, emotionaler Identität und teilweise auch bei Fragen der Nutzenbilanz, dass Kommunikation nicht ausreicht. Deshalb sind wir ja alle hier zum Thema Partizipation gekommen.

Partizipation hat aber Voraussetzungen. Einige dieser Voraussetzungen sind schon genannt worden. Ich möchte sie auch nicht alle wiederholen. Wichtig erscheint mir aber - da ist in Ihrem Papier ein bisschen ein Eiertanz zu bemerken - Folgendes: Wenn Sie reine Akzeptanz für etwas wollen, von dem Sie überzeugt sind, dass es richtig ist, ist Partizipation Gift. Dann müssen Sie kommunizieren, dann müssen Sie überzeugen, ja, dann müssen Sie im wahrsten, besten Sinne Führerschaft übernehmen und sagen: Wir sind davon überzeugt, dass das richtig ist, wir tun alles, um euch zu überzeugen; aber mitbestimmen könnt ihr nicht mehr.

Wer Akzeptanz will, kann keine Partizipation wollen. Partizipation setzt Optionen voraus, und selbst wenn es nicht bindend ist - das können wir ja gar nicht - Aber wenn Sie Empfehlungen haben wollen, was man zu tun hat oder nicht zu tun hat, muss eine Offenheit von vornherein da sein. Man muss

also für Optionen, die man innerhalb des Mandates der Partizipation einbringt, auch offen sein. Man muss sie nicht eins zu eins übernehmen; aber wenn man nicht offen dafür ist und schon weiß, was man will, und nur hofft, dass der Bürger das hinterher, also nachträglich billigt, dann ist man auf dem Holzweg.

Sie werden feststellen, ich habe viel Erfahrung mit Bürgerbeteiligungsverfahren wie viele, die hier sitzen. Wenn die Bürger mitbekommen, dass die Entscheidung eigentlich schon mehr oder weniger vorbestimmt ist, und sie nur noch als Claqueure gebraucht werden, um hinterher zu sagen, sie fänden das auch gut, dann werden Sie selbst dann dagegen sein, wenn sie die Entscheidung ebenfalls gut finden, weil diese Art der Inszenierung von Bürgerbeteiligung bei niemandem gut ankommt.

Das heißt, die Grundvoraussetzung dafür, dass Partizipation gelingen kann, ist neben den vielen Dingen, die hier gesagt worden sind, dass Sie ein Mandat mit Optionen haben, wo glaubhaft überführt werden kann, dass diese Optionen offenstehen, solange diese Beteiligung besteht. Sie können Grenzen ziehen. Es gibt gute Beispiele dafür - ich werde gleich noch auf die Beispiele zurückkommen -, wo Sie sagen können, wenn innerhalb einer bestimmten Zeit keine Lösung kommt, dann fallen wir zurück in eine Situation, in der bestimmte Gremien die Entscheidung treffen können; man kann ja nicht endlos diskutieren. Aber Sie müssen deutlich machen: Es gibt ein Mandat, dieses Mandat hat die und die Optionen, diese Optionen sind weiter offene Optionen, und wenn Bürger sich für die eine oder andere Option als Empfehlung entscheiden, müssten Sie ext-

rem gute Gründe haben, um diese Empfehlung nicht anzunehmen. Das ist die Voraussetzung.

Wenn Sie das nicht wollen, kann es keine Partizipation geben. Da kann es gute Kommunikation geben, sie kann auch im Dialog sein, Rede und Antwort; aber dann muss man deutlich sagen, das ist Kommunikation: Wir wollen gut kommunizieren, wir wollen Transparenz haben, Sie sollen wissen, was wir hier tun, wir haben hier einen Prozess, der offen ist. Das ist nicht Partizipation, das ist nicht Bürgerbeteiligung. Wenn wir da auch ganz deutlich sind, dass wir hier eine Grenze ziehen, dann ist es sehr viel besser auch für die eigene Glaubwürdigkeit, zumal wir ja schon Glaubwürdigkeitsverluste haben.

Wenn man das aber tut, dann ist natürlich die Frage: Partizipation für die Kommission oder Partizipation für das Problem als solches? Jetzt geht es ein bisschen darum, dass Sie sehr deutlich differenzieren, welche Fragestellungen Sie denn dann in die partizipativen Verfahren einbringen. Auch da eiert das in Ihrem Papier ein bisschen hin und her.

Sie haben im Prinzip vier Fragestellungen. Die erste Fragestellung ist - sie ist nicht trivial, selbst wenn die Antwort wahrscheinlich feststeht -: Welches Verfahren ist eigentlich dasjenige, das Sie für die Endlagerung atomarer Abfälle vorsehen? Ich war selber ja Moderator der Corum-Gruppe in England, die sich mit genau diesem Thema viele Jahre lang beschäftigt hatte. Es war sozusagen ein runder Tisch mit allen Beteiligten. Dieses erste Thema wurde nicht aufgenommen. Das hatte zur Folge, dass in der weiteren Diskussion immer wieder einer kam und sagte: Ja, Tiefenendlagerung ist vielleicht gar nicht das

Beste, vielleicht können wir ja doch alles in einen Vulkan hineinschmeißen oder doch alles unterirdisch im Meer unterbringen. Sie müssen bei bestimmten Dingen Closure haben, weil sie sonst immer alle offenen Fragen gleichzeitig behandeln. Das geht auch in der Partizipation nicht.

Also an dem Punkt Verfahren wäre einfach zu sagen, dass die Endlagerung in tiefem Gestein das einzig sinnvolle Verfahren ist, das wir weiter fortführen. Wenn ja, dann ist es aber auch abgeschnitten, und dann können wir uns darauf einigen. In diesem Diskurs ist es eher ein Wissensdiskurs, in den Sie auch Wissensträger einbinden können. Da können Sie internationale Wissensträger einbinden. Da macht es keinen Sinn, sozusagen jedes bayerische Dorf in diese Fragestellung einzubinden. Die Menschen dort interessiert es auch nicht. Also von daher würde ich da ganz deutlich sagen: Hier gibt es auch eine Begrenzung des Partizipationsanspruches.

Die zweite große Frage ist schon wesentlich kritischer: Wenn Sie auf Endlagerung setzen, welches Konzept nehmen Sie? Das Konzept hat natürlich viele Rückwirkungen auf das, was Sie hinterher an Kandidaten für das Endlager haben. Konzept heißt, machen Sie Salz, oder machen Sie auch andere Formen? Sie wissen ganz genau, wenn Sie bestimmte Kriterien aufstellen, eine Million Jahre, bevorzugen Sie Salz, wenn Sie sagen, hunderttausend Jahre, kommen auch Granit und Tonstärke in den Vordergrund.

Diese Vorbestimmtheiten sind nicht trivial, weil Sie damit die Auswahl der möglichen Standorte begrenzen oder erweitern. Dies gilt auch für die Frage der Rückholbarkeit oder Nichtrückholbarkeit. Diese Frage stellen Sie der zweiten Gruppe; das ist ja auch ein Arbeitskreis bei Ihnen, der das untersucht. Hier

geht es nicht nur um den reinen Wissenschaftsdiskurs, sondern es geht auch um einen Fairnessdiskurs auf der einen Seite und sicherlich auch um eine Frage der Wünschbarkeit, welche Kriterien ein höheres Maß an Trade gegenüber anderen haben. Hier würde ich empfehlen, zusätzlich zu diesem Wissenschaftsdiskurs wirklich einen Stakeholder-Diskurs durchzuführen, in dem Sie eben deutlich machen, dass diejenigen, die später betroffen sein würden, also beispielsweise die Kommunalverwaltungen oder andere, über ihre Dachverbände mit eingebunden werden, aber eben auch die Zivilgesellschaft.

Der dritte Prozess ist der Auswahlprozess, also wie Sie auswählen. Wenn Sie einmal das Konzept festgelegt haben und beispielsweise sagen, Sie setzen auf Rückholbarkeit, Sie sehen, dass eine relativ breite Gesteinschicht möglich ist, wenn die bestimmten Auswahlkriterien erfüllt sind, dann müssen Sie ja jetzt den Auswahlprozess als solchen terminieren. Da geht es eben darum, zu sagen, nach welchen Kriterien mögliche Kandidaten, also mögliche Standorte, ausgesucht werden: Welchen Kriterien müssen sie genügen, und wie viele müssen es sein, damit es eine faire Auswahl ist. Auch das ist nicht trivial; denn wenn Sie die Kriterien in die Höhe schrauben und sagen, Sie möchten unbedingt den besten Standort haben, dann werden Sie natürlich immer ein halbes oder ein Viertelkriterium haben, wo ein Standort nicht so ganz toll ist. Im Endeffekt kommen Sie bei diesem Auswahlprozess entweder auf keine oder nur auf eine, und dann haben Sie ein Riesenproblem, weil Sie dann eben nicht mehr weiter auswählen können.

Also die Frage, wie die Kriterien sind, ob Sie Schwellenwerte angeben, was erfüllt sein muss, damit jemand in der Auswahl oder nicht in der Auswahl ist, war im Schweizer

Verfahren ein ganz wesentlicher Punkt, über den viel diskutiert worden ist. Da würde ich tatsächlich sagen, dort macht es Sinn, auch so etwas wie Bürgerforen mit einzubringen, weil hier Aspekte der Fairness eine ganz große Rolle spielen; denn im Endeffekt begrenzen Sie mit dem Auswahlverfahren eine ganze Reihe von möglichen Standorten oder Sie erweitern sie. Das hat auch regionale Differenzierungen. Ich meine, wenn Sie nur Salz haben, dann wissen Sie genau, dass eine Reihe von Bundesländern völlig draußen sind und andere nicht. Also die Frage der Fairness ist auch ein Aspekt, der hier mit behandelt werden muss. Es ist nicht nachrangig, wie es häufig gesagt worden ist. Von daher wäre dies ein Problem, bei dem eine Weiterführung auch im Sinne von Bürgerforen infrage kommt, wie Frau Nanz sie vorgeschlagen hat. Sie können nämlich auch übergeordnet, also jetzt nicht standortspezifisch, hingehen und dann versuchen, diese Kriterien auch ein Stück weit in der Richtung zu gewichten, was Sie als fair und auch für das gesamte Problem als adäquat ansehen.

Dann kommt das Vierte. Wenn Sie einmal Kandidaten haben, müssen Sie sich für einen entscheiden. Das ist natürlich die Achillesferse; wir sollten nicht die Illusion haben, dass dann einer der Standorte sagt, er mache das freiwillig und gerne. Das hatten wir mehr oder weniger in Finnland und halb in Schweden; aber das ist für Deutschland meines Erachtens nicht zu erwarten. Auch wenn Sie ein wunderbares Benefitpaket zusammenschnüren, werden Sie in Deutschland sicherlich keinen Standort finden der Hurra schreit und sagt, er mache das. Selbst wenn es die politischen Gremien täten, was ich nicht annehme, würde die Bevölkerung mit ihnen richtig Schlitten fahren. Das heißt, Sie müssen hier ein anderes Verfahren wählen.

Soweit ich weiß, gibt es im Bereich der Endlagerung noch kein Verfahren, bei dem man sagen kann, es habe sich bewährt. Wir haben es aber im Bereich der Sondermülldeponien, Verbrennungsanlagen und der anderen unerwünschten Dinge. Das sind auch keine Anlagen, von denen Kommunen sagen, sagen, sie seien ganz toll, die wollten sie haben.

Wir haben experimentiert, insoweit sage ich das aus unserer eigenen Erfahrung heraus; es gibt aber auch andere Modelle. Das haben wir in der Schweiz, in Deutschland, im Schwarzwald, und auch in den USA gemacht, als ich noch da lehrte. Wir haben aus jeder Gemeinde, die infrage kommt, nach dem Prinzip der Zufallsauswahl 30, 40 Leute gezogen und sie in zehn oder wie viel auch immer Kommissionen zusammengeführt. In jeder Kommission saßen gleich viele Leute von jedem Standort; das war also eine absolut paritätische Besetzung.

Jede dieser Kommissionen hatte zur Aufgabe, zu fragen, ob es sinnvoll sei, diesen oder jenen Standort zu nehmen, und was eigentlich aus der Sicht der Fairness im Hinblick auf die Bürger der beste Standort ist. Diejenigen, die da drin sitzen, verteidigen natürlich immer, dass ihr Standort ungeeignet ist - das ist ja auch klar -; aber es kommt in der Regel dann doch zu einer sehr interessanten Diskussion. Voraussetzung dafür sind zwei Dinge: erstens, dass die Notwendigkeit eines Standorts von allen anerkannt wird. Deshalb sind die ersten drei Schritte so wichtig. Sobald die Notwendigkeit nicht anerkannt ist, bricht Ihnen dieser Pfad auseinander, weil gesagt wird, man brauche überhaupt keinen Standort. Zweitens muss die Auswahl der vorhandenen Kandidaten so gut begründbar sein, dass niemand sagen

kann, der beste Standort sei ja gar nicht dabei, den habe man noch gar nicht gefunden. Dann hat man immer einen „easy way out“.

Wenn das aber nicht der Fall ist, wenn man das gut begründet darstellen kann, dann hat dieses Verfahren eine sehr große Legitimationskraft. Wir haben sowohl im Nordschwarzwald als auch in der Schweiz allerdings bei Müllverbrennungsanlagen sogar einen Konsens der Kommissionen bekommen. Sie haben tatsächlich gesagt: Na ja, unter allen Gesichtspunkten, die wir sehen, ist eigentlich der Ort B der beste. Außerdem haben Sie natürlich gleichzeitig Vorschläge für ein Benefit-Kompensationspaket gemacht, wie es AkEnd usw. vorsehen. Das ist klar, die Gerechtigkeitsfrage bleibt ja erhalten. Dann muss für die Gerechtigkeit auch ein entsprechender Ausgleich geschaffen werden. Das können die Bürger ganz gut mit sich selbst ausmachen, damit es nicht zu viel oder zu wenig ist. Natürlich muss es im Rahmen dessen sein, was relativ und finanziell möglich ist.

Das wäre so etwas wie ein Blaupausenplan, den ich Ihnen vorschlagen will. Es gibt viele andere Möglichkeiten. Ich habe aber das genommen, von dem ich meine, dass wir gute Erfahrungen damit gemacht haben. Es wäre sehr wichtig, bei den vier großen Themen, die wir haben, Partizipation unterschiedlich strukturiert zu sehen. Was die Kommissionsarbeit anbetrifft, müssen Sie eine Blaupause im Prinzip für das weitere Verfahren vorsehen.

Also noch einmal zusammenfassend: Das Erste ist die Frage, welches Endlagerverfahren man überhaupt will. Da sehe ich tatsächlich im Wesentlichen einen Wissensdiskurs, bei dem wir Wissenschaftler und Stakeholder mit einbeziehen können. Ich glaube, das

ist auch schon mehrfach durchexerziert worden.

Das Zweite ist die Frage, welches Konzept verwirklicht und wie sichergestellt werden soll, dass dieses Konzept dann auch multikriterienfähig ist. Es gibt nicht nur ein Kriterium der Eignungsfähigkeit, sondern es sind immer Multikriterien. Die muss man miteinander abstimmen. Immer wenn es um Trade-offs geht, ist es wichtig, dass auch diejenigen, die an diesen Trade-offs indirekt per Interesse oder eben auch bei Betroffenheit beteiligt sein müssen, mitwirken können. Das würde in diesem Falle bedeuten, dass wir die Stakeholder mit einbeziehen.

Das Dritte wäre der Auswahlprozess mit den Kriterien, die dazugehören. Da finde ich es gut, wenn wir neben diesen Stakeholdern, die ja im Grunde genommen auch hier in der Kommission vertreten sind, Bürgerforen machen. Das kann man noch dass Jugendforen und andere Foren ergänzen, um letztendlich Rückmeldung dafür zu bekommen, was als fair und was als adäquat auch in der Bevölkerung empfunden wird. Das ist, glaube ich, ein einigermaßen wesentlicher Gesichtspunkt. Da wundern wir uns manchmal selber, was wir bekommen. Das kann dann auch durchaus sehr erhellend sein.

Das Letzte wäre dann natürlich die konkrete Standortauswahl. Davon sind wir noch weit entfernt; das ist mir klar. Aber wir brauchen einen Prozess dafür. Ich denke, die Überzeugungskraft des gesamten Partizipationskonzeptes muss darin liegen, dass man für alle vier Funktionen bereits ein vorläufiges Konzept - man kann immer lernen - der Partizipation hat, das für die Menschen bis zum letzten Schritt überzeugend ist.

Ob man dann noch ein Veto einfügt oder nicht, ist eine andere Fragestellung. Das hat befriedende Wirkung, wenn man das von vornherein vorsieht, aber es setzt ein sehr hohes Maß an Altruismus bei der jeweiligen Gemeinde voraus. Die Schweizer sind damit gescheitert; das wissen wir. Sie haben dieses Vetorecht eingeschränkt; selbst in der Schweiz ist das möglich. Ob die Deutschen altruistischer sind als die Schweizer, kann man dahingestellt sein lassen. Das könnte man auch noch offenlassen. Aber auch in dieser vierten Phase müssen wir ein überzeugendes Konzept der Partizipation haben. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Ralf Meister: Ganz herzlichen Dank, Herr Renn. Auch hier im ersten Schritt die Verständnisrückfragen, dann der Vorschlag, eine kurze Pause zu machen. Aber jetzt Verständnisrückfragen. - Bitte schön, Herr Schielke, danach Herr Thomauske.

Dr. Stefan Schielke: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Renn, eine Frage: Sie haben gesagt, Partizipation schafft nicht Akzeptanz. Welche Akzeptanz ist da gemeint, am Verfahren oder am Ergebnis am Ende des Verfahrens? Das würde mich interessieren.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Zweite Frage zum Auswahlprozess. Setzt Auswahlprozess nicht Optionen voraus? Ist aber in dem Augenblick, da ich einführe oder unterstelle, es gebe einen bestmöglichen Standort, nicht die Frage der Option abgeschnitten?

Vorsitzender Ralf Meister: Bitte schön, Herr Renn.

Prof. Dr. Ortwin Renn: Danke noch einmal für die Nachfrage. - Ich hatte es so formuliert: Wer Akzeptanz für eine bestimmte Lösung will, darf nicht Partizipation wollen. Das heißt, wenn ich weiß - egal, ob es ein Prozess ist oder ob es schon eine Lösung ist -, was ich will und nur haben will, dass die Bevölkerung das nachempfindet und es dann auch absegnet, werde ich ganz schlechte Erfahrungen machen.

Natürlich ist es so, dass vielleicht auch neue Optionen genannt werden; Herr Banthien und Frau Nanz hatten das gesagt. Es ist eigentlich sogar eines der wirklich guten Dinge bei Bürgerbeteiligung, dass wir oft lernen, dass neue Optionen möglich sind.

Ich darf ein ganz kurzes Beispiel geben. Wir hatten das Verfahren in der Schweiz gemacht; da ging es um eine Deponie, nicht um eine Verbrennungsanlage. Allen Bürgern war klar, dass diese Deponie am besten an einen Ort kommt, der aber Kreis- und Kurstadt war. Alle Deponien werden wie in Deutschland nach dem Standort benannt, bei uns Deponie Münster oder wie sie auch immer heißen.

Die Bürger haben dann gesagt: Wir nennen die Deponie nicht nach dem Namen der Stadt, sondern wir nennen sie nach dem Feld, auf dem sie ist. Das hieß damals Erifeld(?). So heißt die Deponie heute noch, Deponie Erifeld. Das ist trivial. Das war für die Bürger aber ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt, und sie haben diese Option eingebracht. Keiner ist darauf gekommen, weil es so trivial ist. Aber für sie war es ganz wichtig, dass der Name ihres Ortes nicht mit der Deponie in Verbindung gebracht wurde.

Zweiter Punkt, Optionen: Das ist eben der Punkt, an dem ich bei Nummer 3 sagte, dass

es ganz entscheidend ist. Es ist richtig: Wenn Sie sagen, wir suchen den bestmöglichen Standort, der technisch am allerbesten ist, dann werden Sie zum Schluss nur eine Option haben, und dann haben Sie eine Bürgerbeteiligung, Ja oder Nein. Ich kann Ihnen sagen: Dann sagen die Bürger Nein.

Alle Ja-Nein-Entscheidungen können im Prinzip nur ein Ergebnis haben, wenn Sie sich selber fragen: Wenn ich da wohnen würde, und ich habe nur die Entscheidung Ja oder Nein, werde ich Nein sagen, es sei denn, ich habe ein tolles Benefitprojekt. Aber das ist bei radioaktiven Abfällen dann schon sehr schwierig.

Ich würde stets dafür plädieren, zu sagen, wir brauchen den Standort, der gut genug ist und technische Kriterien erfüllt, damit sie vorhanden sind, sodass wir immer mehrere Optionen haben, aus denen wir dann wählen können. Wir werden den dominanten Standort, der bei allen Kriterien - den geologischen Kriterien, den technischen Kriterien, den sozialen und wirtschaftlichen Kriterien - die Nummer eins ist, nicht finden.

Dominante Lösungen gibt es einfach nicht. Von daher wird es immer notwendig sein, Abwägungen vorzunehmen. Diese Abwägungen dann partizipativ zu gestalten, ist eigentlich eine der Grundaufgaben, die Partizipation erreichen kann, setzt aber voraus, dass wir nicht die Fiktion haben, wir wählen den allerbesten Standort in Deutschland, abgesehen davon, dass mir keiner nachweisen kann, dass ich ganz Deutschland so untersuchen kann, dass ich den wirklich absolut besten Standort finde.

Vorsitzender Ralf Meister: Noch eine Verständnisfrage. - Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Eine ganz kurze Frage, Herr Renn. Nach meiner Auffassung haben Sie das Thema Veto etwas diplomatisch umschrieben, indem Sie gesagt haben, das setze sehr viel Altruismus voraus. Können Sie das vielleicht noch ein bisschen konkreter machen? Wie sind Ihre Erfahrungen, wenn man von vornherein in dem Prozess ein Veto einbringt? Es wird hier vorgetragen - das ist ja auch nachvollziehbar -, dass das schon ein gewisses Vertrauen in den Prozess hineinbringt, weil man ja noch einmal die Möglichkeit zu intervenieren hat. Ist das tatsächlich dann darstellbar, oder führt es nicht letztendlich zum Scheitern von Prozessen?

Prof. Dr. Ortwin Renn: Es ist ein großes Risiko. Es befriedet im Vorhinein, wenn Sie sagen, es gibt am Ende eine Abstimmung auch in der Gemeinde, die dafür ausgesucht wird, und diese Abstimmung ist dann bindend; sonst hat es ja keinen Sinn, sonst gäbe es ja kein Veto. Wir haben einen langen Prozess, und zum Schluss haben Sie die große Chance eines Vetos. Das müssen Sie mit bedenken.

Natürlich ist es pazifizierend; das ist ganz klar. Allerdings habe ich auch den Eindruck, dass Modifikationen möglich sind. Ich denke jetzt einmal an „Stuttgart 21“, wo es ja auch ein Verfahren gab. Da hat man aber ganz bewusst nicht nur Stuttgart gefragt, sondern eben die Region.

Es kann durchaus auch eine Alternative sein, dass man sagt: Gut, die Leute vor Ort können aus gutem Grunde nicht gegen ihr eigenes Wohl stimmen. Das ist vielleicht auch ein Punkt, an dem man zu viel Altruismus verlangt. Aber wenn man die Region etwas weiter greift, weil es ja auch Auswirkungen außerhalb des Standorts haben wird, dann kann man es vielleicht eher umsetzen. Aber

es bleibt ein Risiko; das muss man einfach sehen. Ob man es dann eingeht oder nicht, ist eine andere Frage. Da bin ich auch selber etwas unschlüssig. Im Moment würde ich angesichts dessen, wie die jetzigen politischen Bedingungen sind, eher von einem Veto abraten.

Vorsitzender Ralf Meister: Ganz herzlichen Dank, Herr Renn, herzlichen Dank, Frau Nanz, herzlichen Dank, Herr Banthien. Wir machen jetzt bis fünf nach halb eine kurze Pause.

Wir sind in einer besonderen Situation, dass wir nach wie vor den Zielpunkt, dass wir aus dieser Arbeitsgruppe in der nächsten Kommissionssitzung Anfang Februar einen Zwischenbericht über den Status unserer Arbeit geben, einen Zwischenbericht, der dann auch für die Kommission Arbeit auslöst bzw. unseren Auftrag noch einmal so scharf konturiert, dass auch etwas sichtbar werden muss in den nächsten Monaten. Wir haben gerade eben auch noch einmal präzise Grundlagen, aber auch schon konkrete Möglichkeiten in Fülle erfahren.

Mein Vorschlag ist, dass wir deswegen jetzt nicht in eine ausführliche Debatte der Impulse gehen, die wir gehört haben, sondern es zugleich korrespondieren mit den Erwartungen: Was ist möglich, es unter den Bedingungen für unsere Arbeit so zuzuspitzen? Was ist der konkrete Aufgabenkatalog, der sich aus dem ergibt, was wir von Ihnen gehört haben. Reicht das, was wir dann zusammenlegen, damit wir an dem Februar-Termin auch in der Kommission so substanziell berichten können, dass es für die Kommission sinnvoll ist, aber auch für den Auftrag, den wir weiter ausführen müssen. Dazu bitte ich jetzt um Positionen. - Herr Miersch.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Um bei den Charts zu bleiben, die wir heute Morgen hatten: Ich habe ja gesagt, dass mir die Übersicht von Herrn Trénel gut gefallen hat, diese Seite 9. Herr Banthien hat jetzt den Gesamtprozess vorgelegt, und ich kann diesem Chart sehr viel abgewinnen. Er beinhaltet für mich wesentliche Punkte, die wir auch als Gegenstand unseres Vortrags nehmen können, erstens unterschiedliche Partizipationsmöglichkeiten, die natürlich noch ausgefüllt werden müssen, zweitens die Frage, wie man mit den Bürgerforen, mit den Bürgerwerkstätten etc. umgeht.

Aber wichtig erscheint mir als Erstes, dass es so etwas wie eine Auftaktveranstaltung der Kommission geben muss. Da werden wir alle überlegen müssen: Mit welchen Zielfragen gehen wir da hinein, welche Leitfragen wollen wir in diesem Prozess stellen?

Über diesen Chart würde ich zumindest immer stellen wollen, auch als Konsens, dass wir die Offenheit garantieren, das, was in den anderen Vorträgen auch ganz stark betont worden ist, dass wir die Verfahrensverbindlichkeit für uns deklarieren und dass wir letztlich auch die Ergebnisrelevanz durch das, was dann am Ende passiert, für uns feststellen wollen.

Wenn wir diesen Rahmen haben, dann können wir der Kommission sagen, dass die nächsten Schritte sein müssen, jetzt an dieser Auftaktveranstaltung zu arbeiten. Ich meine, dass wir gut daran tun, für diese Konzeption uns der Hilfe Dritter zu bedienen, denn mehr können wir nicht tun.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. - Noch einmal nur den Hinweis an Frau Nanz und die Herren Renn, Banthien und Trénel: Herzlichen Dank, dass Sie dabei

geblieben sind, dass Sie sich offensiv in diese Diskussion auch mit einschalten. - Herr Jäger und dann Herr Grunwald.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Herr Meister. - Ich habe vor circa zwei Stunden auf die Tabelle hingewiesen, die hoffentlich Ihnen allen als Tischvorlage vorliegt. Wenn ich darauf ganz kurz zurückkommen darf, einfach, um zu versuchen, daran klarzumachen, wie ich mir vorstellen kann, was jetzt die nächsten Schritte sind, insbesondere in Richtung auf den Bericht in die Kommission und die dazu notwendigen Beschlüsse.

Es ist angeklungen, dass wir noch sehr viel Kontroverses hier ausräumen und abarbeiten müssen. Aber ich meine, wir haben auch in dem Bericht und in der Diskussion sehr viel, was Konsens ist, und das sehe ich auch durch den Input unserer Expertin und unserer Experten ein Stück weit bestätigt.

Vielleicht darf ich zunächst einmal Ihre Aufmerksamkeit auf die Phasen lenken. Das ist jetzt nichts Neues, sondern das ist in dem Bericht angelegt, und zwar exemplarisch für eine Variante, die dort beschrieben ist, nämlich die Variante 8.3.4, die dadurch gekennzeichnet ist, dass wir am 30. Juni 2016 fertig sein wollen.

Wesentliche Eckpunkte sind: Wir haben eine Phase bis zum Sommer 2015, dann eine Phase, die sozusagen die Berichtsentswurfserstellung mit dem Ziel beinhaltet, Ende des Jahres dann einen Entwurf zu haben. Es folgen die Erörterungsphase und die abschließende Phase.

Das wären zum Beispiel Punkte, hinsichtlich derer wir versuchen sollten, hier in diesem Kreis Konsens insofern zu erzielen, dass das ein Konzept ist, mit dem wir bis auf Weiteres

nach vorne gehen. Das hätte auch den großen Charme, dass die Kommunikation mit den übrigen Gruppen der Kommission geführt werden kann, um die Dinge zusammenzuführen. Wir haben in Bälde eine gemeinsame Sitzung mit der Arbeitsgruppe 2. Ich setze natürlich voraus, dass Ende des Jahres dann der Bericht in Summe sozusagen konzipiert ist, und von daher wäre das eine gute Basis.

Ich werbe also dafür, dass wir uns zu diesem konzeptionellen Ansatz hier verständigen, wohl wissend, dass wir da sehr wohl im Sinne von Erfahrungen, die wir noch machen, dann natürlich wieder modifizieren können. Das wäre der eine Punkt.

Der zweite Punkt, der ebenfalls angeklungen ist: Wir müssen uns natürlich über die Zielgruppen verständigen. Das sehe ich jetzt hier phasenorientiert. Wenn wir zunächst die erste Phase nehmen, bis zum Sommer 2015, dann wäre aus meiner Sicht - so sehe ich auch die Beiträge der Expertinnen und Experten - die breite Öffentlichkeit in jedem Fall zu adressieren, auch im Sinne einer Auftaktveranstaltung.

Das heißt, ganz oben links wäre dieses Kästchen nunmehr mit einer Auftaktveranstaltung zu füllen. Wir müssen festlegen, was die Inhalte wären: dass wir dort die Kommission sozusagen vorstellen, dass wir die Aufgabe der Kommission vorstellen, dass wir die Pfade, die bis dahin angedacht sein werden, im Sinne des Auftakts eines Dialogs vorstellen. Das könnten einige wichtige Elemente sein. Natürlich sind die Formate dazu noch festzulegen - Sie haben heute wichtigen Input gegeben -, ob das Bürgerwerkstätten sind oder ob es Veranstaltungen in Landeshauptstädten sind. Wie auch immer sie konzipiert sind, sie müssen bald konzipiert wer-

den, müssen bald auf den Weg gebracht werden; denn das wäre ein ganz wichtiger Schritt.

Innerhalb dieser Zielgruppen Phase 1 und breite Öffentlichkeit sehen Sie - hier ist einmal unterstellt -, dass es folgende Elemente gibt: zum einen Input, wo wir informieren als Kommission. Wir bekommen dann ein Feedback, ebenfalls Input von der angesprochenen Zielgruppe, und dann gibt es anschließend einen Dialog.

Das sind nur die groben Konturen, die bis dato erkennbar sind. Aber wir könnten dann sehr schnell, wenn wir uns darauf verständigen könnten, uns eben auf diese erste Phase, diese erste Veranstaltung konzentrieren. Je mehr wir darüber hinaus schon auf den Weg bringen können, weil wir einen gemeinsamen Konsens erzielen und das gleichermaßen sehen, umso besser. Je mehr Zielgruppen wir schon identifizieren können, je mehr Instrumente wir dafür zugeschnitten schon erarbeiten, umso besser.

Aber mir ist es sehr wichtig, dass man jetzt in der Tat eine Fokussierung vornimmt, wenn es allgemeiner Konsens wäre, was die Phasen angeht, damit wir möglichst bald diese Auftaktveranstaltung hinbekommen. Denn auch dann, wenn möglicherweise die breite Resonanz nicht so sein wird, wie wir uns das eventuell erhoffen, sind wir in der Pflicht, ein Angebot zu machen, zu informieren.

Es wäre natürlich schön, wenn man den anschließenden Prozess möglichst darstellen könnte; aber das ist ein gewisser Zielkonflikt. Je länger man wartet, umso konkreter ist es. Aber je länger man wartet, umso mehr hat man eigentlich die Chance in unserem

festen Zeitrahmen vertan. Das wird eben über dieses Phasenmodell sehr deutlich.

Das schlage ich als eines der wesentlichen Elemente vor - nicht in der Form, aber in dem Inhalt - für den Bericht in die Kommission.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Grunwald.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Vielen Dank. - Da kann ich gleich anschließen mit einer kurzen Vorbemerkung: Die Geschichte der Beteiligungsdiskussion in den letzten Jahrzehnten ist von einer romantischen Erwartung nach der anderen geprägt. Beteiligung soll alle möglichen Probleme lösen, die Demokratie erneuern, die Politikverdrossenheit bekämpfen, Akzeptanz schaffen, Konsens erzeugen, alle mitnehmen usw. Wenn man sich diese romantischen Erwartungen vor Augen hält, dann ist das wirklich eine Anleitung zum Scheitern. Da muss man in der Tat aufpassen.

Ich würde sehr stark dafür plädieren - das schließt sich auch an Herrn Miersch und an Herrn Jäger an -, pragmatisch zu sein, auf die nächsten Schritte sowie auf die Möglichkeiten zu schauen, die wir haben. Sonst könnte es sein - Frau Nanz, Sie hatten das Wort Mahnmal heute Nachmittag ins Gespräch gebracht -, dass man uns irgendwann einmal ein Mahnmal errichten muss.

Konkreter Vorschlag: Jetzt erst einmal Zustimmung zu Herrn Miersch und Herrn Jäger: Auftaktveranstaltung möglichst schnell. Das ist einfach dringend. Darauf hätten wir vielleicht schon früher kommen können. Aber es ging eben auch nicht; jetzt aber soll es so schnell wie möglich sein.

Dann schaue ich einmal in diese Phase 2, vielleicht an den Beginn der Phase 2. Wir sind hier in der Kommission nicht einfach eine Menge weltfremder Wissenschaftler oder eine Menge machthungriger Politiker oder so etwas, sondern wir sind eine schöne Mischung. Ja, so hat man uns ja zusammengestellt.

(Prof. Dr. Bruno Thomauske: Das macht es nicht besser! - Heiterkeit)

- Ja, Sie gestatten hier einmal eine Überspitzung.

Wir sind eine schöne Mischung, nicht ein Abbild der ganzen Gesellschaft, aber wir haben doch in uns eine recht schöne Pluralität. Mit dieser Pluralität müssen wir meines Erachtens viel besser arbeiten, als wir es bis jetzt getan haben. Das heißt, Dinge auch einmal auszudiskutieren und zu Ende zu argumentieren. Wir fangen immer etwas an, wie heute Morgen auch, aus Zeitmangel müssen wir wieder abbrechen, und die Sachen bleiben liegen.

Wenn wir uns in der hier gegebenen Pluralität einmal auf ein paar zentrale Fragen stürzten - Vetorecht ja oder nein, die Entsorgungsoptionen; Herr Renn hat darauf hingewiesen, dass wir da auch längst noch nicht so weit sind, uns auf ein, zwei oder drei näher zu betrachtende Verfahrenselemente zu verständigen -, dann müssten wir doch in der Lage sein, bis zum Sommer in den Arbeitsgruppen und dann aber auch in der Gesamtkommission diese zentralen Fragen so weit anzudiskutieren, sie vielleicht ausdiskutieren, sodass wir hier und da möglicherweise schon einen Konsens haben. Ich bin da nicht ganz optimistisch; aber es ist ja nie auszuschließen, dass wir zumindest die

konträren Positionen soweit präzisiert haben, dass man sie aufschreiben kann, und dass es dann vielleicht nicht mehr zehn sind, sondern zwei oder drei.

Dann stelle ich mir vor, dass daraus ein kleines Papier entsteht, eine Art Thesenpapier der Kommission, zwei Seiten, fünf Seiten, mehr nicht. Mit einem solchen Thesenpapier könnte man doch im September oder Oktober in bürgerbeteiligende Verfahren einsteigen, um Feedback zu bekommen. Das wäre eigentlich mein Hauptanliegen, die Kommunikation nicht von uns zu den Bürgerinnen und Bürger zu betreiben, sondern umgekehrt da etwas hereinzuholen, was wir nicht unter uns selbst schon haben. Das geht am besten, wenn wir etwas auf den Tisch legen. Damit provozieren wir nämlich auch; dann liegt da etwas, worüber man diskutieren kann, und das müsste uns doch eigentlich gelingen.

Das könnte sozusagen dann den Prozess des Designs und vielleicht auch schon des Schreibens des ersten Entwurfs für unseren Bericht mit beeinflussen, sodass da auch eine Mitwirkung möglich wäre.

Wenn dann hoffentlich um die Jahreswende herum der erste Entwurf für den Gesamtbericht vorliegt, könnte man vielleicht im Frühjahr oder im Spätwinter, wann auch immer, eine zweite Welle von Beteiligungsverfahren einrichten, in denen man den Gesamtentwurf auf den Tisch legt und ihn auch noch einmal zur Diskussion stellt.

Das ist mein Vorschlag für eine Grobstruktur unserer Öffentlichkeitsbeteiligung.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Becker, Herr Thomauske, Herr Kudla, Herr Gaßner und Herr Ott. - Herr Becker.

Thorben Becker: Wir sollten, auch wenn die Situation schwierig ist, jetzt nicht vorschnell von dem Ziel abweichen, hier ein Konzept für die Beteiligung zu erarbeiten, das wir auch in der Kommission beschließen lassen können.

Ich habe jetzt mit Sorge die Betitelung „Zwischenbericht“ gehört. Das lässt schon ahnen, dass es in der Kommission ohne Ergebnis diskutiert wird, und dann weiß man nicht, wie es weitergeht. Das wäre sehr schlecht, auch wenn wir davon relativ weit entfernt sind. Ich sage ganz offen: Dann sollten wir lieber in eine Kommissionssitzung später mit diesem Anspruch hineingehen, als dass sich das Verfahren in die Länge zieht, weil es nie konkret wird.

Meines Erachtens brauchen wir ein Konzept - so habe ich auch zumindest einige der Experten verstanden - und können nicht einfach in eine Auftaktveranstaltung stolpern, ohne zu wissen, wie es dann weitergeht, und solange wir, um es einmal klar zu sagen, noch nicht einmal wissen, ob wir eine Finanzierung für das haben, was dann weiter passiert. Das halte ich für ziemlich abenteuerlich. Ich wüsste auch nicht, was man bei einer solchen Veranstaltung sagen soll: # Wir machen die jetzt mal, und danach gucken wir, und wir wissen auch nicht?

Vielmehr sollten wir versuchen, die Fragen, die angesprochen sind, die hier klar noch nicht Konsens sind, zu bearbeiten, und die Ziele zu umreißen: Wie weit wollen wir Einfluss ermöglichen? Herr Banthien hat einige Voten in seinem Konzept erwähnt; bei einigen Gruppen hat er sie dann nicht vorgesehen. Wie gehen wir damit um? Wie sähe ein Konzept hierzu aus?

Von Umweltverbandsseite ist eingebracht worden, wie wichtig das Thema Aussöhnung ist; Frau Professorin Nanz hat es auch erwähnt. Wie lässt sich das in einem solchen Konzept einbauen? Meines Erachtens muss man das vorher klären. Herr Gaßner hat zu Recht von Anfang an in seinem Konzept gesagt: Wir müssen auch vom Ende her denken und gucken, ob wir das Beteiligungsverfahren, das wir machen wollen, mit dem Zeitplan der Kommission in Einklang bringen können.

Diese Fragen müssen wir klären. Wir können nicht einfach da irgendwo hineinstolpern und anschließend feststellen, dass es aus den und den Gründen nicht geht oder wir es abbrechen müssen, weil es nicht funktioniert.

Insofern wäre ich tatsächlich sehr stark dafür, jetzt nicht in dieser Arbeitsgruppe ein Konzept zu erstellen, das in der Umsetzung dann in die einzelnen Beteiligungstools geht. Da haben wir jetzt gelernt: Wenn man da entsprechende Profis heranlässt, fällt denen schon etwas ein. Wenn wir sagen, was wir damit wollen, wie weit es gehen darf, vielleicht auch, wie viel Geld wir haben und wie viel Zeit Kommissionsmitglieder bereitstellen, dann können die damit schon etwas anfangen. Das müssen wir nicht klären, aber diese Eingangsfragen müssen wir hier klären. Ich meine, wir müssen sie am Anfang klären und müssen das dann auch in der Kommission beschließen lassen, im Idealfall im Frühjahr, um dann ein Gesamtkonzept zu vergeben und durchzuführen. - Danke.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Thomauske, Herr Kudla.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Das ist möglicherweise eine ganz ähnliche Richtung: Wenn wir jetzt in eine Operationalisierung gehen

wollen - ich denke, wir sind uns darüber einig, dass dies so zügig wie möglich geschehen soll -, dann würde ich mir vorstellen, dass wir dem ein Papier von zwei, drei Seiten - nicht 47 Seiten - zugrunde legen, in dem enthalten ist, was die Zielstellung für die Beteiligung und was gewissermaßen das Angebot ist. Es geht um Fragestellungen, wo wir unsere Wünsche äußern und feststellen, wie sie sich zu der Frage Vetorecht oder nicht Vetorecht verhalten, oder um Fragestellungen bezüglich des Beteiligungsumfangs und der Beteiligungsbereitschaft.

Das sind Punkte, die ich jetzt nicht ad hoc formulieren wollte, sondern von denen ich meine, dass es ganz gut wäre, wenn wir eine kleine Zuarbeit hätten, die sich darauf bezieht: Was könnte in einem solchen Flyer oder einem Zweiseitenpapier als Konzept für die Beteiligung stehen, das gleichzeitig auch so etwas darstellt wie die ersten beiden Seiten einer Homepage, über die wir dann einladen. In einem zweiten Schritt könnten wir uns darstellen lassen, wie die Operationalisierung dann konkret erfolgen soll. Da würde ich mir vorstellen, dass wir genau diese relativ eng gefasste Zuarbeit möglichst zügig haben sollten, um dann entscheiden zu können, weil es da - ich will jetzt nicht die Diskussion mit Herrn Sommer von vorhin wieder aufleben lassen - den einen oder anderen Diskussionspunkt geben wird oder auch nicht.

Meines Erachtens kann man das im Rahmen der Beteiligung dann offenhalten, sodass man sagen kann: Wie verhalten sich die Bürger dazu? Wir brauchen da noch nicht zu erklären, wie wir uns zu jedem einzelnen dieser Punkte verhalten, sondern sollten an dieser Stelle unter dem Aspekt des eingehenden Feedbacks noch offen sein, um es dann ent-

sprechend in unserer Bewertung mit zu berücksichtigen. Insofern hielte ich es an dieser Stelle eher für schädlich, wenn wir uns zu früh festlegen, weil dann die Frage, ob wir überhaupt noch offen für die Anmerkungen sind, die von außen kommen, nur sehr begrenzt bejaht werden könnte.

Kurzum: Ich meine, dass wir ein solches Konzept nicht am Tisch erarbeiten können. Aber wir haben Kompetenz hier, die so etwas kurzfristig leisten kann. Deswegen lautet mein Petition, sie einzubinden.

Vorsitzender Ralf Meister: Sind Sie einverstanden, Herrn Kudla noch zu hören? - Anschließend haben wir Meldungen von Frau Nanz, Herrn Banthien und Herrn Renn, dass wir Sie direkt dann hineinnehmen.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Eine Auftaktveranstaltung will auch genügend weit vorangekündigt und geplant sein; gleichzeitig muss sie relativ bald erfolgen. Ich sehe hier an sich vor Mai keine Auftaktveranstaltung.

Was würden wir bei einer solchen Auftaktveranstaltung vorstellen? In meinen Augen sollte dort vorgestellt werden, wie wir eine Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen unserer Kommissionsarbeit sehen. Das heißt, die Punkte, die hier unter 6. und 7. genannt sind, aber auch unter 3. und 4., müssen wir dort vorstellen. Dazu müssen wir uns natürlich über diese Punkte einigen, und da hoffe ich, dass wir das bis Mai - jetzt ist Herr Sommer leider nicht da - zustande bringen.

In dieser Veranstaltung sollte auch, wie ich schon sagte, unser Konzept für die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Kommissionsarbeit vorgestellt werden. Dazu sollte diese Tabelle ausgefüllt werden, wie Herr Jäger das vorgeschlagen hat. Sie sollte zusammen mit

dem Abschnitt 9.1 hier diskutiert werden; denn das, was in 9.1 steht, kann man schon in die Tabelle übertragen. Der Abschnitt 9. gefällt mir an diesem Papier bisher mit am besten. Ich sehe auch, dass wir hier schon zu einer Einigung kommen können.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Banthien.

Henning Banthien: Ich hoffe, meine Äußerung schließt gut an das an, was Herr Becker und Herr Thomauske gesagt haben. In der Tat ist es in der jetzigen Situation für Sie sehr wichtig, schnell ins Laufen zu kommen, das heißt, dass ein Auftakt schnell stattfinden kann. Gleichzeitig müssen Sie in diesem Auftakt etwas zu sagen haben. Das ist zumal der Punkt: Was stellen wir uns denn jetzt als Verfahren vor? Ich glaube aber - so hatte ich Sie auch verstanden, Herr Thomauske -, das lässt sich durchaus differenzieren, wie ich das auch darzustellen versucht habe. Es ist sehr wichtig, der Öffentlichkeit gegenüber klarzumachen: Ihr diskutiert auch mit daran, wie gut das Verfahren ist.

Wenn Sie sich also Leitplanken vorstellen - so hatte ich dieses Thesenpapier verstanden, so stellen wir uns das Verfahren vor -, dann versteht jeder: Es ist ernst gemeint. Die Leitplanken sind klar, die Zeitschiene ist klar, die Ergebniserwartung ist klar. Dann gibt es aber offene Fragen, Herr Becker, die Sie zu Recht angesprochen haben. Sie kann man aber doch sehr gut mit den Bürgerinnen und Bürger diskutieren. Dann sind Sie schnell unterwegs, haben einen anspruchsvollen, sehr glaubwürdigen Punkt, den Sie mit der Öffentlichkeit diskutieren wollen, und sind im Laufen.

Vorsitzender Ralf Meister: Frau Nanz.

Prof. Dr. Patrizia Nanz: Ich möchte ebenfalls einen Vorschlag zum Verfahren machen. Ich denke auch, wir sollten schnell zu einer Operationalisierung kommen, ganz unromantisch übrigens, Herr Grunwald. Dabei würde ich sehr pragmatisch vorgehen. Wenn dieses Bürgerbeteiligungsverfahren in der Kommission schief geht, dann brauchen Sie wirklich ein Mahnmal. Das heißt, das muss wirklich gut funktionieren und gut gemacht werden; da können wir nicht irgendwie hudeeln.

Ich glaube, es ist eine strukturelle Überforderung - deswegen wollte ich noch einmal ein bisschen was zum Verfahren sagen, was wir hier gerade diskutieren -, wenn manche vielleicht meinen, dass sie das Konzept für die Beteiligung ausarbeiten. Überlassen Sie das lieber Profis, bei der Geschwindigkeit, mit der Sie jetzt handeln müssen, am besten einer Gruppe von Profis, die wirklich gut zusammenarbeiten, weil es in dieser Schnelligkeit sonst nicht zu machen ist.

Für sehr gut halte ich den Vorschlag von Herrn Thomauske, zu sagen, was es braucht, ist eine Diskussion, möglicherweise moderiert, zu den Zielsetzungen, die Sie sich in dieser Beteiligung wünschen. Das könnte zum Beispiel auch schon gemeinsam mit Prozessbegleitern gemacht werden. Sie müssen schon auch inhaltlich von sich aus sagen, was Sie denn gerne hätten, und das muss man auch diskutieren, um es dann gleich operationell umzusetzen.

Aber das ist eine andere Ebene, und das ist nicht unbedingt ein Thesenpapier; denn ein Thesenpapier kann man nicht von Bürgern diskutieren lassen. Man kann fragen, und es kommt sehr stark auf die Fragen an, konkret bei der Beteiligung.

Thesenpapiere diskutieren zu lassen wird nicht funktionieren. Was Sie meines Erachtens doch brauchen, ist sozusagen eine Eini-gung auf einer oder zwei Seiten, zunächst über das Ziel der Beteiligung an der Kom-missionsarbeit und später darüber, wie es sich dann mit dem Prozess der Endlagersu-che verhält. Das eine ist vom anderen nicht komplett zu trennen. - Danke.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Renn.

Prof. Dr. Ortwin Renn: Ich versuche das noch ein wenig zu verschärfen: Ich habe gerade aus der Diskussion jetzt ein bisschen den Eindruck, dass das Pferd von hinten auf-gezäumt wird. Ob das zwei oder drei Seiten sind, ob das Auftaktveranstaltung heißt, wie auch immer, ist ein wenig der Versuch aus einer gewissen Hilflosigkeit, dass man sich inhaltlich nicht genau festlegen will, was man eigentlich will. Dann nützt es aber nichts, es zu formalisieren.

Vielmehr müssen meines Erachtens bei allen diesen Verfahren, ob Kommunikation oder Partizipation, zwei Fragen beantwortet werden. Die eine ist: Wer oder was soll an diesem Verfahren einbezogen werden? Die andere ist: Was ist das Ergebnis, was machen wir damit? Diese beiden Fragen müssen Sie beantworten, und dann ist eigentlich alles andere Handwerk, so, ob das dann eher eine Auftaktveranstaltung mit Internetbeteiligung oder eher eine Anhörung ist. Aber wenn man die genannten beiden Fragen nicht beant-worten kann, wird es ganz schwierig.

Es gibt durchaus Verfahren, bei denen Sie Fragen stellen; das ist sogar beliebt bei Men-schen, wenn sie nicht gleich Stellung neh-men müssen, sondern wenn man fragt: Wie würden Sie denn beispielsweise ein Beteili-

gungsverfahren strukturieren, wenn Sie selber betroffen wären? Sie können also ruhig nach Dingen fragen, Sie können die Fragen, die offen geblieben sind und in diesem Papier mit den Anmerkungen durchaus kontrovers dargestellt werden, einfach zurückkopieren und danach fragen, wie denn unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft diese Fragen beantworteten.

Das setzt ein bestimmtes Format voraus. Dazu würde ich nicht eine große Auftaktveranstaltung machen; die bekommen Sie dann gar nicht mehr in den Griff, wenn Sie da wirklich Feedback haben wollen. Dafür ist es vielleicht sehr viel sinnvoller, kleinere Veranstaltungen in verschiedenen Ländern zu machen, bei denen Sie im Prinzip von Stakeholder und vielleicht noch Bürger mit einbeziehen können, die dann diese Fragen im Sinne von Workshops beantworten, Ihnen dann Rückantwort geben und damit dann auch zufrieden sind.

Wenn Sie den Eindruck hinterlassen, dass dann ein dauernder Dialogprozess stattfindet, dann sind Sie bei der Frage nach den Ressourcen und sehr schnell bei der Frustration, weil die Leute das dann wörtlich nehmen. Das ist natürlich vor allem beim Internet ein Problem. Wenn Sie da 3 000 Leute haben, die Fragen stellen, dann haben Sie aber drei Webmaster zu beschäftigen. Sie müssen eben auch die Folgen sehen.

Ich möchte Ihnen nahebringen, danach zu fragen, wen Sie womit erreichen wollen, was das Ergebnis ist und was Sie damit machen. Das müssen die Grundfragen sein. Danach können wir sagen: Das ist die beste Struktur dafür. Vielleicht haben wir dazu auch unterschiedliche Meinungen; das ist kein Problem; denn da gibt es gute Erfahrungen, mit

deren Hilfe man dies professionell beantworten kann. Aber mit der Aussage, wir machen, ohne diese Fragen zu beantworten, eine Auftaktveranstaltung, und dann bringen wir ein Zwei-, Dreiseitenpapier hinein, und hinterher machen wir einen Dialog, können wir schwer etwas anfangen, weil wir ja nicht wissen, was da eigentlich dialogisiert werden wird.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. - Jetzt Herr Gaßner und dann Herr Ott.

Hartmut Gaßner: Vielen Dank. - Vielen Dank auch noch einmal für Ihre Beiträge, weil sie uns deutlich machen, wie viele Facetten wir berücksichtigen müssen. Wenn Sie die Beiträge, die wir seit der Pause hatten, Revue passieren lassen, dann müssen wir einfach in der Zeit in einem bestimmten Zusammenhang zu einem vernünftigen Ergebnis kommen.

Um bei dem anzuknüpfen, was Herr Becker gesagt hat: Es ist wohl unstrittig, dass es sehr schön wäre, wenn wir ein Konzept hätten, das wir vorlegen, ein Konzept, von dem es dann auch nicht heißt, es hätte 47 Seiten oder wäre eierig, sondern eines, das aber wiederum auch nicht ein Flyer von zwei Seiten ist, weil es völlig unmöglich ist, eine Konzeption in zwei Seiten zusammenzufassen; aber wir werden das kurzfristig für den 2. Februar nicht schaffen.

Zweiter Schritt: Wir sehen uns in der Situation, dass wir uns als ein qualifizierter Kreis erweisen wollen, der deutlich machen kann, dass er die Beurteilung eines Beteiligungsprozesses während des Standortauswahlverfahrens mitgestalten kann. Wir sehen da im Mai/Juni schon eine weitere Anhörung vor. Wir wollen das nicht alleine machen. Aber dieser Kreis hier ist aufgerufen, den Prozess

der Standortsuche, wie er im Standortauswahlgesetz ist, auch zu überprüfen. Deshalb haben wir natürlich auch einen bestimmten Qualitätsanspruch.

Dritter Punkt: Wir sind in der Situation, dass wir mit einer Konzeption am 2. Februar nicht fertig sein werden. Wir brauchen also, um die Konzeption für den hiesigen Prozess weiterzuentwickeln, noch Raum.

Viertens: Wir werden mit ziemlicher Sicherheit nicht dazu kommen, die Konzeption alleine zu machen. Davon haben uns alleine schon Ihre Vorträge heute hinreichend überzeugt. Wir haben aber auch, wenn ich da noch eine kleine Ehrenrettung wiederum für das Papier machen kann, schon längst hineingeschrieben, dass wir natürlich dann auch jemanden brauchen, der das managt, der das zusammenführt, und ich würde es jetzt noch ein bisschen erweitern wollen: Wir brauchen jemanden, der mit uns zusammen das Konzept entwickelt.

Um dieses Konzept zu entwickeln, ist es Usus bei der öffentlichen Hand, dass ausgeschrieben werden muss. Ich würde zwar noch dafür werben, dass man hier von einer Ausschreibung absieht. Ich würde die Chancen aber momentan bei 20 Prozent sehen. Das sind bestimmte Erfahrungen, die ich jetzt hier nicht weitergeben möchte.

Das heißt, um diesen Beteiligungsmanager und denjenigen, der mit uns das Konzept entwickelt, zu finden, brauchen wir, einmal veranschlagt, drei Monate. Während dieser drei Monate haben wir wahrscheinlich zwei Sitzungen - da habe ich jetzt nicht genau geguckt -, möglicherweise noch eine dritte. Die erste ist schon besetzt als gemeinsame Sitzung mit der Arbeitsgruppe 2 -, und wir

müssen mit der Arbeit am Standortauswahlgesetz einmal beginnen. Wir können das dann wieder unterbrechen. Aber wir können uns schlecht als eine Arbeitsgruppe darstellen, die Pflingsten immer noch über ihr Beteiligungskonzept diskutiert, ohne einmal das Standortauswahlgesetz angeguckt zu haben. Also müssen wir das auch ein bisschen verzahnen. Damit kommen wir in die Situation, dass wir vor Ostern möglicherweise noch ein, zwei Sitzungen haben. Wir brauchen Raum für unsere eigene Arbeit.

Wir können es relativ so machen, wenn wir an das anknüpfen, was Herr Grunwald gesagt hat, dass wir jetzt doch einige Wochen noch verstreichen lassen; ich sage es einmal vorsichtig. Ich glaube aber, dass wir diese vielen Wochen nicht bekommen. Also heißt für mich ein weiteres Planziel: Wir brauchen jetzt - missverstehen Sie mich bitte nicht - irgendetwas Vernünftiges, was uns den Raum schafft, a) am Konzept weiter zu diskutieren, b) am Standortauswahlgesetz schon zu beginnen und c) den Zeitraum der Ausschreibung zu haben, weil wir erst anschließend dann wieder etwas besser handlungsfähig sind.

Aus diesen Überlegungen heraus, wie wir dazu kommen, Mai oder Ostern, sollten wir uns jetzt nur darauf konzentrieren: Wie schaffen wir es, dass erstens etwas gemacht wird in der Zeit, in der wir so gut wie nichts ausschreiben können? Da können wir vielleicht einen Veranstaltungsmanager finden, der eine oder zwei oder drei Auftaktveranstaltungen in Landeshauptstädten macht; das muss nicht nur eine sein, aber wir dürfen uns auch wieder nicht übernehmen. Das sollte nicht nur Aktionismus sein; aber wir sollten auch nicht so tun, als wäre das jetzt das Highlight der Konzeptionierung.

Es ist sicherlich sinnvoll, dann nicht an der Endlagerkonzeption anzufangen - das ist jetzt keine Kritik -, sondern mit Fragen, wie man Beteiligungsprozesse gestaltet. Man müsste aber selber schon natürlich eine bestimmte Vorstellung haben. Da kommt Ihre Überlegung: Wir sind ja dann auch schon ein paar Monate weiter.

Deshalb ist jetzt der Vorschlag, dass wir uns darauf verständigen, a) wir machen irgend-ein Konzept als Kurzpapier - das wird wahrscheinlich nicht nur ein Flyer sein -, mit dem wir in einer bestimmten Weise ein paar Elemente aus 1. bis 7. aufgreifen. Aber wir können die Frage 1. bis 7. jetzt nicht dadurch lösen, indem man es kurz macht. Es ist ja auch ein Irrglaube, dass es, wenn man es besonders kurz macht, dann irgendwie gelöst ist.

Also, wir machen ein Papier zum 2. Februar. Wir hängen an den 2. Februar einige wenige Punkte an, die uns dafür Raum schaffen, dass wir weiter diskutieren können, und das Weiterdiskutieren heißt: Wir brauchen dann sowohl unsere eigene Arbeit als auch jemanden, den ich momentan Beteiligungsmanager nenne. Ob das dann eine Gruppe oder so wird, das ist alles Leistungsbeschreibung, Ausschreibung, Budget; Deckungsfähigkeit ist nicht hergestellt. Wir können also momentan auch gar kein großes Beteiligungskonzept ausschreiben; wir sollten aber einen Beteiligungsmanager ausschreiben.

Das ist momentan mein Vorschlag in Verbindung damit, dass wir auf alle Fälle auch an dem Internetauftritt weiter arbeiten sollten, weil das etwas ist, wovon wir auch eine grobe Vorstellung haben und was nicht unbedingt von unserer Arbeit hier im engeren Sinne abhängt. Wir sollten auch die Weiterentwicklung des Internets mit auf dem Weg

haben. Wenn wir uns so verständigen können, dann habe ich jetzt wahrscheinlich nicht alle mit aufnehmen können, aber es ist in einer bestimmten Weise im Verlauf.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank, Herr Gaßner. - Vielleicht sollten wir die Wortmeldungen hören, die ich noch von Herrn Ott, Frau Donat und Herrn Fuder habe, aber dann doch wieder auf die Möglichkeiten, die Optionen zurückgehen, was zu tun ist, wie Herr Gaßner es vorgeschlagen hat. - Herr Ott.

Erhard Ott: Vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen, die Herr Gaßner eben noch einmal angesprochen hat, bleibt uns aus meiner Sicht gar nichts anderes übrig, als mit einem Grobkonzept, einer Zusammenfassung in die Kommissionssitzung am 2. Februar zu gehen; denn wenn es zutrifft, dass wir, was die externe Beteiligung angeht, uns bezogen auf Veranstaltungen externer Profis bedienen, wir dies dann ausschreiben müssen und das ein Zeitraum von ungefähr drei Monaten ist, dann müssen wir in die Kommission gehen, es sei denn, wir finden eine Alternative.

Bezogen auf die Themen, die jetzt nicht ausdiskutiert werden, weder in der Arbeitsgruppe noch in der Kommission, sind die Stichworte genannt: Veto, Versöhnung, welche Bedeutung, in welche Richtung gehen wir?

Ich nenne einmal das noch gar nicht diskutierte Thema Rückholbarkeit. Andere Themen, die noch offen sind, sind auch im Sinne dessen, was unsere Experten vorhin vorgestellt haben: Partizipation heißt Offenheit, Offenheit auch, was die Themen angeht.

Noch ein wichtiger Punkt besteht darin, das auch genau zu benennen: Wo haben wir entweder noch gar nicht diskutiert, in der Kommission oder in den Arbeitsgruppen, und welche Punkte wollen die Arbeitsgruppen bearbeiten, um sie dann in die Kommission hineinzugeben? Von daher wird doch dann ein Schuh daraus, mit dem man sich da auch sichtbar machen kann, neben dem Zeitplan, den ich zur Kenntnis nehme. Vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen, die uns das Gesetz vorschreibt, wann wir einen Endbericht vorlegen sollen, müssen wir uns daran orientieren, unabhängig von der Verlängerungsmöglichkeit.

Insofern müssen wir meines Erachtens sehen, dass wir spätestens nach Ostern zu einer Auftaktveranstaltung kommen, um dann auch breit öffentlich deutlich zu machen: Wir wollen Beteiligung der Bevölkerung und der Fachöffentlichkeit.

Letzter Punkt: Ich hielte es natürlich für sinnvoll, wenn wir relativ bald das, was hier an Zielgruppen beschrieben ist, dann auch konkretisieren könnten: Wer ist da gemeint? Wer wurde schon angesprochen? Dazu haben Sie, Herr Gaßner, ja auch in der letzten Sitzung schon etwas gesagt.

Bei den Regionen ist die Frage an die kommunalen Spitzenverbände - auch, weil das Gesetz das vorsieht - noch einmal: Verständigen sie sich, wen sie vielleicht hier auch benennen wollen, was die Mitarbeit angeht? Das sind ja die weiteren Schritte, die wir dann auf den Weg bringen müssen.

Vorsitzender Ralf Meister: Frau Donat.

Ulrike Donat: In der Mediation und auch in der Konfliktmoderation sagen wir: Störungen haben Vorrang. Ich glaube, es gibt hier noch

zwei Störungskomplexe, die man nicht vom Tisch wischen darf.

Die eine Störung kennen Sie aus der Entstehungsgeschichte dieser Endlagerkommission. Wenn Sie einen großen Teil der wirklich fachkundigen kritischen Öffentlichkeit, diejenigen, die hier aus bestimmten Gründen nicht mitgespielt haben, mitnehmen wollen, müssen sie dieser Öffentlichkeit Beachtung schenken. Das andere, was ich festgestellt habe: Hier in dieser Runde gibt es auch Konflikte, die man nicht operationalisieren kann, sondern die man austragen sollte.

Ich verstehe den Zeitdruck, und ich verstehe auch, dass Sie Ergebnisse liefern wollen. Was ich verstanden habe jetzt von den Experten, die hier gesprochen haben, ist, dass es eigentlich verschiedene Grundkonsense zum Verfahren gibt, die man vielleicht auch festhalten kann, dass es Ergebnisoffenheit braucht, dass es eine vernünftige Ansprache gibt usw. Das können Sie aus den Vorträgen isolieren; das traue ich Ihnen zu. Diese Grundkonsense, die ein Verfahren erfüllen muss, könnten ein solches Eckdatenpapier sein.

Nichtsdestotrotz möchte ich Sie davor warnen, sich mit diesen Grundkonflikten nicht zu beschäftigen. Was bedeutet es denn, dass es eine Geschichte gibt, die hoch eskalativ in der Gesellschaft steht? Wollen Sie sich damit befassen, oder wollen Sie sich damit nicht befassen? Wenn es ein Streitpunkt ist, dann benennen Sie es doch als Streitpunkt. Aber benennen Sie es! Haben Sie irgendeine Idee, wie Sie damit umgehen wollen? Meine Warnung geht wirklich dahin: Umgehen Sie die Grundkonflikte nicht, sondern machen Sie sie sichtbar. Das werden die Bürger Ihnen danken, weil sie dann dazu auch Stellung nehmen können.

Ich habe auch verstanden, dass es gute Moderation braucht und dass es da sehr verschiedene Kompetenzen gibt: Die einen können wunderbar den Internetauftritt gestalten, die anderen können tolle Konzepte gestalten, und die dritten haben Erfahrung mit diesem oder jenem Teil der Öffentlichkeit. Ich bin nach wie vor dafür: Stellen Sie ein schulensübergreifendes oder institutsübergreifendes Team zusammen; vielleicht brauchen Sie dann keine Ausschreibung. Das weiß ich nicht, das müsste man herausfinden. Aber bei diesem hoch konfliktbehafteten Thema glaube ich nicht, dass die Bundesregierung gut damit beraten ist, eine Firma auszuwählen; vielmehr geht es da meines Erachtens wirklich um Erfahrung und Kompetenz und um eine Mischung.

Was Sie für diese Sitzungen liefern müssten, sind die sogenannten Leitplanken. Ich weiß gar nicht, ob Sie da so weit auseinander sind. Wenn wir das jetzt extern draußen machten, dann teilten wir jetzt einmal Moderationskärtchen aus und fragten, was Ihnen wichtig ist. Anschließend würden wir sie clustern, und auf diese Weise hätten wir das relativ rasch isoliert. In diesem Pingponggespräch ist das immer sehr schwierig. Aber vielleicht gelingt es Ihnen als Vorsitzende, so etwas zu clustern und es im Umlauf auch zu verifizieren. Das wäre mein konstruktiver Vorschlag.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Fuder.

Michael Fuder: Ich bin sehr froh, dass wir jetzt an dieser Stelle sind, an der wir sind, weil ich nämlich glaube, dass erstens Konflikte auf dem Tisch liegen, die bisher hier nicht auf dem Tisch lagen, soweit ich das mitbekommen habe, und damit auch behandelbar werden. Zweitens ist heute in dieser

AG sehr eindeutig deutlich geworden, welcher Professionalität es bedarf, um einen Beteiligungsprozess, um Bürgerbeteiligung überhaupt hinkriegen zu können.

Ich will noch einen Grundsatz ergänzen: Dann, wenn es besonders eilig zu sein scheint, muss man Tempo herausnehmen; denn sonst droht man Fehler zu machen. Ich glaube, genau an dieser Stelle sind wir.

Meines Erachtens kann es am 2. Februar, wenn es darum geht, Zwischenergebnisse in die Kommission hineinzugeben, ein sehr, sehr gutes Zwischenergebnis sein, genau darzustellen, wo wir hier jetzt stehen und welche Konsequenzen wir daraus ziehen, aber kein Konzept, nicht einmal den Versuch eines Konzeptes dort hineinzugeben. Herr Gaßner hat das ja schon richtig gesagt: Wir haben kein Konzept. Dazu sollten wir stehen. Aber wir haben jetzt ganz wesentliche Grunderkenntnisse gesammelt, auf die wir für den weiteren Prozess aufbauen können.

Thema Leitplanken: Herr Miersch hatte vorhin - ich glaube, heute Vormittag; wir sitzen ja schon lange hier - das Thema Zielfindung genannt. Herr Renn, Sie haben die zwei zentralen Fragestellungen angesprochen, die beantwortet werden müssten, damit überhaupt ein brauchbarer Prozess designt werden könne.

Ja, wir sollten hier in einem beispielhaft moderierten Prozess, in einer beispielhaft moderierten Sitzung darüber diskutieren. Wenige hier haben Erfahrungen mit so etwas; aber diejenigen, die Erfahrungen haben, wie solche moderierten Prozesse ablaufen, wissen, dass so etwas unheimlich viel bringt und auch hier bringen wird. Wir sollten in einem beispielhaft moderierten, hier internen Prozess die Ziele der Bürgerbeteiligung

und die beiden von Herrn Renn benannten Fragen debattieren und klären. Im Grunde genommen ist es mein Antrag, das zu tun. Das ist die Voraussetzung dafür, dass alles andere weiter gelingen kann.

Vorsitender Ralf Meister: Wir haben Frau Rössig noch.

Wiebke Rössig: Ganz kurz: Es wäre vielleicht eine Idee, wie auch immer Sie als Vorsitzende das dann realisieren - sei es über eine Ausschreibung, oder sei es, dass Sie einen anderen Weg finden -, ein Konzept im Rahmen der Studienvergabe oder wie auch immer extern erarbeiten zu lassen, aber auf jeden Fall in die Sitzung am 2. Februar vielleicht mit der konkreten Vorgabe dafür hinzugehen: Wie stellen wir uns den Auftakt der Bürgerbeteiligung vor? Wie stellen wir uns die Auftaktveranstaltung vor?

Ich empfand es als sehr gut zusammengefasst, was Herr Renn noch einmal gesagt hat. Wir müssen im Grunde genommen jetzt nur definieren, für wen wir es machen wollen und welchen genauen Input es später für unsere Arbeit und für den Bericht bringen soll.

Wenn wir das jetzt hier definieren und dann am 2. Februar vorstellen können, dann wäre meines Erachtens auch schon eine Menge vorangegangen, und mehr braucht es dann vielleicht auch nicht. Dann können wir das Konzept vielleicht danach weiterbearbeiten und uns darüber streiten, was ich auch als sehr fruchtbar empfinde.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank für die Runde bis jetzt. Die Frage ist tatsächlich, was wir unter dem Gesichtspunkt erreicht haben, dass wir heute Morgen mit der Frage eingestiegen sind, was wir in der Kom-

missionssitzung Anfang Februar an Konkretion liefern. Angesichts dessen, was wir mit den Inputs und dem Teil der Debatte momentan sagen, liefern wir nicht das, was wir uns vorgenommen haben. So würde ich es einmal nüchtern beschreiben.

Ich habe viel Sympathie dafür, dass ein Teil der kontroversen Auseinandersetzung, die wir hier geführt haben, auch der Unklarheiten oder der Versuche, Unklarheiten zu überwinden, ebenfalls Gegenstand in der Kommissionssitzung sein kann. Es ist klar, dass es aber nicht reicht, den hiesigen Dissens sozusagen auf die Kommission zu bringen; vielmehr sollten wir festhalten, wie Herr Gaßner es formuliert hat und andere das ja auch zustimmend gesagt haben, dass es schon ein paar Dinge gibt, die wir zumindest als Auftrag auch aus dieser Sitzung so formulieren können, dass wir sie in der Kommission vorstellen, die aber noch nicht abschließend, sondern die ein Teil des vorläufigen Ergebnisses sind.

Das heißt tatsächlich erst einmal: Es gibt kein Konzept, das man der Kommission jetzt vorstellen kann, das die Grundlegung der Partizipation in den Zielstellungen und den anschließenden Verwendung der Ergebnisse dieser Partizipation für die Kommission ausreichend skizziert. Dafür brauchen wir ein Zeitraster, das größer ist, als wir es vermutlich bisher gedacht haben, und was uns vor Ostern an dieser Stelle auch nicht weiterbringen wird.

Was aber klar ist - so habe ich jedenfalls die Debatte gehört - und unstrittig ist: Wir brauchen dafür eine externe Unterstützung, oder wir delegieren sogar ganz grundsätzliche Teile des Konzeptentwurfes in diese externe Unterstützung.

Es ist unstrittig, dass wir das heute beschließen oder für uns so formulieren, dass wir der Kommission empfehlen, diese externe Unterstützung möglich zu machen. Das muss ein Kommissionsbeschluss sein, der eine Ausschreibung ermöglicht oder ein anderes Verfahren, Frau Donat, damit an dieser Stelle die externe Unterstützung kommt.

Das wäre der erste Schritt. Dafür verwenden wir allerdings dann in der Kommissionssitzung gerade einmal zehn Minuten. Na ja, wer weiß; in den Kommissionssitzungen weiß man das ja genauso wenig. Es ist jedenfalls sehr überschaubar, was wir an diesem Punkt einbringen.

Zugleich ist auch Folgendes deutlich, und da stimme ich Ihnen auch zu, Herr Fuder: Wenn man in einer Situation von Beschleunigung und Zeitdruck ist, hilft es nicht, Entscheidung auf Entscheidung zu fällen, sondern dann hilft es, Zeiträume zu schaffen. Nun gibt es qua Gesetz eine Befristung des Auftrags und darin auch ganz pragmatisch eine Verpflichtung, in einem überschaubaren Zeitraum ein Ergebnis zu liefern.

Diesen Zeitdruck - das würde ich in diesem Kreis wirklich so formulieren - macht sonst keiner hier aus persönlichem Eifer, sondern er resultiert - so habe ich jedenfalls unsere Arbeit verstanden - aus der Situation: Wie viele Chancen haben wir, dass eine solche Situation wieder entsteht, dass eine Kommission einen Vorschlag unter enormer Beteiligung der Bevölkerung machen kann? Gibt es diese politische Stunde noch einmal wieder, oder gibt es sie nicht erneut, und sollten wir sie deswegen konsequent nutzen? Daraus entsteht eine Beschleunigung.

Ich würde aber auch sagen: Dies erfordert jetzt nicht, ad hoc ein Konzept oder einen

Kurzkonzeptentwurf bis zur Sitzung im Februar so vorlegen zu müssen, dass er Substanz hat. Aber wir müssen durchaus überlegen: Welche Form einer Auftaktveranstaltung ist möglich - ich sage es einmal vorsichtig, nicht bis Ostern, aber bis zum Frühsommer -, in der dieses Thema angesprochen wird? Welche Form der Beteiligung - ich verweise auf das, was wir von Herrn Renn und Frau Nanz gehört haben - wollen wir in welchen Rahmenbedingungen oder innerhalb welcher Leitplanken? Dies sollte noch nicht so eng das finale Konzept gestalten - da würde ich auch einmal eine Rückfrage stellen -, sondern sich folgenden Fragen zuwenden: Welche Form der Beteiligung wünschen wir uns, und wie stellen wir uns vor, dass wir mit den Ergebnissen dieser Beteiligung in Zukunft umgehen wollen?

Das muss entstehen, und dafür kann man meines Erachtens, auch ohne dass wir dieses externe Konzept oder das Konzept mit externer Hilfe schon haben, durchaus Ideen sammeln, die wir dann der Kommission vorstellen oder die wir mit der Kommission präzisieren, wann und unter welchen Bedingungen man in diesen Punkt startet.

Ich will ergänzen: Parallel dazu passiert ja im Augenblick, dass es in den unterschiedlichen Gruppen, von den Fachwissenschaftlern bis zu den Stakeholdern, bis zu den Gremien, die wir zum Teil vertreten, eine wachsende Dynamik gibt, dort schon über die Kommissionsarbeit sowie über partizipative Elemente nachzudenken.

An diesem Punkt nenne ich nur einmal das Beispiel des Schülerforums in der Evangelischen Akademie in Loccum. Wenn die ganze Zeit davon gesprochen wird, wir müssten die Jugend irgendwie hineinnehmen, kann dem entgegengehalten werden: Diese Dinge

passieren; sie passieren ja schon lange, und sie passieren mit substanziellen Erträgen, die wir auch sofort verwenden können.

All diese Momente sind ja schon längst erfunden, sodass wir sie noch deutlicher auch hier andocken. Nur ist die Kenntlichmachung, die wir jetzt bei einer Eröffnung brauchen, eben die Kenntlichmachung dieser Kommission mit dieser Arbeitsgruppe.

Mir wäre es jetzt lieb, wenn wir tatsächlich konkret noch einmal überlegten: Ist es unter diesen Bedingungen, die Herr Gaßner genannt hat und die ich jetzt noch einmal vage skizziert habe, sinnvoll, am Februar-Termin festzuhalten, Teile des Dissenses hineinzutragen, und dennoch schon eine Eröffnung mit zu bedenken, einen Auftrag herauszugeben, externe Hilfe hereinzuholen und das in die Kommissionssitzung hineinzubringen?

Dazu vielleicht jetzt Rückmeldungen und Stimmen! - Direkt Herr Miersch, Herr Grunwald und Herr Jäger.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Hundertprozentige Zustimmung. Wir haben wirklich sehr, sehr viel zusammengetragen. Wie gesagt, es liegen ja Dinge auf dem Tisch, an denen wir jetzt wirklich weiterarbeiten können. Insofern plädiere ich noch einmal dafür, diese zwei, drei Seiten zu machen und parallel dazu aber auch in dem Moment, da die Ausschreibung läuft, weiter zu überlegen, welche Leitplanken es sein sollen. Die Zielgruppen sind eigentlich klar; sie hat Herr Bantien aufgeführt, sie hat Herr Jäger in seiner Tabelle, oder wer auch immer sie gefertigt hat. Die Phasen sind eigentlich logisch. Insofern liegen die Sachen auf dem Tisch.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Vollständige Zustimmung zu Herrn Miersch.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ja, ich würde dem auch sehr gerne zustimmen und vielleicht noch an der einen oder anderen Stelle versuchen, es ein Stück weit zu konkretisieren.

Erstens wünsche ich mir, dass wir dann in der Kommission das Okay kriegen, als Arbeitshypothese bis auf Weiteres uns an diesem zeitlichen Rahmen zu orientieren, an den Phasen, die wir in diesem Zusammenhang diskutiert haben, jetzt beispielhaft, rückwärts gerechnet, 30. Juni. Das ist ja nicht trivial, sondern man sollte aktiv sozusagen die Zustimmung dazu haben, nicht in dem Sinne, dass sie damit zementiert ist, aber dass sie bis auf Weiteres unsere Arbeitshypothese ist. Das hätte ja auch große Rückwirkungen oder Wirkungen auf die anderen Arbeitsgruppen.

Das Zweite: Es ist sehr wesentlich, dass wir den Prozess starten, damit wir bald externe Unterstützung haben. Hilfreich wäre sicherlich, dass wir die Aufgabenstellung präzisieren, damit die Diskussion in der Kommission dann auch schlank läuft, dass wir sagen, was wir von demjenigen erwarten, den wir jetzt suchen. Ich nenne das Stichwort Ausschreibung; möglicherweise kann es dann auch über andere Instrumente gehen. Aber es wäre hilfreich, wenn wir hier präzise sagten, was denn derjenige machen soll, den wir dort suchen.

Der dritte Punkt ist diese Auftaktveranstaltung. Ich hatte schon den Eindruck, dass wir Konsens haben, dass wir eine Auftaktveranstaltung machen wollen, sie möglichst bald machen wollen. Hier ist eben auch sehr klar angeklungen: Das braucht einen notwendigen Vorlauf. Damit setzen wir uns natürlich in gewisser Hinsicht unter Druck.

Dennoch würde ich empfehlen, dass wir uns heute zu einem Zeithorizont verständigen, den wir dann auch vorschlagen. Ostern ist eben schon angesprochen worden. Es geht um einen bestimmten Zeitpunkt, von dem wir sagen: Wir als Arbeitsgruppe 1 würden das gerne als Zielpunkt nehmen, dort eine Veranstaltung zu machen. Wir sollten dann auch sagen, was wir denn im Vorlauf dieser Veranstaltung noch alles benötigen.

Frau Rössig, es wäre schön, wenn es gelänge, dass wir sozusagen die Konzeption, die Inhalte dieser Auftaktveranstaltung schon bis zu der Kommissionssitzung vorschlagen könnten. Ich bin skeptisch, ob wir das schaffen. Es wäre wunderbar, wenn wir es hinbekämen. Aber ein paar Eckpunkte können wir sicherlich hineinbringen.

Wesentlich erscheint mir: Es werden ja dann auch die anderen Arbeitsgruppen gefordert. Wir müssen sie dann antriggern, dass sie, wenn wir es so verabschieden, um Ostern herum eine solche Veranstaltung zu machen, die wir grob skizzieren, am besten sehr konkret skizzieren, einen bestimmten Input liefern.

Zum Beispiel könnten wir der Arbeitsgruppe 3 die Frage stellen: Was würden Sie denn aus Ihrer Aufgabenstellung in einer Auftaktveranstaltung platzieren wollen? Zum Beispiel wären die Pfade, die dort bearbeitet werden, besonders geeignet, um das Thema in einer durch breite Öffentlichkeit getragenen Veranstaltung zu veranschaulichen. Dann müsste die Arbeitsgruppe 3 sozusagen das entsprechend vorbereiten; Gleiches gilt für die Arbeitsgruppe 2. Wir müssten am Ende die Regie führen, aber die Kolleginnen und Kollegen in den Arbeitsgruppen damit sozusagen schon vertraut ma-

chen, dass sie auf den vorläufigen in Aussicht genommenen Termin hinwirken. Das wären die aus meiner Sicht möglicherweise zu konkretisierenden Punkte; sie würden uns weiterhelfen.

Wenn wir all das an Bord kriegen, dann können oder müssen wir parallel an die weitere interne Ausgestaltung und an das Ausdiskutieren der noch wichtigen offenen Punkte gehen. - Danke.

Vorsitzender Ralf Meister: Frau Rössig.

Wibke Rössig: Ich halte den Vorschlag für gut, den Sie, Herr Meister, gemacht haben. Allerdings ist es wichtig, noch einmal zu betonen, dass wir unbedingt festlegen sollten, wer an diesen Eröffnungsveranstaltungen teilnehmen soll und welchen Einfluss der dort herauskommende Output haben soll. Meines Erachtens ist es gar nicht so wichtig, wie jetzt Herr Jäger sagte - das ist wahrscheinlich auch nicht zu schaffen -, den Inhalt schon genau und komplett festzulegen, vor allem nicht bis zum 2. Februar. Aber in dieser Sitzung kann man vielleicht auch sammeln, was man noch an Inhaltspunkten wünscht.

Ich halte es für wichtig, dass wir mit der konkreten Vorstellung dorthin gehen, an wen es gerichtet sein soll und was mit dem Output geschehen soll. Sie haben es richtig gesagt: Es passiert ja schon viel, auch gerade in Sachen Jugendbeteiligung in Loccum. Aber es gibt ja eben keinen festgeschriebenen Input hier in diesem Prozess, sicherlich über Sie oder über andere Personen, die das hören, aber eben keinen institutionalisiert festgeschriebenen. Genau das sollten wir hier anders machen, im Gegensatz zu all den anderen Dingen, die parallel laufen. Das empfinde ich als wichtig.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Fuder.

Michael Fuder: Erstens. Aus der Tatsache, dass kein Widerspruch kam, unterstelle ich jetzt einmal, dass es Konsens für den Vorschlag gibt, den ich gemacht habe, der nicht ursprünglich von mir stammte, aber der im Raum stand, hier in einer beispielhaften Moderation das Thema Ziele und die beiden Fragestellungen von Herrn Renn sozusagen zu bearbeiten.

Zweitens. Auch wenn es hier wirklich so etwas wie einen Konsens gibt, dass so etwas wie eine Auftaktveranstaltung oder mehrere solcher Veranstaltungen sein müssen - ich kann das unter dem Thema Pragmatismus irgendwie ein Stückchen nachvollziehen, auch wenn damit das Pferd ein bisschen vom Schwanz her aufgezümt ist -, kann eines in solchen Auftaktveranstaltungen ganz bestimmt nicht passieren, nämlich, dass wir da über Fachfragen aus den beiden anderen Arbeitsgruppen diskutieren. So habe ich Sie gerade verstanden, Herr Jäger; vielleicht war es ein Missverständnis.

(Prof. Dr. Gerd Jäger: Das ist ein Missverständnis!)

- Okay, gut, bestens. - Vielmehr kann es in diesen Auftaktveranstaltungen allenfalls um die Frage eines sinnvollen Beteiligungsprozesses und sonst gar nichts gehen.

Wenn das denn auch wiederum Konsens ist - ich sehe hier viel Nicken -, dann ist mein konkreter Vorschlag, dass wir uns an dem orientieren, was wir vorhin bei Frau Nanz am Bildschirm sozusagen als Achtpunktepapier gesehen haben. Sie hat nämlich klipp und klar gesagt, meines Erachtens sehr überzeugend: Das sind die elementaren

Voraussetzungen, damit ein solcher Prozess überhaupt funktionieren kann.

Dies zugrunde gelegt, kann ich mir sehr wohl vorstellen, dass wir dann in dieser Auftaktveranstaltung oder in mehreren genau gucken, welche konkreten Auswirkungen denn dieser Achtpunktecatalog auf den Beteiligungsprozess haben müsste, damit er gelingen kann, ebenso, dazu mit den gesellschaftlichen Akteuren und Stakeholdern, die daran teilnehmen, in den Dialog zu gehen.

Ich kann mir vorstellen, dass wir, damit das überhaupt funktionieren kann, die Kooperation mit solchen Institutionen wie der Akademie Loccum oder dem Niedersächsisches Umweltministerium suchen - für andere Bundesländer mag es andere geben, aber da kenne ich es nun zufällig -, damit sie sozusagen als Mitveranstalter, als Kooperierende, als Gewährleistende oder irgend so etwas dabei sind, damit die richtigen Stakeholder auch die Bereitschaft haben, überhaupt mitzuwirken.

Hartmut Gaßner: Herr Fuder, Herr Fuder, Herr Fuder! Das Problem ist wieder der Rahmen, den wir haben. Wir hätten heute schon einen weiteren Stand, wenn wir nur in der Lage gewesen wären, Punkt 9 zu diskutieren.

Erster Punkt: Wir machen jetzt eine Metadiskussion, weil wir nicht die drei, vier Stunden hatten, den Punkt 9 zu diskutieren. Warum konnten wir den Punkt 9 nicht diskutieren? Weil wir eben jetzt ein bestimmtes Vorgehen haben; wir brauchten jetzt genau einen Tag. Hinsichtlich dessen, ob dieser nächste Tag jetzt wiederum eine moderierte Veranstaltung ist, bitte ich Schweigen nicht als Zustimmung zu nehmen; das gibt es nur bei Kaufleuten. Das müssen wir erst noch

einmal testen, weil wir wahrscheinlich wiederum bis zu dem angesprochenen Frühsommer - es tut mir leid, dass ich hier immer den Pragmatiker mache - wahrscheinlich nur drei Sitzungen haben. Ob wir das jetzt hinbekommen, müssen wir erst noch einmal auszählen.

(Michael Fuder: Ohne das kommen wir nicht weiter!)

Zweiter Punkt: Die Überlegung mit der Auftaktveranstaltung ist eine Notlösung. Sie ist die Notlösung dafür, dass wir in einer Situation, in der die Arbeitsgruppe kein Konzept hat, wir die Kommission noch nicht konzeptmäßig mitnehmen können und wir die professionelle Unterstützung zur Weiterentwicklung des Konzeptes noch nicht haben, irgendetwas tun. Das Irgendetwas, das wir machen, muss sinnvoll sein.

Wenn ich aber Herrn Meister aufgreife und mir vorstelle, wir machen im Frühsommer eine Veranstaltung, dann frage ich: Wann beginnt der Frühsommer? Er ist vor den Sommerferien.

Wir hatten am 22. Mai die Auftaktveranstaltung dieser Kommission. Wenn wir am 22. Mai 2015 mit einer Zweieinhalbstundenveranstaltung in die Öffentlichkeit gehen, wobei von den zweieinhalb Stunden wahrscheinlich eine halbe Stunde irgendein Politiker irgendetwas redet und anschließend einer unserer Vorsitzenden die Kommission vorstellt, sodass eineinhalb Stunden übrig bleiben, in denen wir nach einem Jahr darüber diskutieren, wie der Beteiligungsprozess an der Arbeit der Kommission aussehen könnte, dann machen wir uns lächerlich. Wir müssen irgendetwas Sinnvolles machen.

Erstens. Die Auftaktveranstaltung muss früher sein. Wir müssen sie mit Bordmitteln so machen, dass sie irgendwie vor Ostern ist; Ostermontag ist mein Geburtstag, 6. April. Da haben Sie eine Vorstellung, März oder April. Es muss ganz schnell passieren. Wir können uns nicht erlauben, am 22. Mai 2015 darüber zu diskutieren, wie ein Beteiligungsprozess an der Kommissionsarbeit aussehen könnte, um das über die Sommerferien auszuwerten, um dann im September/Okttober zu dem Ergebnis zu kommen: Es wäre sinnvoll, a) die Jugend einzubeziehen, b) Bürgerwerkstätten mit Zufallsbürgern zu machen, also all das, was in Ziffer 9 steht.

Wir müssten uns einigen. Zum Ersten müssen wir dazu kommen, dass wir einen Ausblick haben, der es uns ermöglicht, weiter die Konzeption zu entwickeln, unter anderem an Punkt 9, unter anderem zu den Streitfragen. Wir müssen zum Zweiten sehen, dass wir diese Ausschreibungsphase überwinden, und zum Dritten müssen wir, aber natürlich vor dem Sommer, auch eine Konzeption haben; sie können wir auf der Veranstaltung auch vorstellen.

Aber bitte gehen Sie auf den Zielwiderspruch ein, dass wir auf der einen Seite händierend darum kämpfen werden, dass wir eine Konzeption haben, wir aber anschließend in die Auftaktveranstaltung gehen und dort sagen, diese Konzeption wollen wir jetzt mit euch ergebnisoffen diskutieren. Da kommen wir wieder in das Dilemma, das Herr Renn beschreibt: Das wird nicht möglich sein. Irgendwo müssen wir einmal springen.

Wir können jetzt nicht die Frage wiederum der Konzeption in die Öffentlichkeit so hineinragen, als dass wir so tun würden, als wären wir im Frühsommer in der Lage, das zur Diskussion zu stellen. Deshalb muss die

Auftaktveranstaltung irgendwie ein etwas anderes Profil haben. Es ist ein kalkulierter Aktionismus.

Ich habe noch eine Frage: Wollen wir am 2. Februar in die Kommission nicht auch mit einigen unserer Fragen hineingehen? Trauen wir uns zu, es als Arbeitsgruppe auszuhalten, dass wir dort ein paar Fragestellungen zur Diskussion stellen, die ich jetzt noch nicht auswählen will, also einige Fragestellungen inhaltlicher Art, damit wir auch die Kommission mitnehmen? Ich sage dies, weil ich doch schon weiß, was in der Kommission passiert. Sie werden fragen: Sind die bescheuert? Kriegen die jetzt irgendwie nach einem halben Jahr nicht einmal ein Konzept hin? Das ist doch ganz einfach: Ich beteilige die Jugend, ich beteilige die kommunalen Spitzenverbände usw.

Wir müssen unseren eigenen Prozess da vielleicht auch einmal hineinbringen, damit wir sie mitnehmen. Das ist aber mehr eine Frage.

Vorsitzender Ralf Meister: Sie stimmen zu, dass wir Sie drei jetzt zwischen die Liste nehmen. Anschließend sind Herr Thomauske, Herr Becker und Herr Kudla an der Reihe. Wer mag beginnen?

Prof. Dr. Ortwin Renn: Gut, machen wir es diesmal umgekehrt. - Ich möchte in dieser Diskussion doch noch einen pragmatischen Vorschlag machen, vielleicht mit zwei Voraussetzungen.

Wenn Sie eine Auftaktveranstaltung planen und dabei sagen, wir planen sie, aber den Inhalt bearbeiten wir zwischendurch bis zur Veranstaltung, und ziehen ihn dort sozusagen als Joker aus der Tasche, dann werden Sie gegen die Wand fahren. Das ist ja auch ganz klar. Sie müssen die Veranstaltung mit

der Botschaft strukturieren, nicht umgekehrt. Da kommen wir wieder zum Pferd. - Herr Fuder, Sie haben es richtig gesehen.

Wenn Sie aber im Moment noch keine Botschaft haben, dann machen Sie aus diesem Problem eine Tugend.

(Ulrike Donat: Genau!)

Wenn Sie auf Ihr Plakat schreiben „Wir wollen lernen“ - ich sage es jetzt einmal ganz platt - und Sie eine Veranstaltung in mehreren Bundesländern machen, zu der Sie Stakeholder einladen und sagen, wir sind daran interessiert und wollen Ihnen gar nichts vorgeben, was für Sie, wenn Sie die Bürgerbeteiligung machen sollten, die Eckpunkte wären, die für Sie besonders wichtig und kritisch sind, und wenn Sie weiter kommunizieren, wir werden diese Punkte bei uns in irgendeiner Form weiterverarbeiten, weil das für uns ein Input ist, denn wir sind selber noch unklar darüber, wie das beste Bürgerbeteiligungsverfahren ist, weshalb wir das aus der Gesellschaft ein Stück weit lernen wollen, dann wird es nicht trivial. - Herr Gaßner, das wird nicht trivial. Das kann man sehr gut machen.

Es wird auch nicht so sein, dass wir das erste Grußwort haben, dann das zweite Grußwort und anschließend den Empfang. Ich meine, das ist nicht der Sinn der Sache; das ist auch ganz klar. Man kann das sehr gut strukturieren. Klar, man wird erst noch einmal vorstellen, worum es in der Kommission geht, was dort eigentlich die Eckpunkte sind, aber dann könnte man Arbeitsgruppen machen, in denen man fragen kann: Was sind so die großen Fragen der Bürgerbeteiligung, und was ist Ihr Feedback dazu, was Sie gerne wissen wollen, was die Kommission aus Ihren Vorstellungen, aus Ihren Überlegungen,

aus Ihren Präferenzen ableiten würde? Dann hätten Sie auch etwas, was Sie hier bearbeiten können.

Ich sehe auch den Punkt, dass Sie eine Auftaktveranstaltung wollen, um sozusagen einmal einen Auftakt zu haben. Ihn dürfen Sie auch nicht zu kompliziert machen. Sie müssen auch sehen: Wenn Sie eine Auftaktveranstaltung haben, bei der Sie auch eine gewisse Visibilität haben wollen, zu der vielleicht auch die Presse und möglicherweise das Fernsehen kommt - Sie wollen das ja nicht sozusagen sich im Nichts verlieren lassen -, dann brauchen Sie drei Monate Planungszeit.

Auch wenn Sie den besten Planungsveranstalter nehmen - er sitzt ja gerade neben mir -, wird es drei Monate dauern, es vernünftig vorzubereiten, Leute einzuladen, sicherzustellen, dass sie auch kommen und dass sie wissen, was sie tun müssen; zudem muss man die gesamte Logistik machen. Diese drei Monate müssen Sie auch mit einplanen. Das heißt, wenn Sie Ostern die Auftaktveranstaltung machen wollen - egal, ob Sie eine oder mehrere machen wollen; das kann man parallel machen -, müssten Sie das quasi morgen schon herausgeben.

Ich warne also vor ganz großen Schnellschüssen. Schaffen Sie das Mandat lieber etwas weiter, indem Sie eine Fragestellung in den Vordergrund schieben. Das mögen die Leute durchaus, dass wir auch offen sind. Man kann diese Impulse dann offen aufnehmen.

Sie müssen sicherstellen, dass diese Impulse irgendwo verschriftlicht werden, damit das dann auch klar ist. Man kann sie ins Internet setzen, sodass man sieht: Aha, hier gibt es wirklich gute Vorschläge. Dann kann man in

dem strukturierten, moderierten Prozess, den Sie, Herr Fuder, vorgeschlagen haben - ich glaube, viele andere auch -, auch sehen: Was ist denn da gekommen? Ist das dann vielleicht ein Element, das wir dann als Gruppe - also Sie dann als Gruppe - im Prinzip als den Vorschlag für die Beteiligung festschreiben können?

Damit haben Sie im Voraus schon ganz viel Input eingeholt. Das würde ich durchaus nicht als trivial und auch nicht als reine Inszenierung betrachten, sondern durchaus als einen wichtigen und guten Input.

Prof. Dr. Patrizia Nanz: Vieles hat Herr Renn schon angesprochen. Ich will einfach noch einmal zurückfragen: Was ist das Ziel der Auftaktveranstaltung? Was wollen Sie erreichen? Wollen Sie einfach nur Öffentlichkeit - das können Sie vielleicht besser mit einem Internetauftritt und anderem -, oder wollen Sie es als Kick-off für den Beteiligungsprozess nehmen? Das ist etwas anderes.

Wenn es der Kick-off ist, dann ist es Teil des Konzeptes des Beteiligungsverfahrens, das, wenn es sozusagen aus einem Guss gestrickt ist, gewöhnlich auch von einem Prozessbegleiter konzipiert ist. Oder Sie machen es ganz offen, wie es Herr Renn vorgeschlagen hat. Aber das ist eine ganz andere Sichtweise auf die Dinge. Auch da müssen Sie sich noch einmal klar werden, was das Ziel ist.

Ein ganz pragmatischer Punkt: Ich halte es für sehr wichtig, dass Sie sich vielleicht wirklich erst einmal auf die drei Fragen konzentrieren und sich dann sozusagen auf ein Papier zu den drei Fragen einigen, die vorhin auch schon mehrfach im Raum standen, und dann eine Konzepterstellung herausgeben.

Was klar sein muss, sind auch die Ressourcen. Was Sie wollen und was dann umgesetzt wird, hängt natürlich auch davon ab, was man machen kann, und das ist immer auch eine Ressourcenfrage. Ich würde nur darum bitten, dies sehr früh zu klären, weil Ihre Zielsetzung am Ende und die Entscheidung, wen Sie alles teilnehmen lassen wollen, auch eine Frage der Ressourcen ist.

Henning Banthien: Ich beobachte hier in der Runde eine eigenwillige Dynamik, aufkeimende Konsense schnell wieder zu zertreten. Deshalb noch einmal sozusagen als Blick von außen folgende Beobachtung: Ich glaube, Sie sind tatsächlich sehr nahe an einer hinreichend einheitlichen Darstellung der benannten Eckpunkte, Thesen, Leitplanken, Ziele, der Ergebnisqualität, all dessen, worauf es Ihnen ankommt.

Wenn Sie sich hier den Ruck geben, ist es, wie es angesprochen wurde, wirklich kein Hexenwerk mehr für Sie, sich hier in einer konzertierten Aktion zusammenzufinden, in einem kleinen Kreis, vielleicht den Rest dann in einem Umlaufverfahren einzubinden, sodass Sie hier eine hinreichende Klarheit für sich haben, um zu formulieren, was die Ziele sind, welche Ergebnisqualität Sie haben wollen, welches die wichtigen Leitplanken sind, inklusive dessen, was die offenen Fragen sind. Ich meine, damit hätten Sie für die nächste Kommissionssitzung eine tolle Grundlage.

Wie habe ich jetzt Auftakt und folgendes Verfahren verstanden? Ich könnte mir das schon vorstellen, weil mir einleuchtet - das will ich auch noch einmal bekräftigen -, dass Sie als Kommission wirklich in einer sehr schwierigen Situation sind: Sie müssen raus, man muss Sie erkennen, Sie müssen mal Hallo sagen. Deshalb kann ich mir durchaus

vorstellen, dass Sie mit einer Auftaktveranstaltung herausgehen, die schlicht Sie sich präsentieren lässt, und dass Sie dort inhaltlich nicht mehr tun als anzukündigen, das ist unser Arbeitsprogramm mit Ihnen da draußen.

Im Anschluss daran ist es so, wie Herr Renn gesagt hat: Dann kann man sich überlegen, welche Leute man entsprechend den Zielgruppen und in der Fläche verteilt zu diesen Verfahrensfragen einbindet. Das gibt Ihnen viel Material, und Sie können das dann parallel für sich finalisieren. Damit wären Sie bis Sommer so weit, dass Sie zumindest mal einen Haken an das Thema Verfahren hier in dieser Kommission machen können. Ich halte das für absolut machbar. - Das wollte ich Ihnen einfach noch einmal zurückspiegeln.

Bei den Vergabedingungen kann man immer alles so oder anders spielen. Da würde ich jetzt nicht zu viele Vorzeichen und Restriktionen hineindenken, die man vielleicht erst einmal noch genau durchprüfen muss.

Vorsitzender Ralf Meister: Drei Beiträge noch, von Herrn Thomauske, Herrn Becker und Herrn Kudla.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ganz kurz: Dem Grunde nach stimme ich den Ausführungen des Vorsitzenden zu, was die Vorschläge angeht, in Verbindung mit dem, was Herr Gaßner gesagt hat. Ich habe ein gewisses Problem mit dem Ergänzungsvorschlag von Herrn Fuder, der den Punkt betrifft, wir müssten sehen, dass wir hier innerhalb der Arbeitsgruppe zu Rande kommen. Aber Sie haben auch gesagt, das betrifft nur die AG 1. Wenn wir an die Frage der Öffentlichkeitsbeteiligung denken, dann betrifft das inhaltlich

natürlich auch die Ergebnisse der Gesamtkommission, insofern der AG 2 und der AG 3.

Die Diskussion, die wir gegenwärtig führen, ist mir vielleicht ein bisschen zu lastig unter dem Aspekt, dass es der Arbeitsprozess innerhalb dieser Kommissionsarbeit ist, bis der Bericht fertiggestellt wird. Aber die Bevölkerung hat natürlich auch ein Interesse daran, wie denn das Konzept für danach aussieht und welche entscheidungserheblichen Fragen es danach gibt für den moderierten oder wie auch immer durchgeführten Workshop oder, was mir fast besser gefällt als eine Auftaktveranstaltung, weil es den Arbeitscharakter und den Offenheitscharakter stärker hervorhebt. Es wäre mir auch wichtig, dass man sich darauf vorbereitet, zwei, drei Themenstellungen prioritär ins Zentrum zu rücken, die man vorschlägt, zu denen man ein Meinungsbild herstellt und die man dann moderiert diskutiert. Das können solche Fragestellungen sein wie die nach einem Vetorecht oder nach anderen Dingen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Becker.

Thorben Becker: Zustimmung zu dem, was sich jetzt abzeichnet, vor allen Dingen auch zu dem, was Herr Fuder gesagt hat. Das Wording von Herrn Thomauske gefällt mir gut, dass man das nicht Auftaktveranstaltung nennt, sondern es ein bisschen herunterfährt.

Zwei Punkte sind mir noch wichtig. Erster Punkt: Den Vorschlag, dass man die Konfliktklärung mit einer externen Moderation macht, kann man ja, glaube ich, gut von der großen Auftragsvergabe trennen. Ich hoffe, dass wir da jetzt nicht noch irgendwie ein dreimonatiges Ausschreibungsverfahren ma-

chen müssen. Dann könnte man das möglicherweise auch etwas zügiger angehen. Das ist dann also vielleicht nicht so das ganz große Zeitproblem.

Der zweite Punkt ist genau das Zeitproblem. Herr Jäger hat gesagt, wir sollten in die Kommission auch schon das Signal „bis Mitte 2016“ geben. Ich habe da meine großen Zweifel, ob wir das machen sollten. Herr Gaßner hatte ja in seinem Konzeptentwurf klar gesagt, gerade wenn wir die Beteiligungsergebnisse noch intensiv in der Kommission und öffentlich nachvollziehbar diskutieren wollen, brauchen wir dafür viel Zeit. Wenn ich mir die Konzeptübersicht von Herrn Banthien angucke, dann geht er ja davon aus, dass wir eigentlich in der nächsten Woche damit anfangen. Das scheint mir nicht so ganz realistisch zu sein. Von daher wäre ich sehr vorsichtig mit dieser Nachricht. Vielmehr glaube ich tatsächlich - das sollte man dann auch durchaus in die Kommission so hinein spiegeln -, dass wir, wenn wir eine ernsthafte und intensive Öffentlichkeitsbeteiligung machen wollen, wahrscheinlich dafür mehr Zeit benötigen werden als Sommer 2016.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Kudla.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ja, zu Ihren Vorschlägen noch einmal, Herr Gaßner: Man kann das so machen, man kann bei der nächsten Kommissionssitzung sagen, dass wir hier noch nicht so ganz einig sind, aber hier schon einmal eine Auftaktveranstaltung oder einen Workshop andenken.

Wir müssen uns aber erst noch einigen, welche Art von Auftaktveranstaltung/Workshop wir wollen. Entweder machen wir es so, wie es Herr Renn und Herr Banthien gesagt haben, dass wir nur quasi zuhören und wenig

selber vorstellen, oder so, dass es eher eine Kick-off-Veranstaltung ist, wie es Frau Nanz gesagt hat: als Kick-off-Veranstaltung für die Öffentlichkeitsbeteiligung der Kommission. Ich habe es bisher immer so gesehen, dass das eine Kick-off-Veranstaltung sein soll. Wenn es aber eine Kick-off-Veranstaltung ist, dann müssen wir etwas vorstellen, und zwar ein Konzept.

Wenn ich Sie recht verstanden habe, dann soll dieses Konzept ja jetzt mit externer Hilfe erarbeitet werden. Da soll was ausgeschrieben werden, und es soll für uns eine Zuarbeit erfolgen. Denken Sie an die Zeitschiene! Die Zuarbeit muss ausgeschrieben werden, und dann muss sie erarbeitet werden. Da ist vor Juli nicht irgendetwas zu erwarten. Deshalb möchte ich noch einmal auf dieses Papier hier zurückkommen. Wir haben am 12. Dezember zusammengesessen. Da hatten Sie den ersten Entwurf vorgelegt.

Der erste Entwurf ist hier von den allermeisten - so habe ich das in Erinnerung, Herr Gaßner - positiv aufgenommen worden. Wir sind mit diesem Papier nur deshalb in eine Sackgasse geraten, weil es einseitig an Herrn Sommer gegeben worden ist, und die Rückmeldungen, die Sie zu diesem von Herrn Sommer überarbeiteten Papier bekommen, waren nicht positiv. Herr Jäger, Herr Becker, Herr Thomauske und Frau Kottig-Uhl hatten sich gemeldet; von allen waren sehr kritische Anmerkungen dazu.

Deswegen bitte ich, zu überlegen, ob es nicht sinnvoll ist, noch einmal auf den ersten Entwurf zurückzugehen, und sich zu überlegen, ob nicht doch wir hier in der Kommission dieses Papier erarbeiten, und zwar mit Ihrem Vorschlag einer Einfügung der Tabelle, der Diskussion des Abschnitts 9. Wenn wir das hier erarbeiten, könnten wir dieses Papier

zum Beispiel dann von zwei, drei Experten Korrektur lesen lassen und deren Inputs auch berücksichtigen.

Ich bin mir nicht sicher, ob wir hier nicht schneller zum Ziel kommen. Ich möchte noch einmal daran erinnern: Das erste Konzept, das Sie, Herr Gaßner, vorgelegt haben, habe ich als konstruktiv aufgefasst. Ich glaube, wenn wir das hier gemeinsam weiterbearbeitet hätten, dann könnte da auch heute noch etwas Sinnvolles herauskommen. - Vielen Dank.

Vorsitzender Ralf Meister: Wir haben keine weiteren Wortmeldungen, haben aber allerdings gerade zum Schluss wieder das gehört, was Herr Banthien eben schon einmal kritisiert hat: Die Konsense werden in Kürze jeweils wieder destruiert.

(Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Das war nicht so gemeint!)

- Das sage ich gar nicht kritisch; nein. Ich mache das hier ja als freiwilliger Moderator in dieser Position und kann nur sagen, es ist eine der Hauptbeschäftigungen, zu realisieren, wie diese Kommunikationswege in diesem Kreis gehen. Ich sage nur zu dem Schlussvotum, Herr Kudla: Es ist nicht nur mir so gegangen, dass die Beiträge, die wir unmittelbar nach der strittigen Debatte gehört haben, die wir dazu geführt haben, gezeigt haben, dass der Input von Frau Nanz als eine signifikante Bestätigung zentraler Punkte der Sommerschen Intervention in diesem Papier angesehen worden sind. Grundlegende Fragen von Partizipation, die im Sommer-Ton, aber ich sage mal, in einer breiteren Position sich da wiederfinden, lassen sich meines Erachtens nicht exkludieren, um dann zu sagen, zurück, und da machen wir weiter. Da würde ich - Entschuldigung,

ich gehe jetzt an diesem Punkt aus der Rolle des Moderators noch einmal raus - sagen, waren die Erträge der Inputs, die wir heute gehört haben an dieser Stelle viel zu substantiell, als dass man sagen könnte, das raus, und wir müssen da nur noch ein bisschen weiterarbeiten. Dafür steht da zu viel drin. Das geht für mich meines Erachtens überhaupt nicht. - Herr Grunwald.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Eine Frage, was man unter dem Wort „Konzept“ versteht: Also, ich hatte bisher gedacht, das Konzept wäre ein Fünf- bis Zehnseitenpapier, wo wir als Kommission oder als Arbeitsgruppe für die Kommission dann eben sagen, wie wir mit dem Thema Öffentlichkeitsbeteiligung für die Kommissionsarbeit umgehen, welche Ziele wir damit verbinden und was wir uns vor allen Dingen auch davon erwarten, also sprich, welchen Typ von Wissen, Anregungen, Kommentaren, Feed-back wir über Bürgerbeteiligung einholen wollen. Das ist etwas, was wir selbst nicht leisten können. Das können wir auf gar keinen Fall outsourcen, weil wir das selber definieren müssen. Von daher glaube ich, dass wir das dann doch auch eben einfach machen müssen. Wenn es da Konflikte gibt, dann müssen wir da durch.

Das andere wäre ein, sagen wir, wissenschaftliches Konzept für die Ausführung. Das ist etwas anderes; da würde ich auch ohne Weiteres sagen, das kann man ausschreiben, das sollten die Experten machen. Aber erst einmal müssen wir doch die Basis legen, sozusagen das Lastenheft schreiben, damit andere sich dann eben eine inhaltliche Ausfüllung ausdenken können.

Vorsitzender Ralf Meister: Sie hatten sich gleich gemeldet. - Herr Kudla, dann Frau Donat, dann Herr Jäger.

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Kudla: Ganz kurz noch einmal: Also, mein Ziel war es nicht, einen Konsens aufzuweichen um des Aufweichens willen. Herr Meister, was Sie gesagt haben, ist vielleicht ein Missverständnis. Ich glaube, viele hier hat es gestört, dass von Herrn Sommer einige Punkte eingearbeitet wurden, die in meinen Augen in ein solches Papier nicht hineingehören. Damit meine ich nicht die Vorschläge, die er zur Partizipation gemacht hat; die gehören ja dazu. Ich will auch nicht sagen, dass ich hier alles streichen würde, das ist überhaupt nicht so. Ich will damit nur sagen: Wenn wir hier ein bisschen zurückgehen und natürlich die Vorschläge von Herrn Sommer diskutieren, aber eben auch die Vorschläge von uns allen diskutieren - das war ja bisher nicht der Fall -, dann könnten wir zu einer Einigung kommen. Nur das wollte ich sagen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herzlichen Dank. - Dann war das an dieser Stelle ein Missverständnis. - Frau Donat.

Ulrike Donat: Ich möchte doch noch einmal einen Vorstoß in punkto Konsenssicherung machen. Es wurden hier ja so einige Bestandteile genannt, zum Beispiel „Öffentlichkeitsbeteiligung muss eine gewisse Ergebnisoffenheit haben“. Sie haben in Ihrem Konzept ab Ziffer 9 bestimmte Ideen, die man vielleicht auch anders formulieren könnte. Aber ich würde doch vorschlagen, dass Sie einmal versuchen, zu isolieren, worüber Sie sich eigentlich einig sind und worüber Sie sich uneinig sind. Mir geht das nämlich im Laufe eines solchen Tages ziemlich verloren. Das würde ja vielleicht das weitere Vorgehen erheblich beschleunigen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Fuder?

Michael Fuder: Ja. - Die letzten beiden Beiträge waren interessant. Herr Grunwald, Sie haben erfreulicherweise den Begriff Lastenheft angesprochen. Genau, wir brauchen so etwas wie ein Lastenheft. Frau Donat hat richtigerweise gesagt, es fehle, dass die Dinge, die hier diskutiert worden sind inklusive möglicher Dissense, wirklich einmal festgehalten werden. Stattdessen debattieren wir im Kreis. Exakt diese beiden Punkte haben mich vorhin dazu gebracht, zu sagen - ich bleibe dabei; ich halte das für absolut notwendig -, hier in einem beispielhaft moderierten Prozess genau diese Dinge zu tun. Es wäre rückwärtsgewandt, jetzt noch einmal wieder darauf abzuheben, dass wir doch ein tolles Papier hatten. Die Welt dreht sich weiter, und wir müssen diese Erkenntnisse sozusagen – Das war ein ganz wichtiger Meilenstein, aber wir sind jetzt einen Schritt weiter, und jetzt müssen wir sehen, dass wir genau das hinkriegen, was hier im Grunde genommen nach meinem Eindruck weitgehend Konsens war oder vielleicht ist.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Jäger, Herr Miersch.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich muss gestehen, ich werde ein bisschen kribbelig insofern, als dass ich doch folgenden Zielkonflikt sehe: Auf der einen Seite haben wir einen Anspruch, dass wir die Öffentlichkeit mit einbeziehen wollen, und zwar in einen Prozess, der offen ist, und auf der anderen Seite haben wir noch sehr viel Arbeit damit, hier intern Dinge auszusortieren, die ja schon heute angeklungen sind. Die Preisfrage ist wirklich, wie wir das eine tun können, ohne das andere zu lassen.

Ich habe den Eindruck gehabt, dass sich das doch ein Stück weit herauskristallisiert. Insbesondere war sehr hilfreich, dass Herr Renn

den Charakter und den Inhalt einer Auftaktveranstaltung, einer Kick-off-Veranstaltung nicht im engeren Sinne - da müsste man in der Tat ein in sich schlüssiges Konzept haben - geschildert hat, der aus meiner Sicht nach wie vor durchaus zu leisten ist.

Wir müssen ja die Kommission mitnehmen, wir müssen ja sozusagen auch ein Mandat haben. Ich sehe zwei Schienen, die wir bearbeiten: Wir müssen zum einen in der Tat operativ nach draußen gehen und die Dinge vorbereiten, wohl wissend, dass wir mindestens ein paar Wochen brauchen, um das vorzubereiten. Zum anderen müssen wir natürlich intern an dem Konzept weiterfeilen, unsere Konflikte aufbereiten, und, und, und. Das müssen wir parallel tun. An dieser Stelle müssen wir uns auch trauen, dass wir bis zu dem Zeitpunkt, zu dem dann diese Veranstaltung stattfindet, die wesentlichen Punkte gelöst haben, die wir in dieser Veranstaltung dann tatsächlich auch erreichen wollen. Das würde ich aufgrund der Diskussion heute als leistbar ansehen.

Was wären die Inhalte? - Wir wären als Kommission einmal sichtbar, wir adressieren die Zielgruppe, die wir dort adressieren, mit der klaren Intention, dass wir einen Prozess starten. Wir werden die Dinge dort offen darstellen, die noch offen sind, und parallel dazu müssen wir hier natürlich unsere interne Arbeit gestalten. Das heißt, jetzt operativ ein entsprechend knappes Papier in Richtung der Kommission loszutreten, damit wir dort sozusagen das Go für einen solchen Kurs bekommen.

Wesentlich scheint mir dann doch noch einmal zu sein, was wir von demjenigen erwarten, der uns extern unterstützen soll, weil das ein wesentliches Element für den zweiten Teil ist. Ist dieses Pflichtenheft „nur“ die

Vorbereitung der Auftaktveranstaltung, ist das das Aussortieren der internen Konflikte, ist das die weitere Ausgestaltung des Beteiligungskonzeptes für die Phase A, also für die Phase der Kommissionsarbeit, und darüber hinaus? Darüber müssten wir uns heute möglichst noch verständigen. Anderenfalls könnten wir auch nicht den Schritt einfordern, den wir dringend brauchen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Miersch.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Je länger wir diskutieren, desto komplizierter wird es. Aber ich nehme jedenfalls zwei Elemente mit und bitte darum, dass wir die der Kommission dann auch vorstellen. Das Erste ist, dass wir sagen, wir wollen sichtbar werden; das ist der sogenannte Workshop oder die Auftaktveranstaltung, aber wie ich heute gelernt habe, immer unter dem Motto „Wir wollen lernen“ und nicht „Wir wollen die große Welt erklären“; denn das können wir nicht. Wie wir lernen, da hat Herr Renn unterschiedliche Elemente genannt. Ich glaube, das kann man schnell erstellen.

Als Zweites will ich hier doch noch mal eines sagen: Ich glaube, dass das, was hier von Herrn Banthien bildlich vorgestellt wurde, von Frau Nanz und Herrn Renn überhaupt nicht infrage gestellt worden ist als Schablone. Das ist für mich das Konzept, was eigentlich ausgeschrieben werden muss. Also, jetzt natürlich nicht so, dass das da rauskommt. Aber ich glaube, das ergänzt sich genau mit dem, was Herr Jäger gesagt hat, die verschiedenen Phasen.

Es gibt eine Phase Erörterung, die vor jeglicher Bestellung eines Berichts liegt, wo man auch die Möglichkeiten gibt, sich einzubringen, Fragen zu stellen, die wir noch gar nicht

gesehen haben. Die unterschiedlichsten Beteiligungsformen sind da stichwortartig genannt. Die müssen natürlich weiter ausgefüllt werden. Aber das ist für mich eigentlich quasi ein Lastenheft, was gemalt ist. Das kann man jetzt auf zwei Seiten beschreiben, und dann, finde ich, gehen wir daran.

Ich warne ein bisschen davor, jetzt erst ein Konzept auszuschreiben und dann wieder eine Ausschreibung zu machen, wenn man das Konzept hat, um den suchen, der es dann umsetzt. Ich glaube, wir haben heute über so viele Dinge geredet, dass wir dieses Pflichtenheft sehr schnell auch skizzenhaft zumindest für die Kommission erstellen können, und dann werden wir sowieso in der Kommission mit den anderen darüber reden müssen. Also diese Flexibilität sollten wir uns geben.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Gaßner.

Hartmut Gaßner: Also ich habe jetzt aktuell auch das Problem, dass ich davon ausgegangen bin, dass wir eine Stunde sozusagen weniger haben. Hätte ich um 16 Uhr gewusst, dass wir um 17 Uhr noch da sind, hätte ich um 16 Uhr versucht, dass wir über Punkt 9 sprechen, dem wiederum das Schaubild insoweit entspricht, als das, was in dem Schaubild ist, und das, was in Ziffer 9 ist, Vorschläge sind, die soweit Konsens werden müssen, dass man sie ausschreiben kann. Ich kann also die Frage, ob ich jetzt Zufallswerkstätten mache, ja oder nein, zwar durch die Mehrheit der befürwortenden Stimmen von den Experten als entschieden ansehen; aber wir haben es halt heute nicht diskutiert, weil wir um 16 Uhr einen Stand hatten, bei dem wir nicht wussten, ob wir dazu kommen, eine Diskussion so vertieft zu führen, dass wir 9.1, 9.2, 9.3, 9.4 und 9.5 durchgehen. Oder Sie schauen immer auf das Schaubild;

das Schaubild ist letztendlich eine andere Art, Zielgruppen und Formate zu identifizieren.

Jetzt gibt es die Frage, wie wir damit umgehen, dass wir bis zum 2. Februar keinen weiteren Termin haben. Jedenfalls werden wir wahrscheinlich nicht damit umgehen können, dass wir jetzt wirklich sagen, wir haben jetzt hier einen Baukasten und auch einen relativ elaborierten Teil mit Zielen und Vorstellungen; aber den Teil mit den Zielen und Vorstellungen, haben wir noch nicht konsensual, und den Baukasten haben wir eigentlich noch nie richtig diskutiert. Oder wir formulieren es positiv: Wir haben Experten heute gehört, die uns noch einmal auch darin bestärkt haben, dass man aus einem Baukasten zugreifen kann.

Am besten wäre es eigentlich, wir hätten noch eine Sitzung vor dem 2. Februar. - Da schütteln alle den Kopf, gut. Dann haben wir am 2. Februar das Forum, in dem wir nur Beschlüsse fassen können. Also müssen wir am 2. Februar ein, zwei, drei Beschlüsse fassen. Ich glaube, wir sind uns sehr einig - das ist eigentlich so Konsens -, dass wir uns doch relativ viel zutrauen. Von daher gehe ich davon aus, dass das Pflichtenheft, das Lastenheft für denjenigen oder für die Gruppe, die wir ausschreiben, sein sollte, das was wir weiterentwickeln, zuzuspitzen und dann in einer Weise auf den Weg zu geben, dass die dann gegebenenfalls - das wäre eine Nebenqualifikation, die die haben müssten - auch die zukünftigen Formate ausschreiben. Wir kriegen nämlich keine einzige Bürgerwerkstatt gebacken, wenn die nicht auch ausgeschrieben wird.

Stopp, andere Vorstellung: Wir suchen jetzt einen Generalunternehmer, der vom Konzept bis zur letzten Bürgerwerkstatt alles macht.

Das ist aber ausgesprochen schwierig. Es sitzen schon viele Interessenten hier. Auf beiden Ebenen ist die Vorgabe Ausschreibung, Losbildung. Es wird nicht sehr logisch sein, dass das alles aus einer Hand kommt; das müsste man noch einmal diskutieren.

Meine Vorstellung ist momentan: Wir haben einen Manager, den wir möglichst schnell finden, und werden dann, wenn wir mit unserer Arbeit und mit der Arbeit dieses Beteiligungs- und Konzeptmanagers fertig sind, nach dem Sommer tatsächlich sagen, die einen machen jetzt diese Regionalforen, wenn wir uns für die entschieden haben. Das haben wir aber leider noch nicht geschafft. Wollen wir auf die Regionalebene, wollen wir nicht auf die Regionalebene, oder folgen wir dem Vorschlag von Herrn Banthien und sagen, wir nehmen die regionalen Vertreter in ein landes- oder bundesweites Forum? Das haben wir einfach noch nicht ausdiskutiert.

Also, sprich, da liegt jetzt mein Pragmatismus, wie so eine Ausschreibung, wie so ein Lastenheft aussieht, etwas quer von Herrn Miersch. Aber ich habe jetzt, ehrlich gesagt, auch ein Problem. Wenn wir jetzt noch zwei, zweieinhalb Stunden hätten, würde ich sagen, wir sind relativ weit; nur die haben wir momentan nicht, und darum müssen wir eine Bewegung beibehalten, in der wir weiterarbeiten, in der die Kommission von uns Vorschläge bekommt, die sie beschließen kann, in der wir nicht bis zum Sommer warten, bis es weitergeht, und in der wir die Ausschreibung schon starten, damit wir jemanden an der Hand haben, mit dem einen Unterpunkt, dass ich nicht glaube, dass wir eine Mehrheit finden oder eine handhabbare Vorstellung finden, dass wir jetzt schon jemanden suchen quasi als Generalunternehmer, der dann das alles macht, ohne dass wir das

schon konkretisiert haben, und ich kriege keinen Preis, um das mal zu sagen, wenn ich nicht sage, ob ich zwei oder sieben Zukunftswerkstätten haben will.

Vorsitzender Ralf Meister: Frau Nanz.

Prof. Dr. Patrizia Nanz: Nur ganz kurz: Wenn die Welt ideal wäre, bräuchten Sie meines Erachtens entweder zwei Stunden oder noch einen Extratermin vor dem 2. Februar, um genau die drei Punkte, die vorhin auch angesprochen wurden, zu klären, das in einem Papier darstellen und zusätzlich einen Konsens herstellen - möglichst durch einen neutralen Moderator -, welche Form von Auftaktveranstaltung Sie wollen, sozusagen Kick-off in klassischer Weise oder so offen.

Ich fand die Idee von Herrn Renn sehr charmant. Das sind eigentlich Fragen von Auftragsklärung, mit denen Sie sich hier beschäftigen. Ich glaube, es ist auch Überforderung der Kommission, sich zu fragen, ob man drei Konsensus Konferenzen oder lieber die Zukunftswerkstatt haben will oder ob man es online oder noch anders will. Das sind Fragen, die Sie, ehrlich gesagt, nicht unbedingt klären müssen. Sie müssen nur die Grundfragen klären. Wenn Sie so etwas am 2. Februar einbringen könnten, wäre es ideal. Die Frage ist nur, ob das machbar ist.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Ott, wollen Sie noch?

Erhard Ott: Ich muss gestehen, dass ich allmählich die Diskussion nicht mehr so richtig verstehe. Der Kollege Miersch hat vorhin einen Vorschlag gemacht, was im Grunde genommen in das Konzept aufgenommen werden soll, bezogen auf eine Auftaktveranstaltung, einen Workshop oder wie man das auch immer nennt; das ist mir jetzt egal.

Dann diskutieren wir wieder den Gesamtrahmen, also was das Konzept angeht, und wir entscheiden nicht: Gehen wir jetzt mit diesem Vorschlag in die Kommission am 2. Februar oder nicht? Meines Erachtens kann man so nicht arbeiten, weil man dann nie zu einem Ende kommt. Vielmehr fangen wir immer wieder an, den Kreis neu zu erfinden, in dem wir uns dann drehen.

Vorsitzender Ralf Meister: Ich nehme das noch einmal auf und nehme auch noch einmal auf, dass Frau Donat gesagt hat, wir sollten festlegen, worüber wir uns geeinigt haben. Es hat ja - Sie erinnern sich - ein paar mal einen Versuch von mir gegeben, solche Sätze zu formulieren; sie hielten dann eine halbe Minute.

Ich versuche es noch einmal: Sind wir uns einig, dass wir mit all den offenen Fragen, die es im Augenblick gibt, mit dem auch feststellbaren Dissens an vielen Einzelpunkten uns berichtsfähig fühlen in der Kommission im Februar, von dieser Arbeitsgruppe etwas einzubringen? Mein Eindruck ist weitestgehend gewesen, Ja.

(Michael Fuder: Können wir das vielleicht einmal am Flipchart festhalten? Das wäre das erste kleine Stückchen Moderationstätigkeit! Dann haben wir es nämlich, wenn dann alle Ja sagen! - Vorsitzender Hartmut Gaßner: Wer eine gute Handschrift hat, nach vorne!)

- Wer hat eine gute Handschrift und schreibt das?

(Michael Fuder begibt sich zum Flipchart)

Der Satz ist knapp:

Wir halten den Arbeitsauftrag aufrecht: AG 1 berichtet in der Kommission am 2. Februar.

Bevor ich auf das Detail dieses Berichtes gehe: Mein Eindruck war, wir haben nicht viel Zeit gehabt, und wir haben Verständnisfragen zu den Impulsen gestellt, die wir von Frau Nanz, Herrn Renn und Herrn Banthien hatten, und es gab eine weitgehende Folge, diese Inhalte, die wir gehört haben, als relevant für unser Vorhaben anzusehen, jedoch nicht alles eins zu eins zu übernehmen. Aber die ganze Debatte, die wir den Nachmittag über führen, habe ich in einer großen Zustimmung zu dem erlebt, was wir als drei Impulse gehört haben. Ist das bei den meisten oder bei allen so gewesen? - Ist es.

Das hieße tatsächlich, ein wichtiger Punkt für den Bericht in der Kommission wäre eine ausführliche Darstellung dieser drei Impulse, die wir gehört haben, für Partizipation und Beteiligungsmöglichkeiten.

Hartmut Gaßner: Das würde erstens Berichtsfähigkeit und zweitens Inhalt bedeuten.

(Ulrike Donat: Am 2. 2. wird berichtet!)

Michael Fuder: (notiert am Flipchart)

Am 2. 2. wird berichtet.

Vorsitzender Ralf Meister: Knapp: Wir haben auch Einigkeit - das ist jetzt ein negatives Votum -: Wir legen kein Konzept vor.

(Ulrike Donat: Genau!)

Einigkeit, dass wir, jetzt ganz breit gesprochen, externe Hilfe in Auftrag geben müssen?

(Michael Fuder: Für die Konzepterstellung?)

- Ja, deswegen sagte ich, ganz breit formuliert: Externe Hilfe in Auftrag geben. - Dann kommen die Spiegelstriche.

Die Aufgabenbeschreibung für diese externe Hilfe war zurzeit noch strittig, so war mein Eindruck, es sei denn, wir könnten uns jetzt darauf einigen. Aber ich glaube, wir haben sie bisher so noch nicht fokussieren können, dass wir sagen, genau das muss es sein, nämlich nur Konzepterstellung oder Projektmanagement usw. Das Feld war relativ breit.

(Ulrike Donat: Auftrag muss noch geklärt werden!)

- Das müsste man klären.

Hartmut Gaßner: Jetzt kommen viele Köche. - Also, es gibt momentan drei Elemente. Das eine Element ist in dem Papier; das ist heute noch gar nicht diskutiert worden. Das Schnellste wäre: Wir haben einen Auftragsmanager. Ein Auftragsmanager wäre einer, der die ganzen Aufträge verteilt. Das wäre übersetzt das, was Herr Miersch gerade gesagt hat: Wir nehmen diese Folie schon als Konzept und sagen, wir geben auf den verschiedenen Ebenen jetzt Aufträge heraus, und weil die Geschäftsstelle nicht in der Lage ist, diese ganzen Ausschreibungen zu machen, würde man einen Auftragsmanager haben. Den haben wir jetzt nicht besprochen.

Die zweite Frage ist: Brauchen wir jemanden, der jetzt gesucht wird, der dann derjenige sein wird, der langfristig der Beteiligungsmanager ist, und darunter gibt es die verschiedenen Beauftragten, der eine macht die Regionen, der zweite macht die Zukunftswerkstätten, der dritte macht dies, der vierte macht jenes?

Die dritte Frage war die, die ich aufgeworfen habe: Oder gibt es die Vorstellung, dass dieser Beteiligungsmanager gleichzeitig Generalunternehmer ist und alles gleichzeitig macht? Das ist jetzt aber eine Facette, wo man wirklich nicht die ganze Arbeitsgruppe darauf verwenden sollte, sondern etwas, das mit Zeitfolgen und mit der Ausschreibungsseite zu tun hat.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Das will ich wirklich dann noch einmal an die Experten adressieren; vielleicht habe ich hier irgendetwas völlig falsch verstanden. Ich habe eigentlich nur den Auftrag an uns von den Experten verstanden, zwei Dinge zu klären: Wer soll beteiligt werden? Was ist das Ziel dieses Beteiligungsprozesses? Alles andere, ob wir eine Bürgerwerkstatt regionaler Art machen, das sollen uns dann Profis erzählen.

Aber insofern ist das meines Erachtens nicht zu differenzieren, sondern es geht eigentlich darum, dass wir diese beiden Fragen klären müssen. Das schaffen wir heute nicht; aber zumindest die beiden Fragen kann man am 2. Februar darstellen, und dann kann man einen Auftragstext machen. So habe ich es verstanden.

Vorsitzender Ralf Meister: Vielleicht darf ich dann doch fortführen: Also, der Satz, so wie er steht, eine externe Hilfe ..., ist unstrittig. Wir benötigen eine externe Unterstützung. Über die Zielvorstellung sind wir uns bisher noch nicht einig geworden. Deswegen steht das noch nicht unter dem Konsens.

Es ist auch mein Eindruck - da müssten Sie sonst widersprechen - relativ unstrittig gewesen: Es braucht deutlich vor dem Sommer, so sage ich es einmal, eine Auftaktveranstaltung, deren inhaltlicher Fokus zurzeit noch unklar ist, Kick-off oder anders. Aber es

braucht eine deutliche Auftaktveranstaltung, die sichtbar macht, was in dieser AG Gegenstand ist. Das müsste auch als Konsens formuliert werden. Deutlich vor dem Sommer: Ich nenne jetzt einmal April/Mai oder – Das ist mir egal.

(Michael Fuder: Eine Wortmeldung dazu!)

- Ja.

Michael Fuder: Ich würde diesem Vorschlag dann zustimmen, wenn damit verbunden ist, dass diese Veranstaltung diesen fragenden Charakter hat, den Herr Renn dargestellt hat. Das wäre für mich Voraussetzung dafür, das so auch zu sehen.

Vorsitzender Ralf Meister: Der Satz war eben:

Es gibt eine Auftaktveranstaltung, über deren inhaltlichen Fokus wir im Augenblick noch keine Einigung haben.

Deswegen war genau das offen, weil wir genau diese beiden Positionen haben.

Sie würden sagen, nur wenn ..., bin ich für eine Auftaktveranstaltung? - Frau Nanz.

Prof. Dr. Patrizia Nanz: Eine ganz kurze Präzisierung. Ich finde die Frage völlig offen. Sie müssen sich nur entscheiden, was Sie wollen.

In der Tat hat Herr Fuder recht: Wenn es eine Kick-off-Veranstaltung ist, auf der Sie das Konzept vorstellen, brauchen Sie erst ein Konzept; das ist eine Zeitfrage. Aber dass Sie eine wollen, ist Konsens. Was für eine Sie wollen, darüber müssen Sie sich noch unterhalten. Oder?

Michael Fuder: Darf ich? - Mein Gedanke war: Da sie kurzfristig sein soll, kann sie nur so sein, wie Herr Renn das gesagt hat, weil das Konzept nun einmal nicht vorliegt.

(Prof. Dr. Patrizia Nanz: Gut!)

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich wollte nur direkt ergänzen: Dann kann sie auch etwas früher stattfinden.

Vorsitzender Ralf Meister: Ist das konsensfähig? - Wie haben Sie das genannt?

Prof. Dr. Ortwin Renn: Wenn Sie diese Auftaktveranstaltung - so hatte ich es verstanden, auch jetzt in der Diskussion - zeitlich frühzeitig machen wollen, aber das Konzept noch nicht besteht und Sie eine externe Moderation für das Konzept brauchen: Legen Sie so eine Veranstaltung in den Herbst, wenn Sie das Konzept vorstellen wollen. Wenn Sie es früher machen wollen, geht es nur mit einer offenen Fragestellung.

(Ulrike Donat: Genau!)

Das hat nichts mit Konsens zu tun. Alles andere geht nicht.

Vorsitzender Ralf Meister: Eine Auftaktveranstaltung mit einer offenen Fragestellung. - Gibt es darüber Konsens?

(Ulrike Donat: Eine dialogische!)

- Ja, redaktionell können wir das ja noch nacharbeiten.

(Ulrike Donat: Nein, das ist ganz wichtig! Das ist keine Selbstdarstellung der Kommission, sondern das ist ein Fragenabholen!)

- Ach so, dialogisch.

(Zuruf von Prof. Dr. Ortwin Renn)

Die beiden Grundfragen, die Herr Miersch eben in Aufnahme von Herrn Renn noch einmal wiederholt hat, waren als Grundfrage auch Konsens in diesem Kreis:

Wer oder was soll beteiligt werden? Was wollen wir mit den Erträgen in dieser Beteiligung?

Ist auch das Konsens?

Michael Fuder: Ich muss es jetzt erst noch einmal selber formulieren.

Vorsitzender Ralf Meister: Da kann ich folgen; andere auch. - Vorne waren die beiden Fragen, die noch einmal aufgeführt werden:

Wer oder was beteiligen? Was wollen wir damit?

Das sind also die Fragen, die Herr Renn eingebracht hat. Sind es Schlüsselfragen, die wir auch in der Kommission so vorstellen können?

(Prof. Dr. Ortwin Renn: Wer oder was soll einbezogen werden?)

- Ja, genau.

(Michael Fuder: Konsens ist, dass das geklärt werden muss?)

- Ja. - Dies alles sind ja Punkte, die wir im Konsens im Augenblick sammeln, die wir als Auftrag nehmen, um sie in die Kommissionssitzung am 2. Februar zu nehmen. Da wird es eingeführt und dann mit den anderen Mitgliedern diskutiert.

Michael Fuder: Können Sie das bitte noch einmal formulieren, Herr Renn?

Prof. Dr. Ortwin Renn: Wer oder was soll einbezogen werden? Wer in den Beteiligungsprozess eingebunden werden soll, was dort eingebracht werden soll und was mit den Ergebnissen geschehen soll.

(Prof. Dr. Gerd Jäger meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Ralf Meister: Direkt zu dem Punkt?

Prof. Dr. Gerd Jäger: Direkt zu dem Punkt. - Die Frage, die sich ja dann aufdrängt, ist: Wenn wir das als Konsens sehen, dass das zentrale Fragen sind, haben wir schon eine Vorstellung, idealerweise sogar einen Konsens, wie wir diese Fragen beantworten. Wie kommen wir zur Beantwortung dieser Fragen? Das ist mehrfach hier angeklungen; aber dazu haben wir noch keine Positionierung. Sie sollten wir aber versuchen.

Vorsitzender Ralf Meister: Die sollten wir jetzt versuchen. Das war der Auftrag? - Herr Renn.

Prof. Dr. Ortwin Renn: Ich hatte das jetzt so verstanden. Ich will noch einmal zurückgehen, weil Sie eben gefragt haben, wofür wir externe Hilfe brauchen. Ich habe den Eindruck, von halb sechs bis sechs werden Sie diese beiden Fragen nicht mehr beantworten können.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Nein, nur das Verfahren, wie wir zur Beantwortung dieser Fragen kommen.

Prof. Dr. Ortwin Renn: Mein Vorschlag wäre, dass Sie dafür tatsächlich einen exter-

nen Moderator, der sich damit auskennt, beauftragen, unabhängig davon, wer alles andere macht; denn das müssen Sie schnell machen.

Ich empfehle Ihnen also einen Moderator, den Sie für zwei oder zweieinhalb Sitzungen einladen, wie auch immer, der diese beiden Fragen gemeinsam mit Ihnen erarbeiten soll. Das würde ich vorschlagen. Das kriegen Sie auch schnell hin; das ist möglicherweise unterhalb der 10 000-Grenze oder irgendetwas, wo Sie dann auch schnell Ausschreibungsverfahren usw. machen können. Denn wenn Sie eine lange Ausschreibung machen, dann haben Sie wieder zwei Sitzungen weg, bevor Sie überhaupt dann diese moderierte Form haben.

Michael Fuder: Dann wäre also die Formulierung?

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ja, das würde ich gerne als Vorschlag aufgreifen und fragen, ob wir dazu Konsens haben, dass wir das sehr kurzfristig mit externer Unterstützung zu einer Beantwortung führen.

(Michael Fuder notiert am Flipchart)

- Sie müssen erst einmal rund fragen, Herr Fuder, bevor Sie zur Tat schreiten.

(Michael Fuder: Sonst streiche ich das! Das ist normal!)

Vorsitzender Ralf Meister: Ich sehe keinen Widerspruch dazu. - Herr Grunwald.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Eine Frage: Wenn wir, um unsere eigenen Ziele zu finden, externe Unterstützung brauchen, ist das nicht eine Form von Bankrotterklärung? Ich meine, wenn es denn dem Prozess dient –

(Michael Fuder: Bitte, noch einmal!)

- Ist es nicht eine Bankrotterklärung, wenn wir externe Hilfe brauchen, um unsere eigenen Ziele zu finden?

(Ulrike Donat: Das ist normal! - Abg. Dr. Matthias Miersch: Ich glaube, unsere gemeinsamen Ziele zu finden, das ist die Herausforderung! Sie nicht zu finden wäre vielleicht die Bankrotterklärung!)

Vorsitzender Ralf Meister: Gut, aber das war trotzdem keine Gegenstimme. Es ist vermutlich dann eher die Frage, wie wir mit einer individuellen oder kollektiven Kränkung in einem solchen Prozess umgehen.

Aber hinzu kommt schon der Punkt, den wir vorhin noch einmal angedeutet haben, bei der externen Hilfe, die wir jetzt auf der vorherigen Seite als Konsens festgehalten haben: Die Konzeptentwicklung selbst für diese Arbeitsgruppe und für die Kommission ist kein prioritär externer Auftrag, sondern einer, der mit externer Hilfe gelöst wird. So habe ich es verstanden; dann kann ich nur sagen: Wunderbar. - Das würde ich jetzt nicht unter Konsens hier aufnehmen.

(Abg. Dr. Matthias Miersch: Dann können wir auch loslegen, wenn die beiden Fragen geklärt sind? - Widerspruch - Abg. Dr. Matthias Miersch: Habe ich etwas falsch verstanden?)

Hartmut Gaßner: Das ist mir eine Nuance zu naiv. Da muss ich jetzt noch einmal pro domo reden. Sie haben 47 Seiten vor sich. Diese 47 Seiten leiden natürlich daran, dass sie so lang sind. Diese Seiten leiden aber auch darunter, dass Sie sie gar nicht diskutiert haben. Zu glauben, dass sich die Verkürzung jetzt daraus ergibt, dass wir jetzt

zwei Fragen beantworten, die unter anderem die Inhalte Ziele der Öffentlichkeitsbeteiligung, Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung, Beteiligungstiefe, Zielgruppen, Inhalte, Rahmenbedingungen und dann die Auswahl der Formate betreffen - die Auswahl der Formate wiederum bezogen auf die Zielgruppen, auf die Frage der Zeitplanung, auf das Budget und die Zeitaufwände, die wir hier einsetzen können -, das alles sind Punkte, die wir natürlich jetzt noch einmal mit Kärtchen auch unter Moderation Dritter - Sie spüren bei mir schon eine leichte Kränkung - angehen können.

(Heiterkeit)

Ich möchte mich dem auch keinesfalls entgegenstellen und auch Herrn Renn jetzt nicht in die Parade fahren, überhaupt nicht. Ich wollte jetzt nur sagen: Diese zwei Fragen haben wir schon eine Nuance anders elaboriert gehabt, und es ist jetzt kein Königsweg, die zwei Fragen als Konsens anzugeben, sondern, wie es Herr Meister jetzt formuliert hat: Die Frage ist die, dass wir uns darauf verstehen, dass wir die nächsten drei Monate oder so etwas - in der Zeit, in der wir erstens noch keinen Beteiligungsmanager haben und zweitens die Auftaktveranstaltung vor uns haben -, weiter nicht unbedingt nur an dem Papier arbeiten, sondern überhaupt im Grundsinn selber etwas produzieren, was wir dann auch als weiteres Lastenheft oder so etwas haben.

Sonst befürchte ich es umgekehrt: Wir beschäftigen uns dann mit dem Standortauswahlgesetz, und dann kommen diejenigen, die wir eingesetzt haben, und werden uns Fragen stellen: Wollt ihr soundso viele Bürger? Es geht also darum dass man das in dem Sinne so weggeben kann.

Es wird nicht so sein, dass sie alle Fragen beantworten, sondern man kann natürlich sagen, wenn man das Beteiligungsmodell Regionalkonferenzen erschlossen hat, dass wir uns jetzt hier nicht Gedanken machen müssen, ob das jetzt eine 20er oder eine 40er Gruppe ist, ob das viermal oder siebenmal gemacht wird usw. Dazu können dann Vorschläge kommen.

Aber solange wir beispielsweise nicht geklärt haben, ob wir die Zielgruppe Jugend machen wollen –

(Widerspruch)

- Dazu würden jetzt alle sagen, sie haben wir; gut, das Modul Jugend könnten wir schon machen. Aber bei dem Modul, ob wir auf Regionalebene gehen oder nicht, weiß ich es nicht.

Langer Rede kurzer Sinn: Ich würde es gerne als Konsens sehen, dass wir die zwei, drei Monate auch dazu nutzen, weiter zu arbeiten. Jetzt wurde eben vorgeschlagen, dass wir das unter Moderation machen, und das finde ich okay.

Ulrike Donat: Ja, ich würde das gleich sozusagen als Vorschlag nehmen, dass Sie vielleicht die Themen auflisten, die dann noch geklärt werden müssen; denn wenn die Themen isoliert sind, dann kommt man auch schnell weiter.

Vorsitzender Ralf Meister: Ein Hinweis, der aber jetzt nicht für die Konsensfindung bei dem Eintrag unseres Arbeitsergebnisses in die Kommission entscheidend ist

(Ulrike Donat: Nein, aber vielleicht ein extra Plan!)

- das wollte ich gerade sagen -, sondern parallel oder als Ergänzung ein eigener Punkt wird.

Bei der externen Hilfe und der Weiterarbeit in der Konsensfindung hier ist für mich, muss ich gestehen, immer noch die Grundlage das Papier, das wir einmal vorgelegt haben. In welcher Form es dann eine Rolle spielt, mit Ergänzung Sommer oder ohne usw., das ist dann erst einmal sekundär; wichtig ist, dass sozusagen diese zentralen Punkte, die eben alle genannt worden sind, substantziell natürlich bestehen bleiben. - Herr Jäger.

(Michael Fuder: Soll ich etwas aufschreiben?)

- Nein, nichts aufschreiben daraus.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Eine Frage scheint mir noch offen zu sein, Herr Gaßner, die Sie ja eben formuliert haben, und zwar zur externen Unterstützung: Programmmanager oder Generalunternehmer? Diese Entscheidung ist durchaus notwendig, wenn es jetzt darum geht, diesen Prozess aufzusetzen.

Vorsitzender Ralf Meister: In dem Papier ist der Programmmanager mehr oder weniger adressiert. Wenn das der Ansatz ist - vielleicht können unsere Experten dazu auch noch einen Input geben -, dann wäre das sicherlich der konkrete Vorschlag.

Hartmut Gaßner: Selbstverständlich sollen dann die Experten noch etwas dazu sagen.

Das Erste war die Frage, ob es jetzt nicht Konsens ist, dass wir die nächsten zwei, drei Monate weiter arbeiten und dass diese Frage-

stellungen kurzfristig ohne einen Professionellen weiter bearbeitet werden. - Das ist Konsens; das steht ja in dem Sinne da; okay.

Ich bitte Sie, weil ich in den letzten anderthalb Stunden relativ dominant war, diese spezielle Frage, wie man dann die Leistungsbeschreibung für den Externen macht, jetzt nicht in diesem Kreis hier zu diskutieren, weil er erstens wohl immer kleiner wird und man zweitens dafür eine Feinjustierung vornehmen muss.

Die Grundidee, um es noch einmal zu wiederholen, war, dass es nicht einer macht, wenn wir von Ostern bis zu einem noch ungeklärten Zeitpunkt, Frühjahr 2016 oder so, einen Beteiligungsprozess machen. Das war momentan mein Bild; das ist aber nicht zwingend. Wenn es nicht einer macht, dann ist es sinnvoll, dass es einen Koordinator gibt, der noch einmal ein Dach ist, oder eine Gruppe.

Was geschieht, wenn man sich dazu entschliesse, dies einem oder einer Gruppe zu geben, das habe ich nicht abschließend durchdacht. Mein Ansatz war gewesen, dass, wenn man verschiedene Formate hätte, wie sie da auf dem Blatt sind, sie dann aufgeteilt werden. Da möchte ich aber jetzt nicht dominieren; darüber muss man einfach noch einmal nachdenken, weil es möglicherweise auch mit Gruppen gelöst werden kann. Außerdem möchte ich hinsichtlich der Erfahrungen, was Ausschreibungen angeht, hier jetzt nicht in die Tiefe gehen. Das ist der Hintergrund.

Vorsitzender Ralf Meister: Frau Donat, Frau Rössig.

Ulrike Donat: Ich habe noch einen konfliktreichen Punkt, der jetzt noch nicht zur Sprache gekommen ist, bei dem ich aber interessant finde, wie diese Gruppe damit weiter umgeht, und zwar: Wie ist das denn eigentlich mit den Angeboten an die zornigen Gruppen, die sich hier nicht beteiligen wollen? Soll dieser Konflikt ausgeklammert werden, oder bekommt er einen Platz in dieser Kommission?

Hartmut Gaßner: Das steht ja auch darin. Da müssen wir halt diskutieren. Das steht doch ausführlich da drin.

Ulrike Donat: Gut, für mich war das eine Frage, ob das in das Konsenspapier kommt, ob es dazu eine gemeinsame Haltung gibt.

Vorsitzender Ralf Meister: Können wir das jetzt konsensual festlegen? Ich meine, das ist ein detaillierter Punkt, weil das eine Frage der Beteiligungsgruppen ist, und es ist auch eine der benannten. Ich muss gestehen, dass sich die Frage für mich nicht gestellt hat, weil es natürlich eine Form der Beteiligung geben muss.

Ulrike Donat: Ich muss das dann vielleicht erläutern. Ich hatte in meinem Vortrag davon gesprochen, und Frau Nanz hat es aufgegriffen: Wenn es eine hoch eskalierte Auseinandersetzung in der Vergangenheit gab, dann kann man das nicht einfach in normale Beteiligungsformate hineinpressen; das ist nach wie vor meine Überzeugung.

Dass bestimmte Gruppen hier an dieser Runde nicht teilnehmen wollten, ist ja auch ein Fakt. Für mich ist durchaus eine Frage, ob die Endlagerkommission und dieser Arbeitskreis Öffentlichkeit dem noch einmal besondere Aufmerksamkeit schenken will oder diesen Konflikt ignorieren möchte. Diese

Frage möchte ich zumindest an dieser Stelle ansprechen.

Vorsitzender Ralf Meister: Mein Eindruck ist, dass wir im Augenblick da keinen Konsens hinkriegen.

Ulrike Donat: Nein, meine Frage ist, ob das noch diskutiert wird.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich hätte das jetzt einsortiert - Entschuldigung, Frau Donat -, abgedeckt dadurch, dass wir ja die Grundfrage noch vor uns haben und dazu einen Konsens haben, wie wir herangehen. Eine dieser Grundfragen war: Wer soll beteiligt werden? Damit wird genau dieser Punkt aufgegriffen.

Vorsitzender Ralf Meister: Das wird in der Kommission dann auch Gegenstand sein. - Herr Banthien, dann Frau Rössig und Herr Fuder.

Henning Banthien: Nur, um möglichen Missverständnissen vorzubeugen: Herr Gaßner, ja, diese Gruppe arbeitet jetzt an diesem Thema weiter und arbeitet das Verfahrenskonzept etc. weiter aus. Aber gleichzeitig gilt: Sie machen jetzt schnell den Auftakt in der beschriebenen Form. Dieser Auftakt kann ja dann auch Folgeveranstaltungen haben, die wiederum in diesem offenen, lernenden Modus funktionieren, um schon einmal mit einer breiten Beteiligung zu beginnen. Das ist also nicht konsekutiv, sondern parallel gedacht. Das wollte ich noch einmal herausstellen. Da war ich jetzt gerade etwas verwirrt.

Zu der Frage nach einem Team und danach, wer sich um die verschiedenen Themen kümmert: Da gibt es natürlich verschiedene Wege, wie Sie das schneiden. Je mehr

Dienstleister Sie zu sich bitten, umso sinnreicher ist es, eine zentrale Koordinierung zu haben, die dabei unterstützt.

Ein Punkt, den ich noch machen wollte und den Herr Renn auch schon angesprochen hatte, ist: Sie können durchaus Aufträge vergeben. Meines Erachtens können wir alle drei bestätigen: Es gibt völlig legale, saubere Wege der Vergabe, die schneller als innerhalb dreier Monate funktionieren, wenn man es entsprechend von den Budgets her aufteilt und die Leistungen klar beschreibt. Ich meine: Es geht. Gerade auch wieder im Sinne von „Ins Laufen kommen“ hilft es ja manchmal, sozusagen in Form einer Salami-taktik zu denken. Dann wären das auch denkbare Schritte.

Das sei noch einmal als Idee beigesteuert, falls dies schwierige Fragen sein sollten, die den Prozess behindern.

Vorsitzender Ralf Meister: Okay, herzlichen Dank. - Frau Rössig und Herr Fuder noch, und dann machen wir an dieser Stelle erst einmal einen Schnitt für das, was wir in die Kommission einbringen.

Wibke Rössig: Ich will noch einmal kurz darauf zurückgehen, dass es meines Erachtens tatsächlich, wie Herr Renn gesagt hat, nur um diese drei zentralen Fragen geht. Insofern ist auch die Konzeptausarbeitung ganz stark verringert, weil wir uns ja gar nicht so genau mit Beteiligungsformaten etc. auseinandersetzen wollen, wenn wir schon einmal festgelegt haben, dass es primär darum geht, wer mit welchem Input teilnehmen soll, und wir anschließend einen Anbieter suchen, der uns dazu die Beteiligungsformate sagt. Damit fällt schon einmal viel aus dem heraus, was wir jetzt als strittig im Konzept behandelt haben.

Durch die Reduktion auf diese Fragen werden wir uns viel sparen, was das Strittige in einem Konzept angeht, weil uns das anschließend als Vorschläge von verschiedenen Anbietern vielleicht vorgelegt werden wird und wir dann immer noch darüber nachdenken können, ob wir das eine oder ein anderes Format wollen.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Fuder.

Michael Fuder: Zunächst einmal scheint mir hinsichtlich der Frage nach den zornigen Gruppen Folgendes Konsens zu sein: Erstens. In der Auftaktveranstaltung mit dem fragenden Charakter geht es mit Sicherheit ja auch darum, genau diese zornigen Gruppen zu erreichen. Es ist eine Frage der Vorbereitung, wie man das managt. Zweitens haben wir diese beiden Fragen, bei denen das auch eine Rolle spielt.

Meine Vermutung ist: Insofern können wir wahrscheinlich sogar zweifelsfrei als Konsens aufschreiben, dass sie nicht ausgeklammert werden sollen.

Hartmut Gaßner: Das war aber jetzt deutlich aus der Moderatorenrolle herausgesprungen!

Michael Fuder: Bitte, was?

Hartmut Gaßner: Ich sagte: Das war aber jetzt deutlich aus der Moderatorenrolle herausgesprungen!

Michael Fuder: Ja, so ist das mit der multiplen Persönlichkeit. - Zweitens noch einmal zu Frau Rössig: Ja, ich denke schon; andererseits finde ich aber auch richtig, was Herr Gaßner gesagt hat. Das ist in gewisser Weise ja eine gemeinsame Arbeit dieser Kommission, mit externer Unterstützung dieses Konzept dann letztlich zu stricken. Es ist also

nicht nur einfach Vergabe an Dienstleister, die das für uns machen, sondern sie machen es unter Mitwirkung. So hatte ich Sie verstanden, dass das Ihr Petitum ist, und ich würde mich dem durchaus anschließen.

Hartmut Gaßner: Ich habe dem ja sogar vor 20 Minuten - wir müssen jetzt hier langsam zu Ende kommen - sogar einen etwas rhetorisch-polemischen Anstrich gegeben: Ich habe gesagt, die Gruppe, die aufgerufen ist, das Beteiligungskonzept für die Standortauswahl zu beurteilen, sollte schon einen bestimmten Stand haben.

Das möchte ich jetzt noch einmal pointieren; das ist jetzt nicht gerade friedienstiftend. Aber ich glaube, dass wir eine Nuance weiter sind, als jetzt zu sagen, wir haben zwei Fragen, und die schreiben wir jetzt aus, und da warten wir jetzt ab, was an Konzeptrücklauf kommt, gegebenenfalls, Frau Rössig, dann noch einmal im Vergleich: Das lieben Dienstleister besonders, wenn sie erst die gesamten Ideen liefern müssen, dann parallel gelegt werden und einer den Zuschlag bekommt, und am besten nimmt man aus zwei anderen Angeboten dann noch die Best of. - Das ist jetzt auch polemisch; ich lasse es bleiben. Es war jetzt nicht sehr sachlich.

Wir müssten weiterarbeiten, damit wir selber ein möglichst gutes Bild in dem Sinne bekommen, dass wir dann auch hinter dem stehen, was wir machen, weil wir dann ja auch hinausgehen und das auch vertreten und weil wir auch sehen müssen, dass wir auch eine Leistungsbeschreibung hinbekommen, die ein bisschen was hergibt. Sprich, wir sind nicht abgelöst, wir müssen weiterarbeiten.

Vorsitzender Ralf Meister: Herr Renn, dann das Schlusswort an dieser Stelle.

(Michael Fuder: Soll ich das aufschreiben? - Heiterkeit)

Prof. Dr. Ortwin Renn: Nein, das will ich mir auf keinen Fall anmaßen. - Ich wollte nur, weil Sie, Herr Gaßner, jetzt ein Stück weit sozusagen dieses Thema Kränkung angesprochen hatten, anmerken: Wenn Sie an diesen zwei, drei Fragen arbeiten, kann es sein, dass Sie dann das Pferd von vorne aufzäumen und dass dann der Schwanz ganz von selber kommt.

Eines der Probleme ist: Wenn Sie mit Formaten beginnen oder sehr stark das fokussieren, aber nicht wissen, was Sie eigentlich wirklich vermitteln wollen, was letztlich das Mandat ist und wen Sie mit erfassen wollen, dann eiert das immer herum.

Das ist gar kein Vorwurf an das Papier; das ist ja nun auch wirklich sehr gut und sehr intelligent geschrieben. Aber ich glaube, in dem Moment, da Sie auf diesem Gebiet, bei diesen zwei Fragen wissen, was Sie wollen, kann es sogar sein, dass Sie viel weiter ins Detail kommen, als Sie jetzt vermuten. Wenn man allerdings mit einem relativen Detail beginnt und nicht genau weiß, was man will, dann ist die Diskussion endlos.

An diesem Punkt hielte ich es einfach für gut, dass man tatsächlich durchaus bei der schwierigen Frage - diese drei Fragen sind ja nicht einfach - beginnt. Aber wenn man sich darauf einigt, dann fällt vieles sozusagen ableitbar heraus, und da kann man sicherlich auch vieles von dem, was Sie in dem Papier geschrieben haben, wieder aufgreifen. Von daher ist das meines Erachtens auf keinen Fall vergebliche Liebesmüh gewesen.

Vorsitzender Ralf Meister: Schnitt unter diesem Punkt: Das sind die Dinge, die die Vorsitzenden überlegen, in welcher Art und Weise und in welcher Verteilung wir das in die Kommissionssitzung einbringen, um dann dort die Debatte zu führen, zu diesen beiden Seiten, die dort sind. - Danke. Damit schließen wir diesen Punkt; denn wir haben 15 Minuten für die zügige Erledigung der Restaufgaben.

Tagesordnungspunkt 7 Ausgestaltung des Rahmenprogramms sowie Strukturierung des Arbeitsprogramms bis März/April 2015

Vorsitzender Ralf Meister: Wir wissen, dass wir am 11. Februar 2015 zwei Stunden gemeinsam haben mit der Arbeitsgruppe 2.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Herr Meister, vielleicht doch ein Punkt, der noch dazwischen ist, bis zum 2. Februar. - Können wir uns noch ganz kurz verständigen, wie das abläuft? Werden Sie das jetzt übernehmen, das Papier zu entwerfen? Werden wir noch einmal eine Iteration fahren? Geben wir das der Kommission im Vorfeld, sodass das dort gelesen und dann beschlossen und diskutiert werden kann, oder wird es sozusagen als Input in die Kommission hineingebracht? Das wäre sicherlich der schlechteste Weg. Je mehr Vorbereitung, desto besser.

Vorsitzender Ralf Meister: Genau. Die Kommission muss ein Papier vorher haben. Auf diesem Papier muss zumindest ganz knapp zusammengefasst werden, welche Punkte wir ansprechen wollen und wie die Zielrichtung sein kann. Wir haben heute ja mit diesem Konsens auch einige Empfehlungen ausgesprochen, wo wir Beschlüsse von der

Kommission erwarten, was Ausschreibungen und Weiteres angeht.

Ich schlage vor, dass Herr Gaßner und ich im Verlaufe der nächsten Woche Sie informieren, also erst einmal die Arbeitsgruppe über den Stand der Dinge informieren, und es dann zügig freigeben, da es Ende der nächsten Woche herausgehen muss.

Wir kommen zu dem Punkt 11. Februar 2015, gemeinsame Sitzung mit der AG 2. Nachdem wir den Konsens für die Kommissionsvorgabe haben, sind wir ja in einer Dynamik, dass wir einen jetzt schon als relativ üppig feststellbaren Arbeitsauftrag für die nächsten Sitzungen haben und schauen müssten, wie wir das mit den zwei Stunden verlinken, die wir dann mit der Arbeitsgruppe 2 verbringen.

Wiebke Rössig: Wann findet die Sitzung statt?

Vorsitzender Ralf Meister: 11. Februar, 11 bis 17 Uhr.

Ich muss gestehen, mir fällt es im Augenblick relativ schwer, jetzt, bevor wir nicht in der Kommission gewesen sind, für den 11. Februar, den 5. März und den 20. April verbindlich ein Arbeitsprogramm vorzuschlagen. Vielmehr werden wir genau sehen, an welchen Punkten wir dann mit externer Hilfe oder ohne externe Hilfe zentrale Fragen klären müssen für die Konzeptentwicklung, wie wir für eine Auftaktveranstaltung uns weiter vorbereiten müssen. Dabei sind wir meines Erachtens auch sehr auf die Debatte in der Kommission angewiesen, also darauf, was sie genehmigt und was sie nicht genehmigt.

Prof. Dr. Armin Grunwald: Ich halte es für ganz dringend, relativ schnell eine Liste der großen Probleme aufzustellen. Wir eiern ein bisschen herum, manchmal kommen sie heraus, dann sind sie wieder weg. Wenn wir die großen Probleme einmal aufgeschrieben haben, eine Liste haben, dann haben wir auch eine Idee, was wir wann irgendwie mal beraten und vielleicht auch ausdiskutieren müssen, was wir vielleicht auch nutzen können, um Feedback aus öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen zu bekommen, usw.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Wenn ich das richtig verstanden habe, brauchen wir eine Sitzung auf alle Fälle zur Erarbeitung der Antworten auf die beiden essenziellen Fragen.

Vorsitzender Ralf Meister: Ohne Zweifel. Ich war mir jetzt im Augenblick nur unentschlüssig, ob wir das jetzt - ich sage es einmal knapp - in die drei Nachmittagsstunden im Februar nehmen oder dann am 5. März. Also, diese Fragen sind für mich im Augenblick offen. - Herr Jäger.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ich wollte nur eine Anregung zu der gemeinsamen Sitzung am 11. Februar geben. Es wäre ja sehr hilfreich, dass wir die gemeinsame Zeit ein Stück weit vordenken und so strukturieren, dass wir dann möglichst die überschneidenden Themen diskutieren.

Wir haben in der Arbeitsgruppe 2 dafür die Verabredung getroffen, dass wir aus der Anhörung „Evaluierung des Gesetzes“ die Themen von der Geschäftsstelle aufbereiten lassen, die Öffentlichkeitsbeteiligung betreffen; denn es gab aus der Anhörung beteiligungsrelevante Themen, und zwar mit der Zielsetzung, es dort zu behandeln, um eine Vereinbarung zu treffen, wer sich um welches

Thema aus diesem Themenkomplex kümmert, damit wir anschließend auch den Themenspeicher, den wir dann entsprechend auch auf unsere To-do-Liste bekommen, einvernehmlich austauschen: Was macht Arbeitsgruppe 2, und was macht Arbeitsgruppe 1?

Der Vorschlag ist, dies innerhalb der Geschäftsstelle so zu synchronisieren, dass wir ein gemeinsames Papier haben, das wir dann auch gemeinsam durchgehen, um zu sagen: Das sind die Themen aus der Anhörung, vorbereitet jetzt von der Arbeitsgruppe 2, sodass wir dann ein Verständnis erreichen bzw. eine Verabredung treffen: Wer kümmert sich um welches Thema aus diesem Themenspeicher?

Hartmut Gaßner: Herr Jäger, wir sind ja beide in der Arbeitsgruppe. Ich habe mittlerweile noch einmal kurz mit Herrn Brunsmeier gesprochen. So, wie Sie es wiedergeben, ist es auf jeden Fall auch überlegt.

Herr Brunsmeier hat noch das Interesse, dass die Arbeitsgruppe 1 auch die Überlegungen zu einer Gutachtenvergabe kennenlernt, bezogen auf die EU-rechtlichen Fragen, welche Anforderungen sich aus den unterschiedlichen EU-Rechtswerken, insbesondere der Arbeitskonvention, an für einen Planungsprozess ergeben, also sozusagen unseren Bericht als Planungsprozess, strategische Umweltprüfung als Schlagwort.

Ich möchte einen leichten Dissens anmelden, der sich vielleicht nicht mit dem Vorschlag, ein Papier von der Geschäftsstelle zu bekommen, aber mit dem Titel „Evaluierung“ verbindet. Wenn wir nur zwei Stunden haben, würde ich das gern einmal thematisieren; ich tippe es hier nur einmal an.

Ich glaube, dass wir nicht so gut beraten sind, wenn wir die Überlegung haben, wie sie bei Herrn Brunsmeier momentan besteht - ich nenne ihn jetzt ganz persönlich, weil er für die AG da noch nicht hinreichend gesprochen hat - und vielleicht auch bei Ihnen gerade durchgeklungen ist, dass die AG Evaluierung für die Evaluierung von allem zuständig ist, weil ich es mir jetzt schwer vorstellen kann, dass die AG 1 sich, wenn sie diesen Knoten hier durchschlagen hat und im Weiteren sich mit dem Standortauswahlgesetz beschäftigt und zu einer Reihe von Ergebnissen kommt, etwa dass in dem Paragraphen die Regionalebene nicht hinreichend erschlossen ist, und wir uns dort vorstellen, dass wegen der Herstellung der gleichen Augenhöhe also ein Fonds deutlicher konturiert sein muss als bei der Kommissionsarbeit und so, dass wir das dann der AG 2 zur Evaluierung geben. Das macht keinen Sinn.

Das muss man aber sehr vorsichtig ausdrücken, weil wir auch dann noch kein gemeinsames Bild haben, weder in der AG 1 noch in der AG 2. Aber wenn wir da zwei Stunden zusammensitzen, dann soll man ganz vorsichtig einmal herangehen.

Ich habe ganz individuell mehr die Vorstellung, die sollten die Themen machen, die weder in der AG 3 noch in der AG 1 sind, also viele Fragen mit Finanzierung und diese Sachen, die einfach sonst nicht bearbeitet werden. Dann würden wir relativ bald dazu kommen: Es wäre gut, wenn eine solche Vorlage vorliegt; aber sie ist jetzt nicht zwingend für den 11. Februar.

Zweite Bemerkung, resultierend nur aus einem Vieraugengespräch zwischen Herrn Brunsmeier und mir: Wir würden einladen

und würden für diese Sitzung auch den Vorsitz haben, und in der nächsten Sitzung würden wir es umgekehrt machen. Ich will den Austausch jetzt nicht stoppen, aber meines Erachtens ist das, was die an Gutachten haben, eine gewisse Selbstverständigung, für zwei Stunden schon relativ viel. Ich weiß es nicht, ob es von der Geschäftsstelle wirklich auf dem Weg ist; dann wäre es natürlich sehr gut, wenn man diese Anhörung auch verarbeiten würde. Dagegen spreche ich mich keinesfalls aus.

Vorsitzender Ralf Meister: Ganz kurze Republik.

Prof. Dr. Gerd Jäger: Ein Missverständnis besteht insofern, Herrn Gaßner, als ich dafür plädiert habe, dass die Arbeitsgruppe 2 das macht, überhaupt nicht. Ich bin da völlig ergebnisoffen. Mir geht es nur darum, dass wir uns möglichst früh verständigen, wer sich um welches Thema kümmert angesichts der sehr knappen Zeit, die wir haben, dass wir nicht auch noch Doppelarbeit am Ende machen, sondern dass wir sagen, Arbeitsgruppe 1 kümmert sich um das Thema XYZ; alles, was mit der Öffentlichkeitsbeteiligung zu tun hat, sollte dann auch hier laufen. Nur sollte man das in der gemeinsamen Zeit dann auch so verabreden. Ich wäre da nicht so vorsichtig, sondern das sollte man offensiv ansprechen.

Vorsitzender Ralf Meister: Sind Sie einverstanden, dass wir, Herr Gaßner und ich, im Ergebnis dieser Sitzung Vorschläge für die Inhalte der Sitzungen im März und im April machen, auch eine ganze Reihe von Dingen und Interventionen aufnehmend, die heute Nachmittag gekommen sind und die Bearbeitung verlangen - ein paar Dinge sind relativ klar, die wir angehen müssen; aber einige tauchten auf -, sodass Sie in der nächsten

Woche an dieser Stelle noch einmal Hinweise bekommen, wie wir die März- und die April-Sitzung planen.

Tagesordnungspunkt 8 Verschiedenes

Vorsitzender Ralf Meister: Wir haben unter dem Thema Verschiedenes einige Punkte. Unter ist da die Frage der Haushaltssituation. Herr Miersch, wenn Sie noch ein paar Sätze kurz zum aktuellen Stand sagen!

Abg. Dr. Matthias Miersch: Wir haben das Problem, dass die Haushälter die gegenseitige Deckungsfähigkeit nicht hergestellt haben, sodass wir gucken müssen, wie wir die finanziellen Mittel akquirieren. Aber ich glaube, es gibt überall guten Willen. Insofern ist die Aufgabe jetzt an uns, erst einmal zu sagen, wo die Ressourcen sind, die wir in den nächsten Wochen und Monaten brauchen; dann wird es hoffentlich kreative Wege in der Verwaltung, im Bundestag und überall geben, dass wir unsere Arbeit dann weiter fortsetzen können.

Vorsitzender Ralf Meister: Voller Hoffnung.

Abg. Dr. Matthias Miersch: Genau.

Vorsitzender Ralf Meister: Wir haben in der Absage damals, als wir die Gäste für diese Arbeitsgruppe eingeladen haben, von Schacht Konrad den Hinweis bekommen, dass sie nicht bereit sind mitzumachen, dass sie uns aber einladen. Ich wollte Sie nur informieren, dass wir zurzeit dort Gespräche führen und sozusagen sondieren, in welcher Form und mit welchen Inhalten Teile dieser Arbeitsgruppe einen Besuch dort machen, der sich präzise dann auch unter diesem Stichwort der Beteiligung von bestimmter sehr kritischer Öffentlichkeit dieser Aufgabe

stellt. Ich wollte Sie nur darüber informieren, dass diese Gespräche zurzeit laufen.

Hartmut Gaßner: Noch einen Satz dazu, weil wir hier eine um eine Nuance andere Zusammensetzung haben als in der Kommission. Der Vorsitzende der Kommission hat gesagt, dass er auch mit dem Landrat von Gorleben darüber sprechen würde, dass auch ein Gremium in einer irgendwie gearteten Zusammensetzung nach Gorleben geht. Das ist noch nicht diskutiert; das ist genauso angekündigt wie das von Herrn Meister, nur zur Vervollständigung.

Vorsitzender Ralf Meister: Dann gab es hier eine Anfrage zur Beteiligung von Jugendlichen, ohne dass wir uns dezidiert schon darüber geäußert haben, an welcher Stelle und wie. Ich wollte nur sagen, dass die Gespräche mit dem Bundesjugendring laufen, dass an unterschiedlicher Stelle mit anderen Jugendverbänden Kontakte aufgenommen worden sind.

So viel kann man schon sagen: Sehr deutlich in den Reaktionen darauf sind die völlig nachvollziehbaren Fragen - Was wollte ihr genau? Welche Aufgabe würdet ihr Jugendlichen denn geben, wenn sie kommen? - [und die Erklärung:] Bevor ihr das nicht klar und präzise benennt, schicken wir auch gar keine, denn wir haben gar nicht so viele, die sich so etwas antun. Da muss der Sinnhorizont, in dem eine solche Intervention kommt, völlig geklärt sein. Aber auch an dieser Stelle laufen trotzdem die Gespräche.

Ein Punkt noch, der uns alle in der Kommission beschäftigt hat; Herr Fuder hat das heute Morgen noch einmal angesprochen: Die Anfrage des Ausgleichs von Verdienstausfall, der Sie hier betrifft - Donat, Fuder, Fox -, zugleich aber die Überlegung in der

Kommission, wie wir für die Umweltverbände auch einen Ausgleich schaffen, dass sie sozusagen in Augenhöhe mit debattieren können, haben dazu geführt hat, dass ich einen Brief an den Bundestagspräsidenten geschrieben habe, in dem ich diese Situation sehr deutlich skizziert habe und dies auch als eine Belastung deutlich gemacht habe. Es ist mir inzwischen angekündigt worden, dass ich darauf auch eine Antwort bekomme; aber sie habe ich noch nicht.

Ich will das auch nur sagen, weil das auch eine persönliche Verantwortung ist, die ich als Vorsitzender Ihnen gegenüber habe oder die Herr Gaßner und ich Ihnen gegenüber haben: Wir haben angefragt, dass wir dieses Thema nicht nur diskutieren, sondern irgendwann auch entscheiden müssen, damit die Auslagen, die Sie haben, und der Verdienstausfall auch tatsächlich ersetzt werden.

Herr Gaßner schreibt noch darauf: Ich habe nicht als Vorsitzender dieser AG, sondern ich habe es ihm als Landesbischof Hannover geschrieben, in dieser Funktion. Das ist für mich auch noch einmal ganz wichtig, weil es, wie ich Ihnen gesagt habe, für mich auch eine persönliche Verantwortung ist, die ich hier zwar in einer Aufgabe eingegangen bin; aber meine Aufgabe ist an dieser Stelle auch noch einmal durch meinen beruflichen Dienst in einer besonderen Verantwortung, der ich auch gerecht werden muss.

Wir werden sehen, wie die Antwort aussieht. Aber diese Antwort wird auf jeden Fall eine Konsequenz haben, die dann auch in dieser Arbeitsgruppe diskutiert werden wird.

Einen Punkt gibt es noch, nämlich noch einmal die Frage, ob und zu welchem Zeit-

punkt - das ist auch in diesem Kreis diskutiert worden - wir einen Vertreter, eine Vertreterin aus einem Zwischenlager als Gast in diese Runde einladen. Mein Vorschlag ist, dass wir an diesem Punkt auch erst einmal so verfahren, dass Herr Gaßner und ich Vorabgespräche führen und Ihnen dann hier einen Vorschlag machen und dann diesen Vorschlag in die Kommission bringen, weil das meines Erachtens der richtige Weg ist, um ein solches Verfahren vorzubereiten. Dies zur Information an dieser Stelle.

Gibt es noch andere Punkte von Ihrer Seite? - Dann danke ich Ihnen herzlich mit der Zeile aus dem Lied, das ich heute Morgen von Matthias Claudius zitiert habe:

So legt euch denn, ihr Brüder,
in Gottes Namen nieder.

Also: Eine gesegnete Heimkehr, kommen Sie gut nach Hause!

Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppe

Ralf Meister

Hartmut Gaßner